



Landtag von Baden-Württemberg

97. Sitzung

15. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 30. April 2014 • Kunstgebäude

Beginn: 10:01 Uhr

Mittagspause: 12:22 bis 14:01 Uhr

Schluss: 17:10 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	5791	4. Antrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD – Einsetzung einer Enquetekommission „Konsequenzen aus der Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU)/Entwicklung des Rechtsextremismus in Baden-Württemberg – Handlungsempfehlungen für den Landtag und die Zivilgesellschaft“ – Drucksache 15/5131	5817
Glückwünsche zum Geburtstag des Abg. Rainer Hinderer	5791	Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE	5817, 5820
1. Aktuelle Debatte – Zur Sache, Herr Ministerpräsident: Sollte Ihr Staatsministerium die persönlichen Daten von S-21-Befürwortern und Polizisten sammeln? – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP	5791	Abg. Nikolaos Sakellariou SPD	5818, 5821
Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP	5791	Abg. Volker Schebesta CDU	5818, 5822
Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU	5792, 5799	Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP	5819
Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE	5794, 5799	Beschluss	5822
Abg. Sascha Binder SPD	5795, 5800	5. Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz – Milchwirtschaft in Baden-Württemberg – Drucksache 15/3574	5823
Ministerin Silke Krebs	5796, 5800	Abg. Thomas Reusch-Frey SPD	5823
Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP	5798	Abg. Karl Rombach CDU	5824
2. Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Innenministeriums – Starkes Land – starke Kommunen – Lage der Kommunen in Baden-Württemberg – Drucksache 15/4573	5801	Abg. Martin Hahn GRÜNE	5825
Abg. Andreas Schwarz GRÜNE	5801, 5809	Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP	5826
Abg. Karl Klein CDU	5802	Minister Alexander Bonde	5827
Abg. Walter Heiler SPD	5804	Beschluss	5829
Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP	5805	6. Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Integration – Konzept und Praxis des „Runden Tisches Islam“ – Drucksache 15/4026	5829
Minister Reinhold Gall	5806	Abg. Rosa Grünstein SPD	5829
Beschluss	5810	Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU	5830
3. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg – Drucksache 15/5044	5810	Abg. Wilhelm Halder GRÜNE	5831
Minister Andreas Stoch	5810	Abg. Andreas Glück FDP/DVP	5832
Abg. Georg Wacker CDU	5812	Ministerin Bilkay Öney	5833
Abg. Sandra Boser GRÜNE	5814	Beschluss	5834
Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD	5815		
Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP	5816		
Beschluss	5817		

<p>7. Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz – Ausgestaltung der EFRE (Europäischer Fonds für regionale Entwicklung)-Förderung in Baden-Württemberg in der Förderperiode 2014 bis 2020 – Drucksache 15/4027..... 5834</p> <p>Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE 5834, 5840 Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU 5835 Abg. Rita Haller-Haid SPD 5837 Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP..... 5838 Minister Alexander Bonde 5839</p> <p>Beschluss 5841</p> <p>8. Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz – Weiterentwicklung des Biber-managements in Baden-Württemberg und Einrichtung eines Biberfonds – Drucksache 15/4253 (Geänderte Fassung) 5841</p> <p>Abg. Klaus Burger CDU 5841, 5849 Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE 5842 Abg. Gabi Rolland SPD 5844</p>	<p>Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP..... 5845 Minister Alexander Bonde 5846</p> <p>Beschluss 5849</p> <p>9. Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 20. Februar 2014 – Bericht der Landesregierung nach § 6 Absatz 1 des Auszeichnungsgesetzes (AuszG) – Drucksachen 15/4733, 15/4925</p> <p>10. Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 15/5026, 15/5027, 15/5028, 15/5029</p> <p>11. Beschlussempfehlungen und Berichte der Fach-ausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksache 15/5052 5850</p> <p>Gemeinsamer Beschluss zu den Tagesordnungspunkten 9 bis 11 5850</p> <p>Nächste Sitzung 5850</p>
--	--

Protokoll

über die 97. Sitzung vom 30. April 2014

Beginn: 10:01 Uhr

Präsident Guido Wolf: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 97. Sitzung des 15. Landtags von Baden-Württemberg.

Urlaub für heute habe ich Frau Abg. Dr. Stolz und Herrn Abg. Haußmann erteilt.

Krankgemeldet sind Kollege Haller und Kollege Schwehr.

Aus dienstlichen Gründen entschuldigt haben sich Herr Minister Friedrich, Herr Minister Dr. Schmid, Herr Abg. Professor Dr. Reinhart sowie Frau Abg. Schütz und Herr Abg. Fritz. Frau Abg. Schütz und Herr Abg. Fritz befinden sich mit Herrn Minister Dr. Schmid auf einer Delegationsreise nach Thailand, Indonesien und Malaysia.

Meine Damen und Herren, Herr Kollege Rainer Hinderer hat heute Geburtstag. Kollege Hinderer, ich möchte Ihnen im Namen des Hohen Hauses herzlich dazu gratulieren.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Vor Eintritt in die Tagesordnung verweise ich auf eine Zusammenstellung der **E i n g ä n g e**, die vervielfältigt auf Ihren Tischen liegt. – Sie nehmen davon Kenntnis und stimmen den Überweisungsvorschlägen zu.

*

Im Eingang befinden sich:

1. Antrag der Landesregierung vom 11. April 2014 – Zugehörigkeit von Mitgliedern der Landesregierung zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen – Drucksache 15/5082

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

2. Schreiben des Staatsgerichtshofs vom 1. April 2014, Az.: 1 VB 130/13 – Verfassungsbeschwerde gegen §§ 17 und 18 des Privatschulgesetzes wegen Höhe und Berechnung der staatlichen Finanzhilfe für Privatschulen

Überweisung an den Ständigen Ausschuss.

*

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Aktuelle Debatte – Zur Sache, Herr Ministerpräsident: Sollte Ihr Staatsministerium die persönlichen Daten von S-21-Befürwortern und Polizisten sammeln? – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtredezeit von 40 Minuten festgelegt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen und für die Rednerinnen und Redner in der zweiten Runde gilt jeweils eine Redezeit von fünf Minuten. Ich darf die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich ebenfalls an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten.

Das Wort für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Kollegen Dr. Kern.

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor Weihnachten haben wir noch in großer Einmütigkeit den Untersuchungsausschuss „Polizeieinsatz Schlossgarten II“ eingesetzt. Immerhin stand der vage Verdacht im Raum, die letzte Landesregierung könnte auf den Einsatz eingewirkt und dem ersten Untersuchungsausschuss „Polizeieinsatz Schlossgarten“ Akten vorenthalten haben. Dem galt es nachzugehen, denn uns, der FDP/DVP-Landtagsfraktion, war und ist es wichtig, ohne Ansehen der Person die Rechte des Parlaments zu schützen.

Zu der von uns erhofften konstruktiven Zusammenarbeit im Untersuchungsausschuss kam es allerdings leider nicht. Kaum war die Öffentlichkeit ausgeschlossen, hatten Sie, liebe Koalition – und dabei insbesondere Ihre grünen Vertreter –, kein Interesse mehr an einer konstruktiven Zusammenarbeit. Mit der Ausschussmehrheit drohend, haben Sie sich jeglicher Diskussion über die Sinnhaftigkeit zahlreicher Beweisangebote verweigert. Schließlich haben auch wir von der FDP/DVP sie mitgetragen, um nicht gleich in der ersten Sitzung das gemeinsame Vorgehen zu beenden.

Wie von uns aber erwartet und befürchtet, erhielten wir eine Vielzahl von Akten, die nichts, aber auch gar nichts mit dem Untersuchungsauftrag zu tun haben und die – ohne Nutzen – große Ressourcen in den Behörden, in der Justiz und im Landtag binden.

Unerfreulich ging es weiter. Hinweise der Landesregierung zu Stellen in Akten, die eine politische Einflussnahme als möglich erscheinen ließen, landeten zunächst bei der Presse und erst dann im Untersuchungsausschuss.

Statt aber zunächst einmal ordentlich nachzulesen und die Sachverhalte zu ermitteln, kamen Sie, liebe Grüne, zu dem Urteil: „Ja, es gab eine politische Einflussnahme durch die Regierung auf den Polizeieinsatz am 30. September 2010.“ Hier zeigte sich – wie so oft bei Ihnen –, dass zu viel politische Gewissheit eine objektive Verarbeitung von Informationen behindert.

(Dr. Timm Kern)

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Glücklicherweise handelte Ihre grün-rote Landesregierung in diesem Zusammenhang nicht in ähnlicher Weise. Sie stellt in ihrem Bericht zum Untersuchungsauftrag fest: Es gab keine politische Einflussnahme auf den Polizeieinsatz vom 30. September 2010, Akten wurden dem damaligen Untersuchungsausschuss „Polizeieinsatz Schlossgarten“ nicht gezielt vorenthalten. Die Landesregierung widerspricht also den voreiligen, wohl rein politisch motivierten Aussagen der grünen Fraktion.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Oi!)

So weit, so gut, könnte man denken, und, ja, die letzte Landesregierung ist nachhaltig entlastet.

Aber wie sieht es eigentlich mit der derzeitigen, grün-roten Landesregierung aus? Denn in den Akten finden sich Vorgänge, die dringend der Aufklärung bedürfen. So wollte, wie nun öffentlich bekannt wurde, das Staatsministerium unter Ministerpräsident Kretschmann u. a. die persönlichen Daten von Stuttgart-21-Befürwortern und Polizeibeamten, gegen die Anzeigen erstattet wurden, vom Justizministerium in Erfahrung bringen. Das Staatsministerium erklärte dazu, auf Arbeitsebene habe man sich interessiert.

Nicht zuletzt durch den Vorwurf, es sei aus Akten zitiert worden, haben nun aber die Grünen bestätigt, dass die Informationen auf Wunsch des Ministerpräsidenten und seiner Staatsministerin gesammelt werden sollten. Nun schadet es grundsätzlich nicht, wenn der Ministerpräsident und seine Staatsministerin arbeiten,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

und manchmal wünschte man sich, der Ministerpräsident würde in einigen politischen Fragen dieses Landes mehr Lenker und weniger Zuschauer sein.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig! – Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Aber diese Ebene war mit „Arbeitsebene“ ursprünglich wohl nicht gemeint.

So kommt die FDP/DVP-Landtagsfraktion heute zu ganz klaren Fragen an den Ministerpräsidenten, an Sie, Herr Kretschmann:

Erstens: Was wollten Sie mit den persönlichen Daten? Wie wollten Sie diese Daten nutzen? Es ist doch ganz klar, dass es keine dienstlichen Gründe für die Erhebung geben kann, wie auch das Justizministerium unter Minister Stichelberger durchblicken lässt.

Zweitens: Wer veranlasste den Versuch Ihres Staatsministeriums, zu verschleiern, dass auf Ihren Wunsch hin, Herr Ministerpräsident, die persönlichen Daten angefordert wurden?

Wir wollen heute klare Antworten des Ministerpräsidenten hören – keinen langen Besinnungsaufsatz, kein Philosophieren über vergangene Jahrzehnte.

(Zuruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Nein, wir wollen klare, glaubhafte Ausführungen, was mit den persönlichen Daten der Stuttgart-21-Befürworter und der betroffenen Polizeibeamten passieren sollte, was Sie damit wollten und wer die falsche Darstellung des Sachverhalts durch Ihr Ministerium veranlasste.

Meine Damen, meine Herren, die Öffentlichkeit in Baden-Württemberg hat ein Recht auf diese Informationen. Hüten Sie von Grün-Rot sich davor, herumzueiern. Herr Ministerpräsident, schicken Sie nicht Ihren Knappen Sckerl in die Bresche. Klären Sie selbst auf.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Präsident Guido Wolf: Für die CDU-Fraktion spricht Kollege Dr. Löffler.

(Zuruf der Abg. Helen Heberer SPD)

Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Gerade einmal drei Jahre ist es her, als die Grünen einen neuen Politikstil und mehr Transparenz versprochen. Doch die Diskrepanz zwischen dem eigenen Anspruch und der Wirklichkeit ist erschreckend. Eine Hetzjagd auf einen Leitenden Oberstaatsanwalt, eine Einmischung in Ermittlungsverfahren, eine Bevormundung der Justiz und das Sammeln von personenbezogenen Daten, die diese Regierung nichts angehen – das alles gehört zum täglichen Geschäft.

Das Kesseltreiben begann in der letzten Legislaturperiode. In einem parlamentarischen Antrag wollten die Grünen den Leitenden Oberstaatsanwalt für befangen erklären lassen. Es folgten Anträge auf Versetzung dieses Staatsanwalts, Beschwerden gegen ihn, Anträge auf Änderung der Zuständigkeit innerhalb der Staatsanwaltschaft und, weil alles nichts geholfen hat, eine mediale Treibjagd. Wer nicht grün-konform ermittelt, ist befangen. Der Streit innerhalb der Regierungskoalition um die Besetzung der Position des Generalstaatsanwalts ist da nur eine Randnotiz.

Auf die personelle Seite der Staatsanwaltschaft Einfluss zu nehmen ist eine Seite. Auf das operative Geschäft dieser Behörde Einfluss nehmen zu wollen ist eine Missachtung unseres Rechtsstaats und der Gewaltenteilung.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Genau das, Herr Ministerpräsident, werfe ich Ihnen vor. Es sind die Grünen, die auf Strafverfahren um die Ereignisse im Schlossgarten am 30. September 2010 Einfluss nehmen. Die Umzugskartons in der Villa Reitzenstein waren noch nicht ausgepackt, da forderte das Staatsministerium in einer E-Mail vom 10. Oktober 2011 die Vorlage von Informationen zum aktuellen Stand aller S-21-Ermittlungs- und Strafverfahren und die Bekanntgabe der Namen aller Beschuldigten und aller Anzeigerstatter, jeweils katalogisiert in Untergruppen. Es ging dabei nicht um eine Momentaufnahme; alle Angaben sollten sich vielmehr auf die letzten 14 Monate vor dem Regierungsantritt und auf die Zukunft beziehen.

Herr Ministerpräsident, das ist Unrecht. Sie stellen damit nicht nur die Unabhängigkeit der Justiz infrage.

(Dr. Reinhard Löffler)

Der Inhalt dieser Mail ist uns bekannt aus der Antwort des Justizministeriums auf die Kleine Anfrage Drucksache 15/4957. Die Motive des Staatsministeriums kennen wir jedoch nicht, und wir wissen nicht, wer Urheber dieser E-Mail ist. Schnell erkannte das Staatsministerium ihre Brisanz. Die Mail wurde zu einem Mysterium. Niemand durfte sie sehen. Transparenz, ein Mantra grüner Politik für andere, ist in eigener Sache eine Chinesische Mauer.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf: Sehr richtig!)

Die Presse hat recherchiert. Der Chef der Staatskanzlei, Murawski, die Staatsministerin Krebs, ja sogar Sie selbst, Herr Ministerpräsident, werden von den Medien ins Spiel gebracht. Kommt die Mail von der Arbeitsebene Ihres Hauses, Herr Ministerpräsident, ist es Unrecht. Haben die Spitzen Ihrer Regierung zur Feder gegriffen, liegt staatlich organisierte Einflussnahme auf die Justiz vor. Es ist eine ewige Erfahrung, dass jeder Mensch, der Macht in den Händen hat, geneigt ist, diese zu missbrauchen. Diese Befürchtung Montesquieus können Sie, Herr Ministerpräsident, heute Lügen strafen. Legen Sie die E-Mail vor, nennen Sie Ross und Reiter.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dieter Hillebrand CDU: Genau!)

Herr Ministerpräsident, es geht auch um Vertrauen. Es geht um Vertrauen, um das Sie bei den Bürgerinnen und Bürgern werben. Lassen Sie die Menschen wissen, welche Erkenntnisse über laufende Strafverfahren, über Anzeigenerstatter und Beschuldigte in Ihrem Staatsministerium gesammelt werden. Sagen Sie, was mit den Namen geschieht. Spielen Sie nicht mit dem Vertrauen der Menschen. Meine Fraktion und ich wollen in unserem Land keinen grünen Überwachungsstaat, und die Bürgerinnen und Bürger wollen das auch nicht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! – Zurufe von den Grünen und der SPD)

Herr Ministerpräsident, die heimlichen Aktivitäten des Staatsministeriums machen Angst.

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen)

Wofür und wozu braucht die Regierung dieses Wissen? Kann es sein, dass die Fronten von S-21-Befürwortern und -Gegnern namentlich erfasst werden, um die einen zu schützen und die anderen zu diskreditieren? Spielte die anstehende Volksabstimmung eine Rolle? Dafür spricht viel.

Ich nenne ein paar Beispiele. Die Vizepräsidentin des Landtags intervenierte beim Justizminister, nachdem ein bekannter Parkschützer unter falschem Namen 1 500 Spam-Mails an SPD-Abgeordnete verschickte und deren Accounts zum „Platzen“ brachte. Ein Kollege stellte Strafanzeige. Daraufhin veranlasste die Staatsanwaltschaft eine Hausdurchsuchung und eine Beschlagnahmung des Computers beim Beschuldigten, was die Vizepräsidentin gegenüber dem Justizminister prompt als unverhältnismäßig und rechtswidrig tadelte und von ihm eine Rechtfertigung einforderte.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Das ist unglaublich! – Abg. Willi Stächele CDU: Unglaublich!)

Zudem beschuldigte sie die Staatsanwaltschaft, Parkschützer bewusst zu kriminalisieren, um das Ergebnis der Volksabstimmung zu S 21 zu beeinflussen,

(Zuruf von der CDU: Skandal!)

und sie nannte den Namen des Kollegen und Anzeigenerstatters. Nach Intervention der Vizepräsidentin beim Justizminister wurde das Ermittlungsverfahren eingestellt.

(Zurufe von der CDU: Wie bitte? – Unglaublich!)

Für mich wirft das Fragen auf.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Es entspreche dem Wählerauftrag, korrigierend in staatsanwaltschaftliche Handlungen einzugreifen, ließ sich die Vizepräsidentin in der „Stuttgarter Zeitung“ zitieren.

(Zuruf von der CDU: Wie bitte?)

Was für eine Mär! Bei dem Beschuldigten handelt es sich um den Sohn ihres Zweitkandidaten.

Dass die Vizepräsidentin ihren Briefkopf und die Autorität ihres Amtes wie selbstverständlich einsetzt, ist Amtsmissbrauch. Alles nachzulesen auf ihrer Homepage.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

In einem anhängigen Verfahren wegen des Wasserwerfereinsatzes wollte es die Vizepräsidentin ganz genau wissen. Der Justizminister sollte das prozesstaktische Denken der Staatsanwaltschaft und die Überlegungen zum Straftatbestand preisgeben. So etwas bezeichnet man als Eingriff in die Unabhängigkeit der Justiz.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Mein Verständnis von Rechtsstaat ist das nicht und auch nicht das Verständnis meiner Fraktion und der Menschen draußen im Land.

Wer sich zu S 21 bekennt, rückt ins Fadenkreuz der Vizepräsidentin. So hat sie mit ihrer Amtsautorität vom Evangelischen Oberkirchenrat gefordert, einen Pfarrer und bundesweit bekannten S-21-Befürworter wieder aus dem Amt zu entfernen.

(Lachen des Abg. Joachim Kößler CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Unglaublich!)

Die latenten Drohungen in diesem Schreiben sind nicht zu überlesen. Ob Justiz oder Kirche, grüne Allmachtsfantasien und Amtsmissbrauch – ist das der grüne Politikstil?

Herr Ministerpräsident, ich fordere Sie auf, heute in diesem Haus alle Karten auf den Tisch zu legen und nicht wieder wie in der Pädophiliedebatte zu kneifen und auf ein Gutachten zu verweisen, das nie kommt. Herr Ministerpräsident, Sie haben den Amtseid auf die Verfassung geleistet. Erfüllen Sie ihn hier und heute.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Hic Rhodus, hic salta!)

Der Künstler Thomas Baumgärtel hat vor der Tür des Landtags eine Banane gesprayed. Das Symbol der Banane passt nicht

(Dr. Reinhard Löffler)

zu unserer Republik. Bananen passen zur grünen Politik, nicht zu unserem Land.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion GRÜNE spricht Kollege Sckerl.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Jetzt sind wir mal gespannt! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Der Knappe!)

Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Um was geht es eigentlich heute?

(Zuruf von der FDP/DVP: Amtsmissbrauch! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Haben Sie das nicht mitbekommen?)

Woraus ist der Stoff, in dem die Opposition hier einen angeblich ungeheuren Skandal wittert? Das Staatsministerium fragte – so ist es der Antwort des geschätzten Herrn Justizministers auf die Kleine Anfrage des Abg. Dr. Löffler, Drucksache 15/4957, zu entnehmen – am 10. Oktober 2011 nach dem Stand von Ermittlungs- und Strafverfahren im Zusammenhang mit Stuttgart 21 in den letzten 14 Monaten. Es fragte, gegen welche Personengruppen sich die Verfahren richten, und nannte dazu einige Beispiele. Neben den Strafverfahren wurde auch nach möglichen Verfahren rund um den Komplex „Mischfinanzierung zu Stuttgart 21“ gefragt; das war eine damals in der Öffentlichkeit virulente Diskussion, nachdem auch Klageerhebungen seitens der Gegner von Stuttgart 21 ausdrücklich angekündigt waren. Es wurde ausdrücklich nicht nach konkreten Personen oder personenbezogenen Daten gefragt – ausdrücklich nicht; an keiner Stelle. Das Justizministerium antwortete auch an keiner Stelle personenbezogen.

Es ist eine Mär, eine böswillige Unterstellung, die Sie hier bringen. Ich weise sie mit allem Nachdruck zurück.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Im Oktober 2011 gab es im Vorfeld der Volksabstimmung eine intensive öffentliche Diskussion auch über die Aufarbeitung des sogenannten Schwarzen Donnerstags, über den Stand von Strafverfahren. Selbstverständlich wurde auch und immer wieder, Herr Kollege Löffler – in einem demokratischen Rechtsstaat sehe ich darin zunächst einmal kein Problem –, die Frage öffentlich diskutiert: Ist alles, was da an Ermittlungstätigkeiten passiert, in Ordnung? Oder kann man Dinge auch anders erledigen? Das wird immer wieder diskutiert.

Schauen Sie sich aktuell an, wie die Rolle der Staatsanwaltschaften im Fall Wulff oder in anderen Fällen öffentlich in den Medien diskutiert wird. Eine Staatsanwaltschaft ist grundsätzlich nicht sakrosankt. Aber wir achten selbstverständlich die Gewaltenteilung. Selbstverständlich verteidigen wir die Prinzipien unseres Rechtsstaats. Deswegen gibt es an keiner einzigen Stelle eine Einflussnahme. Es gibt keine Einflussnahme, wie von Ihnen behauptet wird. Das ist der entscheidende Punkt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Zurufe von der CDU)

Weder die E-Mail des Staatsministeriums noch Briefe von Abgeordneten bedeuten eine Einflussnahme. Eine Einflussnahme bestünde, wenn konkrete Forderungen, etwas zu tun, erhoben würden. Das ist nicht der Fall.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das war doch der Fall!)

So etwas wird Ihnen auch der Justizminister nicht bestätigen können. Der Justizminister hat in der ihm gebotenen Gründlichkeit auf alle aufgeworfenen Fragen geantwortet. Die Vorgänge waren für Abgeordnete,

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

aber auch für das Staatsministerium mit diesen Auskünften erledigt.

Oder, Herr Kollege Löffler, wollen Sie etwa behaupten, auch der Landtag habe sich unzulässig in die Ermittlungstätigkeit von Justiz und Staatsanwaltschaft eingemischt? Im gleichen Zeitraum, in dem die E-Mail des Staatsministeriums verschickt worden ist, wurde im Ständigen Ausschuss – und zwar von allen Fraktionen – der Wunsch geäußert, im Ständigen Ausschuss einmal eine Übersicht über die Ermittlungsverfahren, den Stand des Verfahrens zu bekommen, zu erfahren, ob es Verurteilungen gibt, wie viele Verurteilungen es gibt, wie viele Verfahrenseinstellungen es gibt, was noch ansteht und wer jeweils betroffen ist. Auch Ihre Fraktion hat diesen Wunsch damals formuliert.

(Zurufe von den Grünen: Aha!)

Ist das eine unzulässige Einflussnahme auf die Tätigkeit der Staatsanwaltschaft? Nein, selbstverständlich nicht. Auf diesen Gedanken würde man nicht kommen. Es geht darum, dass man in einer zugespitzten politischen Diskussion, in der auch Landtagsfraktionen, Abgeordnete, aber auch der Ministerpräsident, das Staatsministerium Fragen aus der Bürgerschaft bekommen, natürlich in der Lage sein muss, diese Fragen, auch Fragen nach Verfahren, zu beantworten. Darum geht es. Das ist der ganze Gehalt dieser Debatte. Darum herum machen Sie jetzt viel Wind.

(Zuruf: Ablenkung!)

Ich sage Ihnen: Es ist viel Wind und viel Lärm um nichts. Das wäre eigentlich der richtige Titel für die heutige Debatte, die Sie beantragt haben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ein paar Sätze zu Frau Lösch!)

Jetzt kann man sich natürlich mit Kollegin Lösch

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Danke!)

kritisch auseinandersetzen.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Man muss!)

Man muss das, was sie sagt, nicht gutheißen. Aber ich bitte Sie: Die Gegnerschaft zu Stuttgart 21, die ihr nun niemand absprechen wird, ist hinreichend und seit vielen Jahren öffentlich dokumentiert

(Zurufe der Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP und Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

(Hans-Ulrich Sckerl)

und kann kein Anlass sein, ihre Tätigkeit, auch nicht die Tätigkeit als stellvertretende Landtagspräsidentin, infrage zu stellen. Haben wir jemals den Kollegen Drexler gerügt, nur weil er gleichzeitig Sprecher des Büros für S 21 war?

(Zurufe von der CDU und der SPD, u. a. Abg. Thomas Blenke CDU: Jetzt wird es immer besser!)

Haben wir jemals den Kollegen Löffler gerügt, der als Mitglied des Beirats für S 21 draußen Hunderte von Reden gehalten hat? Das haben wir nicht getan.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das hätte mir nichts ausgemacht!)

– Dem Kollegen Drexler hätte das nichts ausgemacht. Richtig. Wir haben es aber deshalb nicht gemacht, weil das selbstverständlicher Bestandteil der Tätigkeit von Abgeordneten ist.

(Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, der entscheidende Punkt ist ein anderer: Seit dieser Ausschuss eingesetzt worden ist, geht es von Ihrer Seite, Herr Kollege Dr. Kern, und vonseiten der CDU leider darum, Ablenkungsmanöver zu starten.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Zurufe von der CDU)

Wir haben den Verdacht, dass der Untersuchungsauftrag, auf den man sich im Dezember 2013 vermeintlich verständigt hat, nicht mehr so sehr im Zentrum Ihres Interesses steht, und dass dieses Interesse vor allem in dem Moment schlagartig abgenommen hat, in dem wichtige Akten eingetroffen sind. Unsere Aufgabe sollte es aber jetzt sein, die Vorwürfe, die Fragen, die damit verbunden sind, aufzuklären. Das ist unser Auftrag.

Wenn es um Einflussnahme, um wirkliche Einflussnahme, geht, Herr Kollege Löffler,

(Abg. Matthias Präfrock CDU: Zurück zum Thema!
– Gegenrufe: Ja!)

dann müssen wir der Frage nachgehen: Stimmt das, was presseöffentlich geäußert worden ist, nämlich dass es in Polizeiakten, in Akten über Besprechungen der Polizei, Hinweise gibt, dass es doch eine Einflussnahme der Vorgängerregierung auf polizeiliches Handeln gegeben haben könnte? Diese Frage steht im Raum. Wir sind gehalten – –

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Matthias Präfrock: Zurück zum Thema!)

– Das ist das zentrale Thema dieses Untersuchungsausschusses. Alles andere sind Ablenkungsmanöver, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Das werden wir machen. Ich bin einmal auf Ihre Beiträge ab dem 9. Mai gespannt. Ich bin gespannt, wie intensiv Sie sich mit der Aufklärung dieser Frage beschäftigen.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Genau!)

Es geht darum, ein unrühmliches Kapitel in der Geschichte des Landes Baden-Württemberg jetzt einmal endgültig abzuschließen und auf offene Fragen Antworten zu bekommen. Alles andere, was Sie treiben, und das, was Sie heute mit der Aktuellen Debatte vorführen, liebe Kolleginnen und Kollegen, lenkt vom eigentlichen Thema ab.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Das wissen Sie, aber das werden wir nicht zulassen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Präsident Guido Wolf: Für die SPD-Fraktion spricht Kollege Binder.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Jetzt haben Sie die Chance, sich von den Grünen zu distanzieren! – Gegenrufe)

Abg. Sascha Binder SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben es heute mit zwei wichtigen Themen zu tun: einerseits – das war der Schwerpunkt der Rede des Kollegen Kern – mit dem Thema Datenschutz und andererseits mit dem Thema „Unabhängigkeit der Justiz und Gewaltenteilung“ – das war der Schwerpunkt der Rede des Kollegen Löffler.

Die Unabhängigkeit der Justiz ist als wichtiger Teil der Gewaltenteilung in unserem Staat ein hohes Gut. Wir, die SPD-Landtagsfraktion, achten diese Unabhängigkeit der Justiz. Sie steht im Mittelpunkt unserer Rechts- und Justizpolitik.

(Beifall bei der SPD und den Grünen sowie der Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP und Dieter Hillebrand CDU)

Justizminister Rainer Stickelberger zeigt wie selten andere Justizminister, dass für ihn die Unabhängigkeit der Justiz ein sehr hohes Gut ist. Dies gilt für Personalentscheidungen gleichermaßen wie für Verfahren, in die er sich nicht einmischte. Er gibt auch keine Daten heraus, die er nicht herausgeben darf.

(Zurufe von der CDU)

Die Justiz in Baden-Württemberg kann froh sein, dass sie einen solchen Justizminister hat, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Herr Kollege Löffler, Sie haben einen Satz gesagt, den ich falsch verstanden haben könnte; ich glaube aber, dass wir ihn richtig verstanden haben und Sie ihn zurücknehmen müssen. Denn wenn ich sage, dass der Justizminister *n i e* Einfluss auf die Ermittlungsverfahren genommen hat, dann gilt das auch im Zusammenhang mit dem, was Sie sagten, dass nämlich nach dem Brief der Kollegin Lösch das Ermittlungsverfahren eingestellt worden sei. Sie haben damit den Brief mit der Einstellung dieses Ermittlungsverfahrens in Zusammenhang gebracht. Ich bitte Sie, diesen Vorwurf zurückzunehmen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf von den Grünen: Jawohl! – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

(Sascha Binder)

Dann, Herr Kollege Löffler, reden Sie die ganze Zeit von einer E-Mail und verlangen Transparenz.

(Abg. Dr. Reinhard Löffler und Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das war eine Frage!)

Habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie die E-Mail gar nicht gelesen haben? Sie haben den Anschein erweckt, diese E-Mail würde gar nicht vorliegen. Diese E-Mail liegt vor – ich kann Ihnen einen Literaturhinweis geben –: in den Akten des Justizministeriums zum Untersuchungsausschuss „Polizeieinsatz Schlossgarten II“, ich meine, im Hauptband II, Blatt Nummer 142 – so um diesen Dreh.

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Unten links!)

Deshalb frage ich mich, warum Sie hier von der Landesregierung mehr Transparenz fordern, wenn das schon in den Akten ist, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wissen Sie auch, woher sie kommt?)

– Wir wissen es. Ich darf es Ihnen bloß nicht sagen, weil ich sonst gegen das Untersuchungsausschussgesetz verstoßen würde. Aber zu behaupten, diese E-Mail würde nicht vorliegen, das ist nun einmal falsch. Sie liegt vor. Und manche Frage, von wem sie kommt, Kollege Löffler, ob sie von der Arbeitsebene oder von der Führung des Staatsministeriums kommt,

(Abg. Winfried Mack CDU: Dem Landtag liegt sie nicht vor!)

können Sie sich beantworten, wenn Sie die Akten gelesen haben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Sehr gut!)

Es gibt Nachfragen – das ist aus dieser E-Mail zu entnehmen – zu Ermittlungsverfahren, die so oder zumindest in ähnlicher Form auch der Ständige Ausschuss gestellt hat. Der Ständige Ausschuss hat auf diese Fragen die Antworten bekommen, die unter Beachtung des Datenschutzes und der Strafprozessordnung möglich sind.

Genau so hat das Justizministerium auch auf die Anfragen des Staatsministeriums geantwortet. Der Justizminister hat unter Beachtung des geltenden Rechts sowie unter Beachtung der Unabhängigkeit der Justiz und der Gewaltenteilung gehandelt. Liebe Herren von der FDP/DVP, dass gerade Sie die Frage, was ein Justizminister mit Daten in Ermittlungsverfahren macht, zum Thema machen, finde ich schon ein bisschen bemerkenswert –

(Abg. Martin Rivoir SPD: Ein Schmunzeln!)

immer unter dem Motto „Wer mit dem Zeigefinger auf andere zeigt,“ – ich sage einmal in Klammern: diese E-Mail ist kein Vergleich zu dem, was damals passiert ist – „auf den zeigen immer drei Finger zurück“. Wer eine Justizministerin in seinen Reihen gehabt hat, die wegen Geheimnisverrats verurteilt worden ist, weil sie ihren Parteikollegen über Details von Ermittlungen, die gegen ihn gerichtet waren, informiert hat,

muss sich schon fragen lassen, ob es wirklich richtig ist, sich hier zum Hüter der Justiz und der Unabhängigkeit der Justiz aufzuschwingen. Da braucht man nur einen Blick in die Geschichtsbücher zu werfen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Noch einen Satz zum Untersuchungsausschuss: Die SPD hat sich in diesem Untersuchungsausschuss von Anfang an der Aufklärung verschrieben. Das gilt sowohl für die Frage der Beachtung des Datenschutzes als auch für die Frage, worum es in diesem Untersuchungsausschuss geht. Es geht dort darum, ob es am 30. September 2010 eine politische Einflussnahme gab oder nicht und ob es darüber hinaus politische Einflussnahmen auf Polizeieinsätze im Rahmen von Stuttgart 21 gab, die auch einen Einfluss auf diesen 30. September 2010 gehabt haben.

Ich würde uns allen raten, in diesem Untersuchungsausschuss ein wenig abzurüsten und jetzt endlich mit den Zeugenbefragungen, die wir vor uns haben, zu beginnen. Am Ende werden wir sehen, welches Ergebnis dieser Untersuchungsausschuss haben wird. Jetzt werden wir erst einmal in die Beweisaufnahme eintreten, und ich glaube, dass dann die Gemüter wieder etwas beruhigter sein werden.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Präsident Guido Wolf: Für die Regierung spricht Frau Ministerin Krebs.

Ministerin im Staatsministerium Silke Krebs: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Am 24. Februar 2011 hat der Ständige Ausschuss in der damaligen Legislaturperiode des Landtags darum gebeten, zu gegebener Zeit eine Aufstellung aller im Zusammenhang mit dem Polizeieinsatz am 30. September/1. Oktober 2010 im Mittleren Schlossgarten in Stuttgart geführten Verfahren vorzulegen. Am 10. Oktober 2011, also gut ein halbes Jahr später, hat das Staatsministerium ebenfalls um die Aufstellung der Verfahren gebeten. Die Anfrage lautete:

Auf Wunsch von Herrn Ministerpräsidenten und der Ministerin im Staatsministerium bitte ich um kurzfristige Information insbesondere hinsichtlich folgender Fragestellungen:

Welche Ermittlungs- bzw. Strafverfahren sind bzw. waren in den vergangenen 14 Monaten im Zusammenhang mit Stuttgart 21 (S-21-Gegner und -Befürworter) anhängig?

Gegen wen (Deutsche Bahn, Land, Stadt, Stuttgart-21-Gegner/-Befürworter, Polizeibeamte etc.) richteten sich die Strafverfahren?

Wie ist deren aktueller Stand?

Gibt es Verfahren, die das Thema Mischfinanzierung betreffen?

Wer ist Anzeigerstatter (z. B. Juristen zu S 21)?

(Abg. Winfried Mack CDU: Wahnsinn!)

(Ministerin Silke Krebs)

Die Antwort auf beide Anfragen war genau dieselbe. Das Justizministerium hat auf Grundlage der dafür maßgeblichen Bestimmungen geantwortet. Beide – das Staatsministerium und der Ständige Ausschuss – haben dieselben Informationen erlangt. Der Bericht war unterteilt in die Gruppierungen Polizeibeamte, Projektbefürworter, Projektgegner sowie Verfahren gegen die Deutsche Bahn.

Sie sehen also, es war ein völlig normaler Vorgang.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP –
Unruhe bei der CDU)

Das Staatsministerium hat ein halbes Jahr später dieselben Informationen angefragt, die schon der Ständige Ausschuss angefragt hat; es hat auch dieselbe Antwort erhalten. Es sind in keiner Form personenbezogene Daten abgefragt worden. Dementsprechend – Herr Löffler, Sie können beruhigt sein –

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Die sind
sehr wohl nachgefragt worden!)

sind sie auch nicht gespeichert. – Herr Löffler hat gesagt, wir hätten personenbezogene Daten abgefragt,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist ja auch ge-
schehen! – Weitere Zurufe von der CDU)

und er hat die Vermutung in den Raum gestellt, dass diese im Staatsministerium in irgendeiner Form gespeichert würden. Ich habe jetzt klargemacht, dass nach solchen Daten erstens nie gefragt worden ist,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Aber sehr
wohl! Sie haben es doch selbst vorgelesen!)

sondern nach der Zuordnung von Verfahren zu bestimmten Gruppen, und dass zweitens die Antwort diese Daten selbstverständlich auch gar nicht enthalten hat.

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Das Justizministerium hat die Anfrage, die in der Wirkung mit der des Ständigen Ausschusses identisch ist, dann auch folgerichtig mit denselben Informationen beantwortet.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Abg. Winfried Mack CDU: Unglaublich!)

Sie haben gefragt, welches der Hintergrund dieser Anfrage war, wie sie zustande kam. Der Hintergrund dieser Anfrage war, dass es unzählige Bürgerinnen- und Bürgerschreiben an den Landtag, aber eben auch an das Staatsministerium gegeben hat. In diesen Bürgerinnen- und Bürgerbriefen wurden immer wieder Vorwürfe erhoben, es sei strafrechtlich oder anderweitig relevant verfahren worden. Das Staatsministerium hat zur Beantwortung dieser Bürgerinnen- und Bürgerbriefe auf Arbeitsebene abgefragt,

(Abg. Winfried Mack CDU: Märchenstunde!)

welche Verfahren gegen welche Gruppen bestehen, um in der Antwort auf laufende Verfahren der Staatsanwaltschaft verweisen zu können. So banal ist der Auslöser dieser Anfrage.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD
– Abg. Winfried Mack CDU: Märchenstunde!)

Wer hat die Anfrage in Auftrag gegeben? Wie ist sie zustande gekommen? Die Anfrage ist auf Arbeitsebene vom Verkehrsreferat, das die Bürgerbriefe zu Stuttgart 21 beantwortet hat, erbeten worden und wurde durch das für das Justizministerium zuständige Referat gestellt. Die damalige Leiterin des Justizreferats hat die Anfrage gestellt und hat sich wie alle unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu Recht darauf bezogen, dass sie im Namen des Staatsministeriums in Person von mir und dem Ministerpräsidenten handelt. So ist die Anfrage formuliert worden, um ihr Nachdruck zu verleihen. Alle unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter handeln selbstverständlich in ihrem Dienst in unserem Auftrag. Es wäre ja auch nicht korrekt, wenn sie aus privatem Interesse fragen würden.

(Abg. Winfried Mack CDU: Da lachen ja die Hüh-
ner! So etwas habe ich ja noch nie erlebt!)

Deshalb sage ich: Es gab keinen expliziten Auftrag von jemandem aus der Hausspitze für diese Anfrage – von niemandem. Wir beschäftigen uns auch nicht persönlich mit der Beantwortung von Bürgerbriefen. Das läuft auf Arbeitsebene. So ist diese Anfrage auch zustande gekommen.

Ihre ganzen Vorwürfe, Ihre ganzen Vermutungen – insbesondere Sie, Herr Löffler, haben heute viel Fantasie in dem, was Sie alles vermuten, was es da gegeben hätte, bewiesen – fallen daher in sich zusammen. Es gab keine Abfrage personenbezogener Daten; es gab auch keine in irgendeiner Form schwierigen Informationen, die ausgetauscht wurden, sondern es war ein ganz normaler Vorgang.

(Abg. Winfried Mack CDU: Das ist völlig unglaub-
würdig, was Sie da erzählen!)

Das Staatsministerium und der Ständige Ausschuss haben dieselben Fragen gestellt und dieselben Antworten erhalten.

Ich verstehe ja schon, liebe Opposition, dass Sie in letzter Zeit ein noch deutlich verstärktes Bemühen an den Tag legen, uns einen Skandal ans Fell zu flicken.

(Abg. Winfried Mack CDU: Wer im Glashaus sitzt,
sollte nicht mit Steinen schmeißen!)

Da bemühen Sie sich sehr. Ich erinnere an die letzte Aktion, der Verkehrsminister hätte unzählige Mittel des Bundes liegen lassen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Karl-
Wilhelm Röhm CDU: Ja, hat er! – Zuruf des Abg.
Karl Zimmermann CDU)

Es gab eine Anfrage der Fraktion der Grünen im Deutschen Bundestag,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ist Ihnen
aufgefallen, dass Sie das Thema verlassen haben?)

auf die das Bundesverkehrsministerium im Jahr 2012 geantwortet hat, vor dem Hintergrund der Vielzahl der begonnenen Maßnahmen und der zum Teil erheblichen Kostensteigerungen solle der Stuttgarter Kollege keine neuen Mittel für den Straßenbau beantragen.

So viel zum letzten „Skandal“.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

(Ministerin Silke Krebs)

Aber da Sie so verzweifelt versuchen, uns einen Skandal ans Bein zu binden,

(Zuruf von der CDU: Verzweifelt? – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ganz konkret!)

habe ich einen Tipp für Sie zur Skandalsuche: Wenn auf dem ganz offiziellen Weg Informationen erfragt werden – von der Referatsleiterin an die Z-Stelle des Justizministeriums – und dann mit einer Antwort auf eine Anfrage aus dem Ausschuss geantwortet wird, dann – diesen Tipp gebe ich Ihnen – ist die Wahrscheinlichkeit, dass unzulässige Daten auf diesem Weg ausgetauscht wurden, ziemlich gering.

(Zuruf des Abg. Werner Raab CDU)

Ich würde an Ihrer Stelle eher nachfragen, wenn der Datenaustausch auf einem Parkplatz geschehen wäre.

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen und der SPD)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion der FDP/DVP spricht Kollege Dr. Rülke.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Am heutigen Tag hat sich ein Déjà-vu ereignet, das wir in der Landespolitik schon häufiger erlebt haben: Immer dann, wenn es unangenehm wird, duckt sich der Ministerpräsident weg.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

Eine wesentliche Frage, Frau Ministerin, ist nämlich nach wie vor unbeantwortet. Der Kollege Kern aus meiner Fraktion hat zunächst einmal die Frage gestellt: War der Ministerpräsident damals im Spiel? Diese Frage ist jetzt beantwortet.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Er hat sie doch beantwortet!)

Diese Frage haben Sie beantwortet. Das haben Sie zugegeben. Das war aber nicht immer so. Denn als die Angelegenheit vor einigen Wochen ruchbar wurde, hat das Staatsministerium zunächst einmal versucht, den Eindruck zu erwecken, der Ministerpräsident habe gar nichts mit dieser Geschichte zu tun.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Sehr richtig!)

Heute müssen Sie einräumen, dass der Ministerpräsident doch etwas mit dieser Angelegenheit zu tun hat.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Sascha Binder SPD: Hören Sie nicht zu?)

Wenn dies der Fall ist, erwarten wir Antworten vom Ministerpräsidenten und nicht vom Schildknappen oder einer Schildknappin, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Daran schließt sich logischerweise die zweite Frage an: Warum wurde vom Staatsministerium der Versuch unternommen, die Beteiligung des Ministerpräsidenten zu vertuschen? Diese Frage ist nach wie vor nicht beantwortet.

Jetzt tun Sie so, als sei es selbstverständlich, dass, wenn eine E-Mail aus dem Staatsministerium herausgeht, der Eindruck entsteht und deutlich gemacht wird, das geschehe alles im Auftrag des Ministerpräsidenten. Dann hätten Sie es aber von vornherein zugeben können, meine Damen und Herren.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: So ist es!)

Kollege Sckerl behauptet, es seien keine personenbezogenen Daten herausgegeben worden. Da haben Sie recht. Das lag aber nicht an der Frage des Staatsministeriums,

(Beifall der Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP und Arnulf Freiherr von Eyb CDU)

sondern das lag daran, dass der Justizminister die Frage nicht so beantwortet hat, wie sie gestellt gewesen ist. Das ist der Punkt.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Karl Zimmermann CDU: So ist es!)

Sie haben doch zitiert, Frau Ministerin – das können wir nachher im Plenarprotokoll nachlesen –, wonach alles gefragt wurde. Da wurde sehr wohl nach konkreten Personen gefragt.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Nein! Nach Personengruppen!)

Sie wollten personenbezogene Daten, Sie haben sie nur nicht bekommen, meine Damen und Herren. Das ist der Punkt.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Im Übrigen ist im Laufe der Debatte deutlich geworden: Der Ständige Ausschuss hat schon ganz ähnlich gefragt, aber keine Antwort bekommen. Da stellt sich schon die Frage –

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Er hat gar nicht gefragt!)

– Er hat die Antwort, die er wollte, so nicht bekommen.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Nein, er hat nicht gefragt!)

Sie haben nämlich noch mehr abgefragt. Aus der Antwort an den Ständigen Ausschuss wurde schon deutlich, dass solche personenbezogenen Daten außerhalb der Justiz nichts zu suchen haben. Es stellt sich also die Frage: Was wollten Sie mit diesen Daten, meine Damen und Herren?

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Ihre Antwort, Frau Staatsministerin, ist außerordentlich schwach. Sie haben angeblich Bürgerbriefe bekommen,

(Lachen des Abg. Winfried Mack CDU – Abg. Winfried Mack CDU: Selbst geschrieben! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Gestellte!)

und diese Bürgerbriefe müssen Sie dann beantworten. Die Antwort auf diese Bürgerbriefe ist doch logisch. In diesen Fällen müssen Sie die Bürger darauf hinweisen, dass sie mit dieser Frage an der falschen Stelle sind, weil das Staatsministerium nicht zur Justiz gehört. Also brauchen Sie doch die Da-

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

ten nicht, meine Damen und Herren. Weshalb brauchen Sie die Daten, um Bürgerbriefe zu beantworten?

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Herr Kollege Binder, Sie haben recht, wenn Sie sagen, der Justizminister habe keine Daten herausgegeben, die er nicht herausgeben darf. Das lag aber am Justizminister und nicht am Staatsministerium.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig! – Abg. Karl Zimmermann CDU: So ist es!)

Es bleiben nach wie vor die Fragen: Was hat das Staatsministerium in den Angelegenheiten der Justiz zu schaffen? Wozu mischt sich das Staatsministerium in die Angelegenheiten der Justiz ein? Und vor allem: Wie ist es mit den Belangen des Datenschutzes? Ich denke, daraus ergeben sich Fragen, die in der Zukunft auch noch aufzuklären sein werden: Was hält der Datenschutzbeauftragte von diesem Vorgehen? Ist der Datenschutz auf diese Art und Weise eingehalten worden, oder haben Sie den Datenschutz mit Füßen getreten? Diese Fragen sind nach wie vor aufzuklären.

Es ist deutlich, meine Damen und Herren: Das Staatsministerium hat bei dieser ganzen Aktion andere Ziele verfolgt als das, was Sie heute zugegeben haben. Wir werden weiter fragen, bis wir die Antworten bekommen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Karl Zimmermann CDU: Sehr gut!)

Präsident Guido Wolf: Für die CDU-Fraktion spricht noch einmal Kollege Dr. Löffler.

Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: „Wer ist Beschuldigter?“ „Wer ist Anzeigerstatter?“ Das sind doch Fragen nach dem Namen. Gibt es etwas stärker Personenbezogenes als die Frage nach dem Namen?

Ich bin irritiert, dass Sie da ein anderes Rechtsverständnis haben und das Sammeln von Daten, von Namen als völlig normal ansehen.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Ach!)

Die Staatsministerin hat gesagt, das sei Normalität.

(Abg. Manfred Kern GRÜNE: Gehirn einschalten!)

Sie müssten doch seit der Entscheidung des EuGH zur Vorratsdatenspeicherung, seit der Veröffentlichung des 30. Tätigkeitsberichts des Landesdatenschutzbeauftragten – ich verweise auf Seite 84 – und seit den Einlassungen des Justizministers Stichelberger im Bilde sein und wissen, dass dies unzulässig ist. Dass Sie überhaupt kein Unrechtsbewusstsein haben, macht mich irgendwie betroffen. Ich habe nicht erwartet, dass Sie hier wie der Salierkaiser Heinrich IV. auftreten. Aber ich habe schon erwartet, dass Sie ein gewisses Gefühl dafür bekommen, was Recht und was Unrecht ist. Die Tatsache, dass Sie es als Normalität ansehen, Bürgerbriefe zu beantworten und Namen zu sammeln – –

(Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Welche Namen?)

– „Wer ist Anzeigerstatter?“ ist eine Frage nach dem Namen. Ich wundere mich, dass wir da – –

(Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Einfach zuhören!)

Vielleicht habe ich eine Lese-Rechtschreib-Schwäche.

(Zuruf von den Grünen: Das kann sein!)

Aber wir müssen kein germanistisches Oberseminar durchführen, um festzustellen, dass dies eine Frage nach dem Namen ist.

Noch eines: Es gibt nicht nur die Briefe von der Frau Vizepräsidentin. Es gibt zahlreiche weitere Briefe hierzu von grünen Abgeordneten. Die Motive sind nicht immer die Suche nach Antworten für die Bürger oder der Wählerauftrag. Es sind auch solche Motive, die der römische Kaiser Vespasian als „geruchlos“ bezeichnet hat.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion GRÜNE spricht Kollege Sckerl.

Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sehr geehrte Kollegen der Oppositionsfraktionen, Herr Dr. Löffler und Herr Dr. Rülke, auch wenn es schwerfällt, es zu akzeptieren: Falsche Behauptungen werden durch mehrfache Wiederholung nicht besser.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Karl Zimmermann CDU: Hören Sie zu! – Abg. Thomas Blenke CDU: Daran sollten Sie sich auch einmal erinnern! Dürfen wir Sie daran auch einmal erinnern?)

Die noch so intensive Suche nach der Stecknadel im Heuhaufen wird ergebnislos bleiben. Es gab keine Abfrage von Personendaten und deswegen auch keine Speicherung.

(Zuruf des Abg. Matthias Präfrock CDU)

Warum sollte das Staatsministerium auch ein Interesse daran haben?

(Lachen bei der CDU – Abg. Claus Paal CDU: Hören Sie eigentlich zu? – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Lassen Sie mal Ihre Fantasie walten! – Weitere Zurufe von der CDU)

Das ist bei der Justiz, bei der Staatsanwaltschaft bestens aufgehoben. Aber das Staatsministerium und der Landtag – die können wir beide im gleichen Atemzug nennen, weil sie beide im gleichen Zeitraum das gleiche Interesse geäußert haben – haben selbstverständlich politisch ein Interesse daran – und ich sage auch: ein Recht darauf –, in allgemeiner statistischer Weise zu wissen, um wie viele Verfahren es eigentlich geht.

Ich sage Ihnen: Die Antworten des Justizministers waren sogar hilfreich, um in der Debatte deutlich zu machen: Es wird nach allen Seiten ermittelt. Überall dort, wo der Verdacht des Begehens von Straftaten im Zusammenhang mit dem 30. Sep-

(Hans-Ulrich Sckerl)

tember 2010 bestand, wird konsequent ermittelt – und nicht nur gegen die Gegner von S 21. Das war eines der wesentlichen Ergebnisse der Mitteilungen zu den Erhebungen des Justizministeriums.

(Zuruf von der CDU: Hat Sie das überrascht?)

– Das hat mich selbstverständlich nicht überrascht.

(Lachen des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Doch das hat natürlich auch zur Relativierung der öffentlichen Diskussion beigetragen, hat dazu beigetragen, dass ein Stück weit wieder Normalität und Zuversicht in den Rechtsstaat eingekehrt sind.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Was für einen Beitrag haben Sie geleistet? – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Haben Sie einen Beitrag geleistet?)

Deswegen war es wichtig, das zu machen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zurufe von der CDU)

Das war wichtig,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

und Sie tun nichts anderes, als zu versuchen, jede Kleinigkeit und jeden noch so geringen Vorgang zu nutzen, um dieses Vertrauen, das gerade in dieser schwierigen Auseinandersetzung wiederhergestellt worden ist, erneut infrage zu stellen. Das finde ich dem Sachverhalt nicht angemessen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Präsident Guido Wolf: Für die SPD-Fraktion spricht Kollege Binder.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jetzt loben Sie Herrn Stickleberger noch einmal richtig! Er hat es verdient! Dann können wir klatschen!)

Abg. Sascha Binder SPD: Nein. Man darf auch einen Minister nicht zu viel loben. Das wissen Sie auch.

(Heiterkeit bei der CDU)

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Dr. Rülke, wenn man Fragen stellt, sollte man bei den Antworten auch zuhören. Die Frage, ob der Herr Ministerpräsident von dieser E-Mail wusste, hat Ministerin Krebs beantwortet, und zwar sehr ausführlich, jedoch genau anders, als Sie es wahrgenommen haben, Herr Dr. Rülke. Ich möchte Ihnen raten, noch einmal das Plenarprotokoll durchzulesen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ja!)

Denn Frau Ministerin Krebs hat genau das Gegenteil von dem geantwortet, was Sie meinten, gehört zu haben, nämlich dass der Ministerpräsident mit dieser Anfrage nichts zu tun hat, dass es die Arbeitsebene war, die das gemacht hat.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

– Haben Sie die Mail gelesen?

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Die Mail ist vertraulich, Herr Kollege!)

Woher wissen Sie denn, was drinsteht?

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Deshalb frage ich ja, was drinsteht!)

– Okay.

(Zurufe von der CDU)

Ich weiß, was drinsteht; mir brauchen Sie es nicht zu sagen.

Dann zur Anfrage beim Datenschutzbeauftragten: Wenn, wie Sie jetzt behaupten, keine Daten herausgegeben wurden, dann ist auch nicht gegen das Datenschutzrecht verstoßen worden.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Aber mit der Frage!)

– Mit der Frage.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Wenn Sie das meinen, rate ich Ihnen wirklich, sich noch einmal mit dem Landesdatenschutzbeauftragten zusammensetzen, damit er Ihnen erklärt, dass man, wenn man Fragen stellt, nicht gegen das Datenschutzrecht verstößt.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Insofern wünsche ich Ihnen bei diesen Unterredungen mit dem Landesdatenschutzbeauftragten viel Erfolg.

(Abg. Winfried Mack CDU: Finden Sie die Anfrage gut? – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Bei dieser Anfrage ist schon die Absicht strafbar! – Weitere Zurufe von der CDU)

– Ich muss Anfragen der Arbeitsebene eines Ministeriums nicht bewerten. Das liegt mir auch fern. Das ist Sache der Regierung, der Exekutive, und es ist nicht Aufgabe eines Abgeordneten, das zu bewerten.

Was ich zu dieser Angelegenheit zu sagen hatte, habe ich in zwei kurzen Meldungen gesagt.

Insofern danke ich Ihnen recht herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Präsident Guido Wolf: Für die Regierung spricht Frau Ministerin Krebs.

Ministerin im Staatsministerium Silke Krebs: Da es offenbar Probleme gegeben hat, meine Antwort zu verstehen, wiederhole ich noch einmal

(Zuruf von den Grünen: Wir haben Sie verstanden!)

– die anderen müssen es halt noch einmal hören – zwei zentrale Punkte. Bei dem einen Punkt geht es darum, was gefragt worden ist.

Ich gehe davon aus, es ist allgemeine Logik, dass es, wenn man eine Frage stellt und in Klammern „z. B.“ anfügt, ein Ant-

(Ministerin Silke Krebs)

wortbeispiel ist. Man fragt etwas, und mit „z. B.“ führt man auf, welche Art von Antwort man wünscht. Wenn man fragt, wer Anzeigerstatter ist, und in Klammern

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Dann sind das keine Personen?)

– vielleicht hören Sie diesmal zu, Herr Rülke; es hilft Ihnen – „z. B. Juristen zu Stuttgart 21“ anfügt, dann bringt man zum Ausdruck, dass es um diese Kategorie von Antworten geht, die man wünscht, nämlich um Gruppen.

Und oben fragten wir: Gegen wen – in Klammern: Deutsche Bahn, Land, Stadt, Stuttgart-21-Gegner/-Befürworter, Polizeibeamte – richten sich die Strafverfahren? Es ging um Gruppen.

(Abg. Winfried Mack CDU: Gegner, Befürworter?)

Übrigens hat das Justizministerium genau dieselben Kategorien verwendet, weil es logische Gruppenkategorien bei Verfahren gegen Stuttgart 21 sind. Ganz einfach.

Herr Rülke, zu der anderen Antwort von mir, die Sie auch nicht verstanden haben, sagen Sie selbst das,

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

was ich versucht habe, Ihnen zu erläutern. Wenn das Staatsministerium Bürgerbriefe bekommt, die Rechtsfragen aufwerfen oder in den Raum stellen, dann ist es, wenn es laufende Verfahren der Staatsanwaltschaft gibt, naheliegend, dass das Staatsministerium schreibt: Zu dieser Angelegenheit sagen wir gar nichts.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Da brauchen Sie aber auch nicht im Justizministerium nachzufragen!)

Wir verweisen auf die laufenden Verfahren der Staatsanwaltschaft. Genau deshalb haben wir beim Justizministerium nachgefragt,

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Warum? Das ist doch unlogisch!)

welche Verfahren laufen. Das sehen Sie daran, dass wir z. B. – –

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Wenn Sie immer nur schreien, während ich antworte, und nachher sagen, ich hätte etwas anderes gesagt, dann hindern Sie sich selbst daran, zuzuhören. Hören Sie doch einfach zu; Sie können ja im Anschluss schreien.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Ich habe Widersprüche bei Ihnen herausgehört! – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Die Frau Ministerin hat das Wort.

Ministerin im Staatsministerium Silke Krebs: Zuhören hilft!

Wir stellen z. B. eine Frage genau zum Thema Mischfinanzierung. Das ist ein Thema, das von vielen als Rechtsfrage auf-

geworfen wurde. Deswegen fragen wir, ob es dazu Verfahren gibt, um bei solchen Briefen sagen zu können: „Zu dieser Frage gibt es ein anhängiges Verfahren bei der Staatsanwaltschaft.“ Das Thema liegt bei der Staatsanwaltschaft. Dazu sagt die Regierung nichts.

Genau darum ging es, Herr Rülke. Sie haben es doch eigentlich verstanden. Genau das war die Antwort. Vielleicht hat es diesmal geholfen.

Zu der anderen Frage: Der Ministerpräsident und ich haben diese Anfrage nicht in Auftrag gegeben. Es gab keinen Auftrag der Hausspitze. Von keinem Mitglied der Hausspitze des Staatsministeriums gab es einen Auftrag für diese Anfrage. Diese Anfrage stammt von der Arbeitsebene. Das Verkehrsreferat, das die Bürgerbriefe beantwortet, hat das Justizreferat gebeten, diese Fragen zur Beantwortung der Bürgerbriefe zu stellen, um zu erfahren, welche Verfahren laufen, um auf diese verweisen zu können.

So war der Vorgang. Sie können es jetzt zweimal im Protokoll nachlesen. Vielleicht kommt die Botschaft dann bei Ihnen an.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Karl Zimmermann CDU: Könnten Sie die mehrfach angesprochene E-Mail einmal vorlesen?)

Präsident Guido Wolf: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Debatte beendet.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Innenministeriums – Starkes Land – starke Kommunen – Lage der Kommunen in Baden-Württemberg – Drucksache 15/4573

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Das Wort zur Begründung erteile ich dem Kollegen Schwarz.

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Baden-Württemberg ist ein starkes Land. Unser Land ist deshalb stark, weil es selbstbewusste, engagierte Bürgerinnen und Bürger, eine aktive Zivilgesellschaft, starke mittelständische Unternehmen, eine innovative Wirtschaft, freie Träger hat, die in Bildung und sozialem Leben sehr Beeindruckendes leisten, und weil unser Land starke Städte und Gemeinden, starke Landkreise hat, meine Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Die Stärke unseres Landes besteht in der soliden Partnerschaft, in der Vernetzung all dieser Akteure, denn die Herausforderungen des demografischen Wandels und der ökologischen und sozialen Modernisierung können wir nur gemeinsam bewältigen.

Gemeinsam übernehmen wir Verantwortung für die Gestaltung der Zukunft in den Kommunen, in der Region, in Euro-

(Andreas Schwarz)

pa und in einer Welt, die sich rasant wandelt und die immer komplexer wird.

Heute möchte ich gern zum Thema Kommunen reden, denn die Kommunen sind es, die in besonderer Weise in Baden-Württemberg die Brücke zwischen Staat und Bürgergesellschaft herstellen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in keinem anderen Bundesland als Baden-Württemberg hat sich die Finanzkraft der Kommunen so gut entwickelt. Ich möchte es gern aufzählen: Die Kommunen in Baden-Württemberg haben die geringsten Schulden, überdurchschnittliche Steuereinnahmen und nach Bayern die höchsten Investitionsausgaben pro Einwohner. All das ist ein Beweis dafür, dass wir starke Kommunen in unserem Land haben.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Die Lage der Kommunen ist aber auch deshalb so gut, weil sich seit 2011 das Verhältnis des Landes zu den Kommunen maßgeblich verbessert hat.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ich möchte dazu gern einige Punkte anführen. Schauen wir uns zunächst das Thema „Frühkindliche Bildung und Kleinkindbetreuung“ an. Im Jahr 2010 stagnierten die Ausgaben des Landes für die Kleinkindbetreuung, obwohl schon damals klar war, dass der Rechtsanspruch auf Betreuung für Kinder unter drei Jahren kommen wird. Wie sah es denn im Jahr 2010 aus? Damals beschlossen einige Kommunen, gegen das Land zu klagen. Es standen also Klagen der Kommunen gegen das Land im Raum, weil das Land keine ausreichenden Zuschüsse zahlen wollte.

Grün-Rot hat sofort reagiert. Seit 2012 haben wir die öffentlichen Ausgaben für die Kleinkindbetreuung um über 300 Millionen € aufgestockt, also mehr als verdoppelt. Im letzten Jahr waren es 325 Millionen €.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Dadurch können immer mehr Städte und Gemeinden eine ausreichende Zahl von Betreuungsplätzen anbieten. Wir leisten einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Ich möchte aber noch ein zweites Thema ansprechen: die Krankenhausfinanzierung. Schauen wir uns die Krankenhausfinanzierung einmal an. Angesichts des demografischen Wandels müssen wir heute die Versorgungsinfrastruktur bedarfsgerecht umbauen und verlässlich gestalten, und zwar nicht gegen die Träger und gegen die Kommunen, sondern gemeinsam mit den Krankenhausträgern und den Kommunen. Jahrelang gab es hier einen Antragsstau. Ich kann mich an eine Vielzahl von Kreistagssitzungen erinnern, in denen CDU-Kreisrätinnen und -Kreisräte aufgrund der Unterfinanzierung im Krankenhausbereich harsche Kritik am Land geübt haben.

Was ist 2011 passiert? Seit Grün-Rot regiert, sind die Mittel sukzessive erhöht worden. In diesem Jahr stehen erstmals 410 Millionen € zur Verfügung, so viele Landesgelder wie nie zuvor.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ich sage aber auch: Wir müssen uns im Bereich der Krankenhausfinanzierung neu aufstellen. Der demografische Wandel macht das notwendig. Die Leitlinie muss lauten: Nicht überall alles und jedes, sondern – so wie bei der regionalen Schulentwicklung – Qualität in zumutbarer Entfernung.

Diese große Aufgabe wird nicht immer angenehm sein. Auch hier gilt: Wir können diesen Wandel in der Krankenhauslandschaft nur zusammen mit den Kommunen und den Trägern zum Erfolg führen. Am Ende muss eine nachhaltige, zukunftsfähige, leistungsfähige medizinische Infrastruktur stehen, die der demografischen Entwicklung standhält.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ich möchte noch ein drittes Thema ansprechen, nämlich den Betrieb und Unterhalt von Landes- und Bundesstraßen. Hier hat die CDU-geführte Landesregierung durch die Verwaltungsstrukturreform 42 Millionen € auf die Kommunen verlagert. Ich nehme es den Kommunen nicht übel, dass sie gesagt haben: „Aufgrund dieser Mehrbelastung durch die CDU-geführte Landesregierung reichen wir jetzt eine Klage gegen das Land ein.“

Wir haben verhandelt. Ich bin dem Verkehrsminister und dem Finanzminister dankbar, dass es gelungen ist, die Klage der Kommunen abzuwenden. Bis 2018 werden die Stadt- und Landkreise rund 280 Millionen € für den Straßenunterhalt erhalten. Damit verbessern wir den Straßenzustand und sorgen für sichere und intakte Straßen. Noch viel wichtiger ist aber: Die Klage, die aufgrund der Verwaltungsstrukturreform der CDU-geführten Landesregierung im Raum stand, ist passé. Daran merkt man, dass wir mit der kommunalen Familie gut klarkommen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ich denke, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe ein paar Punkte angeschnitten, die deutlich machen: Wir reden nicht nur von der kommunalfreundlichen Politik, wie es die CDU gern gemacht hat, sondern wir haben tatsächlich gehandelt und die Situation der Kommunen verbessert. Wir haben die Kürzungen im kommunalen Finanzausgleich um 50 Millionen € zurückgefahren. Dadurch bleibt mehr Geld vor Ort, um die dortigen Entscheidungsspielräume nutzen zu können. An dieser kommunalfreundlichen Politik halten wir gern fest.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Präsident Guido Wolf: Für die CDU-Fraktion spricht Kollege Klein.

Abg. Karl Klein CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal herzlichen Dank, Herr Kollege Schwarz, dass wir so kurz vor der Kommunalwahl in einer Aktuellen Debatte über das Thema „Starke Kommunen und starke Städte in Baden-Württemberg“ reden können, und insbesondere herzlichen Dank an die Landesregierung, dass sie auf 39 Seiten insbesondere für die Fraktion GRÜNE einmal zusammengestellt hat, was die Bürgerinnen und Bürger im Land Baden-Württemberg schon seit sechs Jahrzehnten, meine sehr geehrten Damen und Herren, wissen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP)

(Karl Klein)

Starke Städte und Gemeinden ergeben ein starkes Land, und ein starkes Land führt auch zu starken Städten und Gemeinden. Dieses Wechsel- und Zusammenspiel, die Ausgeglichenheit zwischen den städtischen und ländlichen Räumen ist das Erfolgsgeheimnis des Landes Baden-Württemberg.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Baden-Württemberg ist wirtschaftlich stark, innovativ und zukunftsfähig, hat eine hohe Beschäftigungsquote, eine sehr geringe Jugendarbeitslosigkeit, hohe ökonomische und ökologische Werte und die mit Abstand geringste Verschuldung der Kommunen verglichen mit den anderen Bundesländern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das war, meine sehr geehrten Damen und Herren, sechs Jahrzehnte unter einer CDU-geführten Landesregierung und jetzt gerade einmal drei Jahre unter einer grün-rot geführten Landesregierung der Fall. Damit will ich zum Ausdruck bringen, dass wir den Blick auf die zeitlichen Verhältnisse in unserem Land wieder zurechtrücken sollten.

Ich möchte auch darauf hinweisen, dass in den Bundesländern, in denen jahrzehntelang eine rote oder grün mitregierte Landesregierung die Verantwortung getragen hat, die Verschuldungssituation von Land und Kommunen eine ganz andere ist.

(Beifall des Abg. Peter Schneider CDU)

Beispiele sind Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Bremen und Berlin. Allein in Rheinland-Pfalz hat sich, um dies nur einmal kurz zu erwähnen, unter der SPD-geführten Landesregierung die Verschuldung innerhalb kürzester Zeit verdoppelt.

(Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Welches Land war das gerade?)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dorthin geht auch ein Großteil des Finanzausgleichs, in den Baden-Württemberg einzahlt. Vielleicht ist dies auch ein Grund dafür, warum die Landesregierung bei uns seit drei Jahren relativ wenig zur Änderung des Länderfinanzausgleichs unternimmt.

Wir freuen uns sehr, dass durch ein anhaltendes Wirtschaftswachstum ab dem Jahr 2010 bis heute die Einnahmen der Kommunen in Baden-Württemberg sehr stark gestiegen sind. Im Gegensatz zu dem Abschluss des Landes Baden-Württemberg – hören Sie gut zu – weisen die Jahresabschlüsse der Kommunen aber einen positiven Finanzierungssaldo auf. Gerade an diesem positiven Beispiel der Kommunen in Baden-Württemberg könnte sich das Land Baden-Württemberg orientieren bzw. sich die Kommunen zum Vorbild nehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Als besondere Leistung haben Sie, Herr Schwarz, herausgestellt, dass die Landesregierung die Förderung der Kleinkindbetreuung und den Wiedereinstieg in die Förderung der Schulsozialarbeit mit erheblichen finanziellen Mitteln unterstützt.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Die Schulsozialarbeit habe ich noch gar nicht angesprochen!)

Dies ist sicherlich unbestritten eine Leistung, die die Kommunen gern entgegennehmen, um mit eigenen Mitteln, aber vor allem auch mit der Unterstützung des Bundes eine sehr qualifizierte Kleinkindbetreuung auszubauen.

In diesem Zusammenhang sollte Ihnen aber zu denken geben, dass die CDU-geführte Bundesregierung allein die Kommunen in Baden-Württemberg im Bereich der Grundsicherung um eine halbe Milliarde Euro entlastete, ohne dass es dazu eine Steuererhöhung brauchte. Sie hingegen haben die Grunderwerbsteuer erhöht. Sie haben damit die Betriebe in Baden-Württemberg belastet. Sie haben die Kommunen belastet. Vor allem haben Sie auch die jungen Familien belastet.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ach was! Quatsch!)

Deshalb stellt sich schon die Frage, worin eigentlich Ihre besondere Leistung liegt, außer darin, dass Sie Steuern erhöhen und dann im Land Baden-Württemberg die Umverteilungsmaschinerie anwerfen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Zur Stellungnahme zu Ziffer 4 des Antrags, in der gefragt wurde, welche Gesetzesinitiativen und Verordnungen eine Verschlechterung der kommunalen Finanzsituation bewirkt hätten,

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Keine!)

muss ich feststellen, dass das Erinnerungsvermögen der Landesregierung leider sehr schnell ausgesetzt hat.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Wie ist denn die Antwort?)

Deshalb kann ich es Ihnen nicht ersparen, dass ich hier einige Beispiele anführe. Ich fange einmal mit Ihrem Lieblingskind, der Gemeinschaftsschule, an. Diese haben Sie nicht nur ohne Bildungsplan, ohne Ausbildung der Lehrkräfte und ohne regionale Schulentwicklungsplanung eingeführt, sondern auch ohne jegliche finanzielle Unterstützung der Kommunen, ohne jegliche Schulbauförderung.

(Beifall bei der CDU)

Mit dem räumlichen Ausbau der Ganztagschulen, die Sie initiiert haben, drücken Sie den Kommunen erhebliche finanzielle Lasten auf. Vor allem in der Hoffnung, damit ihren Standort zu sichern, beugen sich die Kommunen dem Diktat der Landesregierung, indem sie einen Blankoscheck ausstellen und sich bereit erklären, die Ganztagschulen auf eigene Kosten auszubauen.

Was ist mit den Ganztagschulen insgesamt? Für einen teilweisen Ausbau im Bereich der Grundschulen haben Sie eine Kooperation mit den Kommunen geschlossen. Ich möchte fragen: Was ist mit den Gymnasien? Was ist mit den Realschulen? Was ist mit den restlichen öffentlichen Schulen?

(Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD)

Wenn in diesem Bereich eine Ganztagschule gewünscht wird, liegt die finanzielle Verantwortung bei der jeweiligen Kommune.

(Karl Klein)

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ist das der Wunsch der CDU, dass man das macht?)

Ich möchte die Konversion in Baden-Württemberg ansprechen. Herr Ministerpräsident, Sie haben den Maimarkt in Mannheim eröffnet. Ich war auch zugegen. Der Oberbürgermeister von Mannheim hat dringend eine finanzielle Unterstützung seitens des Landes bei der Konversion angemahnt. Wir wollen die Städte Mannheim, Heidelberg, Schwetzingen, aber auch die anderen Konversionskommunen beim Erwerb der entsprechenden Grundstücksflächen unterstützen und vor allem dafür Sorge tragen, dass die Unterstützung im Rahmen einer Entwicklung mittelfristig nach dem entsprechenden Bedarf geleistet werden kann.

Sie greifen für Konversionsaufgaben in die Töpfe der Städtebausanierung, des Entwicklungsprogramms Ländlicher Raum. Darin stecken Gelder des Bundes und der Kommunen, und Sie verwenden sie für die Konversion. Damit benachteiligen Sie die anderen Städte und Gemeinden, die nicht Konversionskommunen sind, in ihrer Stadt- oder Dorfentwicklung.

Ich komme auf das Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz, die Absenkung der Förderquoten – im Straßenbau von 70 auf 50 % und beim ÖPNV von 75 auf 50 % – und die Umstellung auf eine Festbetragsfinanzierung zurück. Wissen Sie, was Sie mit dieser Entscheidung tun? Mit der erhöhten Eigenbeteiligung der Gemeinden wälzen Sie eine enorme Kostenlast auf die Kommunen ab,

(Glocke des Präsidenten)

die ihresgleichen sucht und Ihre Förderung bei der Kleinkindbetreuung bei Weitem übersteigt.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Guido Wolf: Ich bitte Sie, zum Abschluss zu kommen.

Abg. Karl Klein CDU: Ein Letztes zum Landesplanungsgesetz: Hier haben Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, ein Konjunkturprogramm für Gutachter und Städteplaner auf Kosten der Kommunen beschlossen. Stichworte sind Änderungen der Flächennutzungspläne, Änderungen der Bebauungspläne, unnötige Windgutachten, unnötige Gelder, die die Kommunen verauslagt haben, ohne dass überhaupt ein Fortschritt im Land Baden-Württemberg erkennbar ist.

(Beifall bei der CDU – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Kollege Klein, ich darf Sie bitten, zum Abschluss zu kommen.

Abg. Karl Klein CDU: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich könnte noch einiges hinzufügen, möchte es aber dabei belassen. Ihre dreijährige Regierungszeit ist in der Zusammenarbeit mit den Kommunen in der Tat nicht makellos.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Guido Wolf: Für die SPD-Fraktion spricht Kollege Heiler.

Abg. Walter Heiler SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Kollege Klein, Sie haben zu Recht

damit begonnen, die Leistungsfähigkeit der Kommunen zu loben, und haben damit geendet, dass Sie ein sehr düsteres Bild gemalt haben, indem Sie krampfhaft versucht haben, der grün-roten Landesregierung, die jetzt seit drei Jahren tätig ist, zu unterstellen, nicht genügend getan zu haben. Ich darf zurückfragen: Was haben Sie eigentlich in 58 Jahren gemacht? Auch in diesen 58 Jahren waren die Kommunen stark – oftmals trotz Ihrer Landesregierung, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Wir brauchen und wollen lebenswerte und leistungsfähige Kommunen; sie sind unerlässlich. Wir wollen den gesellschaftlichen Zusammenhalt in den Städten und Gemeinden in Baden-Württemberg stärken und Identität in unseren Kommunen stiften.

Dazu, was wir in den letzten drei Jahren geleistet haben, will ich an das, was Kollege Schwarz gesagt hat, anschließen: Wir haben uns als die wahren Freunde der Kommunen gezeigt. Die neue, grün-rote Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen sind die wahren Freunde der Kommunen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Wir haben insbesondere eines getan, was Sie jahrelang, jahrzehntelang in dieser Form nicht gemacht haben: Wir haben den Dialog mit den kommunalen Landesverbänden gesucht, und wir haben vor allem auch – das ist Ihnen z. B. im Bereich der Ganztagschulen nie gelungen – Vereinbarungen mit den kommunalen Landesverbänden zum Wohle unserer Kommunen getroffen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Ich will Ihnen einige wenige Punkte nennen:

Wir wollen Baden-Württemberg zum Musterland für gute Arbeit machen. Denn gute Arbeit ist das Rückgrat unseres Wohlstands, und wir brauchen dafür nicht zuletzt mehr Investitionen, auch in den Kommunen. Denn die Kommunen sind, was öffentliche Körperschaften anbelangt, diejenigen, die am meisten investieren. Das kann aber immer noch besser werden. Deshalb ist es ein Ziel dieser Landesregierung, den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg zu stärken und ihn somit zu einem Musterland für gute Arbeit zu machen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Hierzu gehört natürlich eine gute Finanzausstattung der Kommunen. Damit komme ich auf das Thema „Dialog mit den kommunalen Landesverbänden“ zurück. Wir haben eine Einigung über die Finanzverteilung bis 2016 erzielt. Die Kommunen können sicher planen, und wir haben uns als verlässlicher Partner der Kommunen erwiesen.

Kollege Schwarz hat die Zahlen angesprochen; ich nenne sie nochmals im Detail, um deutlich zu machen, was wir für die Kommunen geleistet haben. Die Kürzung des kommunalen Finanzausgleichs wird in dieser Legislaturperiode in zwei Stufen zurückgeführt: in den Jahren 2013 und 2014 um 25 Millionen € auf jeweils 340 Millionen € und in den Jahren 2015 und 2016 um weitere 25 Millionen € auf jeweils 315 Millionen €. Ich nenne die letzte Zahl noch einmal: 315 Millionen €.

(Walter Heiler)

In Ihrer Regierungszeit waren es jedes Jahr 405 Millionen €, um die Sie die Mittel der Kommunen im Wege der Vorwegentnahme gekürzt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Allein an dieser Zahl sieht man, wie wir für unsere Städte und Gemeinden eingetreten sind.

Beim Thema Länderfinanzausgleich haben Sie ja recht, dass mit unseren Geldern viele andere Länder – in Anführungszeichen – finanziert werden.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Macht etwas dagegen!)

Ich darf einfach zurückfragen: Wer hat eigentlich damals den Vertrag über den jetzt geltenden Finanzausgleich unterschrieben? Das war, glaube ich, kein sozialdemokratischer Ministerpräsident von Baden-Württemberg.

(Unruhe bei der CDU)

Wir treten für Familien ein und sorgen dafür, dass unsere Städte und Gemeinden lebenswerte Räume sind, in denen die Alltagsgestaltung von Familien reibungslos funktioniert. Auch hier sind wir im Dialog mit den kommunalen Landesverbänden zu herausragenden Ergebnissen gekommen. Sie wissen, dass wir durch den Pakt mit den Kommunen für Familien mit Kindern seit 2012 zusätzlich 315 Millionen € – wenn man die Bundesmittel hinzurechnet, sind es insgesamt 444 Millionen € – zur Verfügung stellen.

Wir haben damit mittelfristig die Möglichkeit, über 100 000 Betreuungsplätze für unter Dreijährige zur Verfügung zu stellen. Im Jahr 2013 wurden die Mittel nochmals erhöht. Ich brauche die einzelnen Zahlen nicht zu nennen. Aber das sind, wenn ich richtig gerechnet habe, in fünf Jahren über 1,6 Milliarden €.

Richtig, das war durch die Erhöhung der Grunderwerbsteuer möglich. Ich frage aber einmal zurück. Was hätten Sie getan? Wären Sie noch an der Regierung und hätten die Grunderwerbsteuer nicht erhöht, würden den Kommunen diese 1,6 Milliarden € schlichtweg fehlen, weil Sie keinen Gegenfinanzierungsvorschlag haben.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Thema Bildungsgerechtigkeit – ich glaube, zum Thema Gemeinschaftsschulen braucht man nicht viel auszuführen –: Tatsache ist, dass es mit Beginn des Schuljahrs 2014/2015 209 öffentliche Gemeinschaftsschulen mit über 8 000 Schülerinnen und Schülern geben wird. Wir konnten erreichen – das haben Sie nie geschafft; ich habe es erwähnt und wiederhole es –, dass wir mit den kommunalen Landesverbänden eine Einigung über die gesetzliche Verankerung der Ganztagschulen erzielt haben.

Ich darf zum Schluss kommen. Ich könnte noch stundenlang über die hervorragenden Erfolge dieser Landesregierung berichten.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Claus Schmiedel SPD: Bravo! Weiter so!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Rahmenbedingungen sind wichtig, aber die handelnden Personen sind für eine gute Kommunalpolitik ebenso wichtig. Ich will deshalb namens unserer Fraktion sehr herzlich all denjenigen Menschen danken, die insbesondere im Kommunalbereich – ich meine also nicht nur die Vereine, sondern ich spreche die Mandatsträger an – aktiv sind und sich am 25. Mai zur Verfügung stellen. Ich spreche die Menschen aller Parteien und Wählervereinigungen an. Das sind, denke ich, Vorbilder, die sich bereit erklären, sich für unsere Gesellschaft, für unsere Städte, für unsere Gemeinden und für unsere Kreise einzusetzen. Die Kommunen sind das Lebenselixier der Menschen. Wir brauchen handelnde Personen, die für die Gemeinschaftsaufgaben und die Bewältigung der Probleme, die es natürlich noch gibt, sorgen.

Wir brauchen hier in Baden-Württemberg starke Kommunen. Die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen sind verlässliche Partner. Deshalb will ich die Überschrift „Starkes Land – starke Kommunen – Lage der Kommunen in Baden-Württemberg“ ergänzen durch „eine bemerkenswerte Erfolgsgeschichte“.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion der FDP/DVP spricht Herr Abg. Professor Dr. Goll.

Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben es gehört: Die Kommunen sind in einer guten Verfassung. Lieber Herr Schwarz, das wird doch nicht möglicherweise eine Erblast der früheren Regierung sein?

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Heiterkeit bei der CDU – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Daran haben wir nachhaltig gearbeitet! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Gerade nicht. – Ach ja, Verzeihung, ich habe das vergessen. Herr Heiler hat ja eine neue Theorie:

(Zuruf: Was?)

Die Kommunen waren fast 60 Jahre lang trotz der Landesregierung stark, und jetzt sind sie es drei Jahre lang wegen der Landesregierung.

(Zurufe von der SPD)

Soll man das noch ernst nehmen? Soll man weiterhin diesen hemmungslosen Akt der Selbstbeweihräucherung, den wir vorhin erlebt haben, ernst nehmen?

Ich möchte – nicht aus Oppositionslust, sondern damit in diesem Haus wenigstens ein halbwegs objektives Bild entsteht, das die Lage der Kommunen und ihr Verhältnis zur Landesregierung beschreibt – ein paar Anmerkungen machen. Einiges hat Kollege Klein schon gesagt.

Sie wissen auch, dass am Himmel düstere Wolken hängen und dass Sie etwas tun können und dass auch etwas von Ihnen erwartet wird. Die Tatsache, dass die Kommunen gerade im so-

(Dr. Ulrich Goll)

zialen Bereich immer höheren Ausgaben ausgesetzt sind, hängt z. B. mit der Eingliederungshilfe für Behinderte zusammen. Das ist zwar eine Bundesmaterie, aber dazu hat z. B. die SPD versprochen, dass schon im Jahr 2014 eine Entlastung für die Kommunen eintreten werde. Bisher ist aber nichts passiert. Was tut die Landesregierung, damit diese Entlastung tatsächlich kommt?

Schauen wir weiter ins Land: Dort sind die Ängste der Kommunen unübersehbar, gerade was die Aufnahme der Flüchtlinge angeht. Wenn Sie sich bei den Verbänden umhören, erfahren Sie, dass sie sich von der Landesregierung im Moment eher im Stich gelassen fühlen, weil einerseits Gesetze gemacht werden, die das ganze Unterfangen noch teurer machen, andererseits aber nicht die Rede davon ist, ob es dafür auch Geld gibt.

Ich kann verstehen, dass Sie die Kleinkindbetreuung wie eine Monstranz vor sich hertragen. Aber auch da erlaube ich mir den Hinweis, dass Sie die Grunderwerbsteuer erhöht haben und behauptet haben, Sie verwendeten einen kleinen Teil für den Straßenbau und gäben die anderen Mehreinnahmen den Kommunen. Sie haben den Kommunen aber nur einen Teil davon gegeben – das müssen Sie auch sagen – und den Rest ganz einfach zur Haushaltsdeckung verwendet.

Ich fahre fort: Falsch oder zumindest irreführend ist, wenn Sie sagen, Sie hätten keine Initiativen entwickelt, die die Kommunen belasten. Denn vor der Tür steht ein neues Personalvertretungsgesetz,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

welches zu 200 bis 300 neuen Stellen bei den Kommunen führen und damit Belastungen in Millionenhöhe auslösen wird, und zwar ohne Kompensation.

Sie machen sich wenig Gedanken darüber – das hat Kollege Klein richtigerweise schon angesprochen –, was Sie mit Ihrer Bildungspolitik finanziell anrichten. Der Kannibalisierungsprozess, wie es auch Timm Kern genannt hat, sieht ja so aus, dass in manchen Kommunen jetzt Fehlinvestitionen herumsiehen, während die anderen, weil sie im Wettbewerb um eine Gemeinschaftsschule erfolgreich sein wollen, sich in neue Kosten stürzen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Sie haben doch jahrelang zugeschaut!)

Hören Sie sich dort einmal um, ob sie mit dem Verhältnis mit dem Land zufrieden sind.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Sie haben doch jahrelang zugeschaut, wie Schulstandorte in die Knie gegangen sind! So ein Blödsinn!)

Wo leben Sie, wenn Sie sagen, mit den Kommunen sei alles in Ordnung?

Wenn man sich z. B. nach langem Zögern und nachdem man das Geld des Bundes versaubert hat wieder entschließt, Straßen zu bauen, kommt gleich der nächste unfreundliche Akt, indem man den Kommunen einen größeren Anteil abknöpft. Wenn es darum geht, dass die Kommunen sich entwickeln können und ihre Kraft behalten können, die sie in den

vergangenen Jahrzehnten gesammelt haben, dann hindern Sie sie durch extreme Regeln zur Begrenzung des Flächenverbrauchs daran, weil diese Regeln in vielen Kommunen eigentlich gar keine Entwicklung mehr zulassen.

Meine Damen und Herren, wenn ich das alles Revue passieren lasse, wird mir allerdings schon wieder eines klar: Diese Landesregierung geht im Gegensatz zu früheren Regierungen nicht von pragmatischen Ansätzen aus, sondern geht von bestimmten ideologischen Vorstellungen aus.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Nach diesen Vorstellungen will sie das Land umkrepeln. Wenn Sie irgendwo auf zu starken Widerstand stoßen, drehen Sie bei. Das beste Beispiel war die Gemeinschaftsschule. Als klar war, dass die Schüler des Gymnasiums und ihre Eltern sowie die Lehrer nicht mitmachen wollen, haben Sie beige-dreht. Seitdem haben wir sozusagen zwei halbe Gemeinschaften. Aber Sie haben natürlich nicht aus besserer Einsicht beige-dreht, sondern deshalb, weil der Gegner zu mächtig ist. Ich habe den Eindruck, Sie gehen mit den Kommunen deshalb vorsichtig um, weil Sie wissen, dass Sie es da mit einem mächtigen Gegner zu tun haben.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD)

Wenn Sie aber die Chance haben, mit Ihren ideologischen Vorstellungen, beinahe hätte ich gesagt: „zuzuschlagen“, dann tun Sie es ziemlich rigoros. Davon können einige Gemeinden im Schwarzwald ein Lied singen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf: Bravo!)

Die wurden dann zu „Hintertupfingen“ erklärt. Aber glauben Sie nicht, dass die Bürgermeister dieses Landes so blöd sind. Die ahnen schon, dass „Hintertupfingen“ morgen dort und morgen da sein kann. Deswegen frage ich mich schon, ob in dieser Landesregierung die wahren Freunde der Kommunen sitzen. Mir fällt dazu eher ein Wort von Bert Brecht ein:

Wer mit dem Teufel frühstückt, der muss einen langen Löffel haben.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Das habt ihr lange genug gemacht!)

Der Teufel ist jetzt in Pension, aber man möchte den Kommunen schon zurufen: Wer mit dem Kretschmann frühstückt, muss einen langen Löffel haben.

Danke.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Präsident Guido Wolf: Für die Landesregierung spricht Herr Innenminister Gall.

Innenminister Reinhold Gall: Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich darf die Gelegenheit nutzen, um mich zunächst bei den Kolleginnen und Kollegen der Fraktion GRÜNE dafür zu bedanken, dass sie mit ihrem An-

(Minister Reinhold Gall)

trag das wichtige Thema „Lage der Kommunen und Stärke des Landes und der Kommunen“ zum Gegenstand einer Plenardebatte gemacht haben.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Denn das eröffnet die Möglichkeit, deutlich zu machen, wie sich das Verhältnis zwischen den Städten, Gemeinden und Landkreisen sowie dem Land Baden-Württemberg, der Landesregierung und den sie tragenden Fraktionen in der Lebenswirklichkeit und vor Ort gestaltet.

Das greifen wir kurz vor der Kommunalwahl gern auf, weil es zum einen auch ein, wie ich finde, bedeutsames Signal an die Kommunen ist, dies nochmals deutlich zu machen und immer wieder darauf hinzuweisen, damit Gutes nicht zu schnell in Vergessenheit gerät, wobei vieles von Ihnen offensichtlich noch gar nicht wahrgenommen worden ist. Zum anderen ist es wichtig, deutlich zu machen, welche bedeutsame Rolle die Kommunen, die Städte und Gemeinden, in Baden-Württemberg wahrnehmen. Wir, die Landesregierung, wissen nicht nur um diese bedeutsame Rolle, sondern würdigen dies entsprechend und unterstützen dies auch im Rahmen unserer Möglichkeiten.

Wir haben in unserem Koalitionsvertrag formuliert und verankert, dass lebenswerte und leistungsfähige Kommunen für das Land und die Regierung von besonderer Bedeutung sind. Dieser Aussage fühlen wir uns selbstverständlich verpflichtet. Wir stellen dies auch entsprechend unter Beweis. Beispielsweise betrachten wir die Kommunen im zweigliedrigen Staatsaufbau der Bundesrepublik Deutschland nicht nur als Teil der Länder, sondern als eigenständige Gebietskörperschaften und gehen mit ihnen partnerschaftlich um. Herr Professor Goll, der Begriff „Gegner“ stammt wohl – das hat sich anscheinend in Ihrem Kopf verankert – aus Ihrer Regierungszeit. So haben wir Kommunen noch nie gesehen. Kommunen sind für uns vielmehr wesentliche Partner, wenn es um die Gestaltung des Landes Baden-Württemberg geht.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Deshalb, meine Damen und Herren, möchte ich die Gelegenheit gern auch nutzen, um mich, wie Kollege Heiler es gerade gemacht hat, bei all denen zu bedanken, die mit dafür Sorge tragen, dass sich Städte, Gemeinden und Landkreise so entwickeln können, wie sie sich entwickeln und – das will ich gern sagen – in den zurückliegenden 60 Jahren entwickelt haben. Aber wir haben einen neuen Drive in diese Entwicklung gebracht mit unserer Politik, die nicht von Ideologie bestimmt wird – von politischen Absichten jedoch schon – und die sich vor allem daran orientiert, was vor Ort notwendig ist und was die Menschen von uns erwarten.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Deshalb gilt mein Dank all jenen, die in den Städten und Gemeinden, in den Ortschaftsräten und den Kreistagen Verantwortung tragen, den kommunalen Mandatsträgern, den rund 30 000 Mitbürgerinnen und Mitbürgern, die sich tagein, tagaus einbringen und sich für die kommunale Umsetzung von Politik engagieren.

Nicht vergessen möchte ich in diesem Zusammenhang die Bürgerschaft selbst, denn in unserem Bundesland mit einem

hohen Maß an Bürgersinn macht natürlich auch das Ehrenamt aus, wie sich die Städte und Gemeinden weiterentwickeln. Dies kann in Baden-Württemberg weiter positiv gelingen, weil wir, die Landesregierung, dafür eine gute Grundlage schaffen, weil wir die Bürger ernst nehmen, mit den Bürgern diskutieren und sie in wichtigen und manchmal auch schwierigen politischen Entscheidungsprozessen mitnehmen.

Nun weiß ich allerdings aus vielen Jahren eigener kommunalpolitischer Tätigkeit, dass dankende Worte den Kommunen nicht viel weiterhelfen. Deshalb kommt es darauf an, dass wir uns – aus gutem Grund – immer wieder die Frage stellen: Wie können wir, wie kann die Landespolitik die Kommunen hierbei unterstützen? Das haben meine Vorredner von den Regierungsfractionen, Kollege Schwarz und Kollege Heiler, finde ich, sehr deutlich gemacht, und sie haben Punkte genannt, an denen man dies auch wirklich deutlich machen kann. Eigentlich brauchte ich nur auf die umfangreiche Stellungnahme zu dem vorliegenden Antrag zu verweisen. Sie ist letztendlich nichts anderes als ein Katalog dessen, was die Landesregierung in drei Jahren zugunsten der Kommunen im Land Baden-Württemberg und damit für die Menschen in unserem Land bereits geleistet hat.

Meine Damen und Herren, deutlich wird dies – ich weiß, das tut Ihnen an der einen oder anderen Stelle schon weh, weil Sie andere, eigene Erfahrungen gemacht haben, und vor allem haben die Kommunen andere Erfahrungen gemacht, als es gegenwärtig der Fall ist – beispielsweise in der Arbeit der Gemeinsamen Finanzkommission, in der Vertreter der kommunalen Landesverbände und Vertreter der Landesregierung verhandeln. Meine Vorredner nannten die Zahlen. Ich wiederhole sie,

(Abg. Walter Heiler SPD: Ja, immer wieder!)

und es lohnt sich, sie sich vielleicht zu merken. Sie haben erreicht, dass die Kürzungen in einer Größenordnung von jetzt insgesamt 150 Millionen € rückgängig gemacht worden sind. Wir jedenfalls erfahren hierfür Dank seitens der Kommunen. Damit stehen den Kommunen auch finanzielle Handlungsperspektiven und eigene Möglichkeiten der Gestaltung vor Ort zur Verfügung.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD
– Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Ja!)

Aber, meine Damen und Herren, worauf kommt es denn neben den Zahlen, die zweifelsohne auch wichtig sind, wirklich an? Es kommt darauf an, wie man in den Kommissionen, in den gemeinsamen Gremien, in denen wir die Geschicke des Landes bestimmen und voranbringen wollen, miteinander umgeht. Uns wird jedenfalls bestätigt, dass in diesen Gremien sehr konstruktiv und partnerschaftlich miteinander um die besten Lösungen gerungen wird. Deshalb stand bisher am Ende all dieser – zugegebenermaßen manchmal auch strittigen – Diskussionen nicht nur immer ein guter Kompromiss, sondern dieser Kompromiss war jeweils mit lobenden Worten der Städte und Gemeinden, der Landesverbände in Richtung grün-roter Landesregierung verbunden.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Auch über den Ausgleichstock wird verhandelt; es geht um 87 Millionen €. Auch dabei, Herr Klein, erleben wir nicht,

(Minister Reinhold Gall)

dass die kommunalen Landesverbände bestimmte Entscheidungen dergestalt interpretieren – so, wie Sie es getan haben –, dass die eine oder andere Entscheidung zulasten anderer Kommunen gehen würde. Vielmehr ist es auf der Grundlage dieses guten Miteinanders, des guten Klimas zwischen den Städten und Gemeinden und der Landesregierung möglich, dass auch die Kommunen untereinander ein gutes Klima pflegen, sodass beispielsweise, wenn es um besonders belastete Kommunen geht – ich erinnere z. B. an Staufen –, die Kommunen bereit sind, solidarisch miteinander umzugehen, und nicht von „zulasten anderer Kommunen“ sprechen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Den Pakt für Familien muss und will ich ausdrücklich erwähnen, da er ein wesentlicher Grundstein bzw. Baustein zum Ausbau der Kleinkindbetreuung war. Es soll niemand sagen, Kleinkindbetreuung wäre ideologisch motiviert. Kleinkindbetreuung ist ein Wunsch der Menschen im Land Baden-Württemberg.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Ausreichende Angebote sind u. a. die Grundlage dafür, dass sich die Menschen in unseren Städten und Gemeinden – ob groß oder klein – wohlfühlen, dass sie bereit sind, sich einzubringen und sich zu engagieren, sodass viele Menschen in Baden-Württemberg stolz darauf sind, in unserem Land zu leben, und gerade ihr Umfeld vor Ort, ihre Dörfer, ihre Gemeinden, ihre Städte als Heimat bezeichnen.

Meine Damen und Herren, die finanziellen Zuweisungen des Landes – beispielsweise für den Krippenausbau – werden dafür sorgen, dass der Mitteleinsatz in Zukunft 100 000 Betreuungsplätze für unter Dreijährige ermöglicht. Das ist gut für die Familien, die in unseren Städten und Gemeinden beheimatet sind. Das ist gut für die Wirtschaft, gut für das Land und gut für die Städte und Gemeinden.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Auch das Stichwort Ganztagschulen will ich noch einmal anschneiden. Ich weiß, Sie haben sie nicht gewollt, und viele von Ihnen wollen sie immer noch nicht. Aber die Kommunen möchten sie ganz einfach haben.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: So ist es!)

Deshalb hat die Präsidentin des Städtetags das Ergebnis, das wir miteinander ausgehandelt haben, ausdrücklich als „faires Verhandlungsergebnis“ bezeichnet, die Übereinkunft gar als „Meilenstein in der Bildungspolitik des Landes Baden-Württemberg“ – gut für die Kommunen, gut für das Land.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr richtig!)

Ein anderer Baustein: Sie, meine Damen und Herren, haben im Jahr 1999 die Kommunen mit in die finanzielle Verantwortung genommen – was ich nicht per se kritisiere –, beispielsweise bei der Schulsozialarbeit. Es wurden gute Fortschritte erzielt – bis zum Jahr 2005. Denn was haben Sie dann gemacht? Sie haben die Kommunen mit der finanziellen Verantwortung alleingelassen.

Sie haben in diesen sechs Jahren insgesamt gerade einmal 7 Millionen € investiert, während wir in den ersten Jahren nach der Regierungsübernahme 15 Millionen € investiert haben und im Jahr 2014 25 Millionen € für den Ausbau der Schulsozialarbeit zur Verfügung stellen. Ich erwähne dies ausdrücklich, weil die Kommunen diesbezüglich unter Beweis gestellt haben, dass sie Partnerschaft ernst nehmen, dass Partnerschaft Gegenseitigkeit bedeutet.

Die Kommunen haben sich nicht etwa zurückgezogen und gesagt: „Dann können wir ja unsere finanzielle Unterstützung zurückfahren oder uns auf den Status quo einpendeln.“ Nein, sie haben die Gelegenheit genutzt und gesagt: „Dann beteiligen wir uns am Ausbau der Schulsozialarbeit im Land.“ Deshalb ist es heute schon gelungen, an 2 600 Schulen mit über 1 000 Schulsozialarbeiterstellen die Situation im Land Baden-Württemberg zu verbessern – gut für die Kommunen, gut für das Land, gut für die Menschen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr richtig!)

Stichwort Wohnraumförderung: Natürlich ist es von elementarer Bedeutung, wie die Menschen im Land wohnen, ob es ausreichenden und bezahlbaren Wohnraum gibt. Deshalb haben wir uns zu eigen gemacht, die Kommunen – Stichwort „Sozialer Mietwohnungsbau“ – zu unterstützen, um insbesondere in den Städten für Lebenssituationen zu sorgen, in denen sich die Menschen wohlfühlen können. Auch dafür haben wir die finanziellen Mittel von 48 Millionen auf zwischenzeitlich 63 Millionen € aufgestockt. Die Kommunen haben uns hierfür ausdrücklich ein Dankeschön zukommen lassen.

Stichwort Krankenhausförderung: Dabei geht es um die Menschen, die in unseren Städten und Gemeinden zu Hause sind. Die stationäre Krankenhausversorgung ist ein wichtiges Thema für die Menschen im Land. Gerade, weil viele unserer Städte, Gemeinden, Landkreise, Gebietskörperschaften Träger von Krankenhäusern sind, sind die Entwicklungen, die wir unter der Verantwortung der Sozialministerin vorangetrieben haben – vor Ort die Mittel entsprechend zu erhöhen –, enorm wichtig, sodass es uns jetzt gelingt, ob der erforderlichen und zwingend auf uns hereinbrechenden Veränderungen für stabile Strukturen im Bereich der stationären Krankenhausversorgung zu sorgen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Zuruf des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

Meine Damen und Herren, da Sie häufig auch das Thema „Ländlicher Raum“ ins Spiel bringen: Ich finde, ein positives Beispiel ist die Spitzenposition beim Ausbau der Breitbandversorgung in unserem Land. 99 % der Haushalte in Baden-Württemberg verfügen über eine durchaus akzeptable Grundversorgung. Dabei weiß ich wohl, dass es insgesamt, aufbauend auf der Grundversorgung, selbstverständlich noch Verbesserungsbedarf gibt. Aber dieser Verantwortung werden wir gerecht, indem wir die Mittel zur Unterstützung der Kommunen auf ca. 12 Millionen € erhöht haben. Wir werden dies auch im Jahr 2014 in dieser Größenordnung fortführen können.

Was wir getan haben, ist in der Tat, dass wir die Fördermodalitäten verändert haben. Mit einer solchen Änderung der Fördermodalitäten wollen wir die interkommunale Zusammen-

(Minister Reinhold Gall)

arbeit fördern und unterstützen. Für die interkommunalen Investitionen oder beispielsweise jetzt auch für Planungen in den Landkreisen gibt es nun eine Mittelserhöhung in der Größenordnung von 25 %. Das ist gut für das Land, und es ist gut für die Kommunen im Land.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Meine Damen und Herren, auch die Mobilitätsentwicklung ist ein für uns wirklich wichtiges Thema.

(Abg. Karl Klein CDU: Nennen Sie einmal ein Beispiel!)

In den zurückliegenden Wochen und Monaten hatten wir dazu – das weiß ich – durchaus kontroverse Diskussionen, und wir werden diese auch in Zukunft haben. Aber an den Zahlen können Sie nicht vorbeiarargumentieren.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: So ist es!)

Es geht um – das will ich Ihnen ausdrücklich sagen – 600 Millionen € für Erhalt, Ausbau und Neubau der Bundesfernstraßen in Baden-Württemberg, Investitionsmittel des Landes, die auf ca. 165 Millionen € erhöht wurden, und – da haben Sie ein prima Beispiel genannt – die Erhöhung der Unterhaltsmittel auf 70 Millionen €. Diese Probleme hätten Sie im Streit mit den Kommunen,

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Sehr richtig!)

im Klageverfahren lösen müssen; wir haben dies in partnerschaftlichem Miteinander erreichen können.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zwei Bemerkungen von mir noch zur allgemeinen Finanzlage. Wenn wir die allgemeine Finanzlage betrachten, Herr Goll, sehen wir eigentlich zwei gute Nachrichten. Wir sollten dabei durchaus mit Optimismus in die Zukunft blicken. Zum Stichwort Grunderwerbsteuererhöhung will ich ausdrücklich noch einmal sagen: Ja, da gab es eine Steuererhöhung. Aber von dieser Steuererhöhung haben die Kommunen profitiert und nicht das Land; das will ich noch einmal ganz deutlich festhalten.

(Zuruf des Abg. Karl Klein CDU)

Das heißt, der Schuldenstand der Kommunen ist im Vergleich zum Jahr 2012 weiter zurückgegangen. Die aktuellen Steuerprognosen lassen Einnahmeverbesserungen erwarten, sodass partnerschaftlich begonnene Projekte und Maßnahmen, die wir im Interesse der Bürgerinnen und Bürger im Land gemeinsam umsetzen wollen, auch zukünftig umgesetzt werden können.

Einen wichtigen Punkt aus meinem Ressort will ich zum Abschluss auch noch nennen – Stichwort „Interkommunale Zusammenarbeit“ –: Ja, zur Wahrheit gehört auch folgende Aussage: Aufgrund der haushalterischen Zwänge, denen wir uns selbstverständlich auch zu stellen haben, muss deutlich gemacht werden – auch darauf kommt es an –, dass die Förderung des Landes auch ihre Grenzen hat und dass auch aufseiten der Kommunen Verantwortung übernommen werden muss. Selbstverantwortung bedeutet natürlich auch, mit dafür

Sorge zu tragen, wie angesichts der finanziellen Möglichkeiten vorgegangen werden soll. Das gilt für uns, das Land, und das gilt ebenso für die Kommunen in ihrer Eigenverantwortung. Es wird daher darauf ankommen, den Kommunen geeignete Möglichkeiten zur interkommunalen Zusammenarbeit zu eröffnen, damit sie sich dabei Synergien zunutze machen können und so wiederum finanzielle Spielräume erschließen können. Entsprechende Anreize werden wir, wie gesagt, schaffen.

Ich schließe summa summarum mit dem Fazit: Ja, die Leistungsbilanz, die wir bisher schon vorlegen können, ist beeindruckend. Sie ist ein Beleg für die gute Partnerschaft zwischen dem Land bzw. der Landesregierung und den Städten, Gemeinden und Landkreisen unseres Landes. Die Stellungnahme zum vorliegenden Antrag zeigt, dass die Arbeit der grün-roten Landesregierung hier eine hervorragende Ergänzung darstellt

(Abg. Thomas Blenke CDU: Wie ist das mit dem Weihrauch?)

und dass die starke Vernetzung zwischen Land und Kommunen dazu beiträgt, die Entwicklung des Landes voranzutreiben.

Ich würde mir Folgendes wünschen: Sie haben zum selben Thema eine Große Anfrage gestellt. Das Kabinett hat in dieser Woche die Antwort hierzu verabschiedet. Nehmen Sie doch ganz einfach diese Große Anfrage als Tagesordnungspunkt für die nächste Plenarsitzung. Hierdurch hätten wir im Vorfeld der Kommunalwahl nochmals die Möglichkeit, in noch größerem Umfang und mit längeren Redezeiten die positive Arbeit des Landes für die Kommunen darzustellen und hierüber im Plenum zu diskutieren.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Dann könnten Sie auch sagen, worum es Ihnen ginge!)

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE spricht Kollege Schwarz.

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will unter Bezug auf den Kollegen Klein noch einmal zwei Punkte ansprechen. Sie fragen ja immer wieder, ob es Bereiche gibt, in denen die Kommunen vom Land schlecht behandelt wurden. Wir haben mit dem Antrag Drucksache 15/4573 die Frage gestellt, „welche Gesetzesinitiativen und Verordnungen eine Verschlechterung der kommunalen Finanzsituation bewirkt haben“.

Die Landesregierung antwortet:

(Abg. Martin Rivoir SPD: Keine!)

Keine Gesetzesinitiative oder Verordnung hat eine Verschlechterung der kommunalen Finanzsituation bewirkt.

Wir stehen also gut da.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Karl Klein CDU)

(Andreas Schwarz)

Herr Kollege Klein, Sie kommen immer wieder auf die Gemeindeverkehrsfinanzierung zu sprechen. Ich möchte hierzu etwas sagen: Diese Mittel, die wir erhalten, sind Entflechtungsmittel, die der Bund den Ländern überweist; die Länder wiederum geben sie an die Kommunen weiter.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Wie war denn die Situation im Frühjahr 2013? Im Frühjahr 2013 – damals war die Bundesregierung noch von der Union und der FDP getragen – wollte die Bundeskanzlerin diese Entflechtungsmittel auslaufen lassen. Es ist dem Einsatz unseres Ministerpräsidenten zu verdanken, der es im Zuge der Diskussion über die Fluthilfe geschafft hat,

(Abg. Peter Hauk CDU: Nach der Föderalismusreform!)

dass die Entflechtungsmittel bis 2019 weiterlaufen und das Land dadurch pro Jahr 165 Millionen € für Kreisstraßen, für den Straßenbau und den ÖPNV erhält. Dieser Hinweis ist, denke ich, noch einmal wichtig: Die CDU lässt Gelder auslaufen, und der grüne Ministerpräsident

(Abg. Peter Hauk CDU: Nein, nein! Kretschmann war Mitglied der Föderalismuskommission!)

sichert diese Gelder für das Land.

Vielen Dank.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags Drucksache 15/4573. Er ist ein reiner Berichtsantrag und kann damit für erledigt erklärt werden. – Sie stimmen zu.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg – Drucksache 15/5044

Das Wort zur Begründung erteile ich Herrn Kultusminister Andreas Stoch.

Minister für Kultus, Jugend und Sport Andreas Stoch: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Einbringung des Gesetzentwurfs der Landesregierung zur Änderung des Schulgesetzes bezüglich der regionalen Schulentwicklung passt in den Ablauf der aktuellen Plenarsitzung und weist Bezüge zu Punkt 2 der heutigen Tagesordnung auf. Die regionale Schulentwicklung ist in ihrer Konzeptionierung – und sie wird dies auch in ihrer Umsetzung sein – ein Musterbeispiel dafür, wie Land und Kommunen gemeinsam die Zukunft unseres Landes Baden-Württemberg erfolgreich gestalten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir alle wissen es: An unserem Schulsystem, an unserem Bildungssystem gehen gesellschaftliche Entwicklungen – das zeigt sich gerade mit Blick auf die demografischen Veränderungen – nicht vorbei. Deswegen sind wir gezwungen, auch in unserem Schulsystem entsprechende Veränderungen vorzunehmen, um die Qualität in unserem Schulsystem zu bewahren und weiterzuentwickeln.

Die demografische Entwicklung, aber auch das veränderte Schulwahlverhalten der Eltern haben massive Auswirkungen auf die Schullandschaft. Das zeigt sich nicht erst seit Kurzem, sondern bereits seit vielen Jahren. Wir stehen vor Herausforderungen, die aus unserer Sicht entschlossenes Handeln verlangen und vor denen wir nicht weiter die Augen verschließen dürfen.

Wir dürfen nicht die Augen verschließen vor der Tatsache, dass die Zahl der Schülerinnen und Schüler in Baden-Württemberg bereits in den vergangenen Jahren um gut 200 000 zurückgegangen ist und in den nächsten zwölf bis 15 Jahren nochmals um 18 bis 20 % zurückgehen wird. Wir dürfen nicht ignorieren, dass insbesondere bei den Haupt- und Werkrealschulen die Anmeldezahlen in den letzten Jahren massiv zurückgegangen sind. Das lässt sich in unserer Bildungslandschaft nicht erst seit dem Wegfall der Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung beobachten. Diese Entwicklung hält vielmehr seit mindestens 15 Jahren an.

Der Rückgang der Schülerzahlen und das veränderte Schulwahlverhalten haben, meine sehr geehrten Damen und Herren, natürlich unmittelbare Auswirkungen auf die Schul- und Bildungslandschaft in Baden-Württemberg. Wir hatten im Land bislang zu viele und zu kleine Schulstandorte; dies führte zu großen Problemen für deren pädagogische Arbeit, bei organisatorischen Fragen sowie in Bezug auf die Sicherung eines verlässlichen Unterrichtsangebots. Man muss zudem deutlich sagen: Wir haben in den letzten zehn Jahren bereits mehr als 400 Schulstandorte gerade im Bereich der Haupt- und der Werkrealschulen verloren. Wir dürfen diese Entwicklung so nicht weiterlaufen lassen; dies wäre ein Frevel an der Zukunft der Kinder bei uns in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Ich glaube, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Folgen sind uns allen bewusst – und dies nicht erst seit heute. Sie sind uns bewusst, die wir in der Regierungsverantwortung stehen, und sie sind Ihnen, die Sie zuvor jahrzehntelang in der Regierungsverantwortung standen, ebenfalls bewusst. Im Gegensatz zu CDU und FDP/DVP belassen wir es jedoch nicht bei einer Situationsanalyse, sondern ziehen die notwendigen Konsequenzen aus diesen Erkenntnissen.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Aber die falschen!)

Auch wenn die Folgen im Einzelfall sehr schmerzhaft sein können und nicht überall in gleichem Umfang verstanden und mitgetragen werden: Diese Landesregierung wartet nicht tatenlos darauf, was die Zukunft wohl bringen mag; sie lässt das zufällige Schulsterben im ländlichen Raum nicht zu. Wir gestalten Zukunft, wir wollen Schulen in der Fläche des Landes Baden-Württemberg stärken und erhalten.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich hatte Ihnen die Eckpunkte unserer Konzeption bereits im Rahmen einer Regierungserklärung am 15. Mai 2013 vorgestellt. In den letzten Monaten haben wir diese Eckpunkte nicht nur mit den kommunalen Landesverbänden, sondern auch mit unseren Beratungsgremien, mit dem Landesschulbeirat, mit dem Landeselternbeirat, mit dem Landesschülerbeirat, mit Gewerkschaften

(Minister Andreas Stoch)

ten und mit vielen anderen Interessenvertretern aus der Schul- und Bildungslandschaft eingehend besprochen.

Wir können heute feststellen, dass hinsichtlich des grundsätzlichen Anliegens und vieler unserer Regelungsdetails ein sehr großes Verständnis besteht und große Akzeptanz herrscht. Deswegen freuen wir uns, dass wir im vergangenen Jahr auf der Grundlage unserer Eckpunkte bereits eine gute Basis für die weitere Arbeit legen konnten.

Wir haben ein sehr breit angelegtes Anhörungsverfahren zum Gesetzentwurf durchgeführt; denn wir schaffen es nur gemeinsam, die Bildungslandschaft zukunftsfest aufzustellen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Deswegen kann ich Ihnen heute einen Gesetzentwurf präsentieren, bei dem wir einerseits keines der im Mai letzten Jahres geschilderten Ziele aus den Augen verloren haben, in dem wir andererseits aber auch eine Vielzahl sehr hilfreicher Anregungen berücksichtigen konnten.

Insbesondere den kommunalen Landesverbänden danke ich für das konstruktive Miteinander in den vergangenen Monaten nicht nur im Bereich des Ganztagschulbaus, sondern auch im Bereich der Schulsozialarbeit; gerade auch in diesem wichtigen Bereich der Weiterentwicklung der Schullandschaft können sich die Kommunen auf das Land verlassen und kann sich auch das Land auf die Kommunen verlassen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Wir schaffen mit dieser Schulgesetznovelle, die ich Ihnen heute vorlege, die Grundlagen für langfristig leistungsstarke und auch ressourceneffizient aufgestellte Schulstandorte. Wir geben Antworten auf die Frage, wie wir der veränderten Realität im Land Rechnung tragen wollen.

Auch wenn es manche hier im Saal nicht wahrhaben wollen: Den Menschen im Land nützt es nichts, wenn wir auf neue bildungspolitische Fragen ständig die alten und immer gleichen Antworten geben. Ein einfaches „Weiter so!“ führt zu einem unkontrollierten Schulsterben insbesondere im ländlichen Raum, und dies wäre für die Zukunft des Landes Baden-Württemberg nicht zu verantworten.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Wir haben eine Antwort auf die Fragen, die sich angesichts der demografischen Entwicklung und der veränderten Schülerströme neu stellen. Die Antwort heißt: regionale Schulentwicklung.

Ich möchte Ihnen im Folgenden ganz kurz die Eckpunkte, die Ziele und Inhalte der regionalen Schulentwicklung schildern. Wir wollen mit diesem Gesetz die Grundlage für Planungssicherheit gerade für die Schulträger und für Verlässlichkeit für die Eltern der Schülerinnen und Schüler schaffen.

Die regionale Schulentwicklung folgt dabei grundlegend drei Leitlinien: Sie löst sich erstens vom Denken in Schularten und denkt vom Abschluss her. Sie ermöglicht und unterstützt zweitens auch weiterhin die Annäherung der bestehenden Schularten und bessere Schulübergänge, was in der Bildungsplanreform ebenfalls entsprechend berücksichtigt wird. Sie sichert drittens – das ist ein wichtiges Kriterium für Baden-Württemberg

und die Stärke Baden-Württembergs – die Erreichbarkeit guter schulischer Angebote gerade im ländlichen Raum.

Lassen Sie mich versuchen, dies in wenigen Sätzen zu erläutern: Ab dem nächsten Schuljahr soll es künftig darauf ankommen, welchen Bildungsabschluss eine Schülerin oder ein Schüler anstrebt, und nicht mehr darauf, an welcher konkreten Schulart dies geschieht. Wir setzen auf die Weiterentwicklung aller weiterführenden Schulen und Schularten. Wir streben dabei – das haben wir bereits kommuniziert – ein Zweisäulensystem an mit dem Gymnasium einerseits und einem integrativen Bildungsweg andererseits, der sich aus den weiterführenden allgemeinbildenden Schulen entwickelt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Zielvorgabe „Entwicklung eines Zweisäulensystems“ ist inzwischen in der Gesellschaft – Sie können fragen, wen Sie wollen: Bildungseinrichtungen, kommunale Vertreter, Bürgermeister, Landräte – ein Allgemeingut. Deswegen würde ich alle in diesem Hohen Haus bitten, diese Grundlage auch für die Planungen unserer weiteren Bildungspolitik zu verwenden. Wir würden einem Irrglauben anhängen, wenn wir glaubten, wir könnten bei diesen stark zurückgehenden Schülerzahlen, die ich geschildert habe, ein dreigliedriges Schulsystem aufrechterhalten.

(Zuruf des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP)

Das ist eine Illusion, die nicht aufrechterhalten werden kann. Versprechen Sie den Menschen nichts, was Sie nicht einhalten können.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Wir wollen dabei die pädagogische Qualität der Schulen sichern und die pädagogisch notwendigen Differenzierungen ermöglichen. Wir wollen die Schulen – noch mehr als heute schon – in die Lage versetzen, ausgefallene Lehrkräfte qualifiziert und verlässlich zu ersetzen. Aber dafür ist es erforderlich, dass es gewisse Mindestgrößen gibt und dass die weiterführenden allgemeinbildenden Schulen stabil zweizügig sind.

Daher legen wir im Gesetz Mindestschülerzahlen fest; diese müssen auf langfristigen Prognosen basieren.

Auch wenn dies im Einzelfall schwierige Entscheidungen mit sich bringen kann, ist die Festlegung von Mindestschülerzahlen, gerade wenn wir wissen, dass die Schülerzahlen in den nächsten Jahren weiter zurückgehen werden, aus meiner Sicht für die Zukunftsfähigkeit der Schulen unabdingbar.

Mit der regionalen Schulentwicklung gewährleisten wir, dass allen Schülerinnen und Schülern in zumutbarer Erreichbarkeit der von ihnen gewünschte und ihren Begabungen und Fähigkeiten entsprechende Bildungsabschluss angeboten werden kann. Wir stellen damit sicher, dass gerade auch in ländlichen Gebieten leistungsfähige Schulstandorte bestehen bleiben.

Wir haben uns im Koalitionsvertrag die Schaffung bester Bildungschancen für alle zum Ziel gesetzt. Mit dem jetzt vorliegenden Gesetzentwurf zur regionalen Schulentwicklung erreichen wir einen weiteren Meilenstein für die Umsetzung dieses Ziels.

Noch einige Worte zum Verfahren: Die Landesregierung hat sich bewusst für ein Verfahren der regionalen Schulentwick-

(Minister Andreas Stoch)

lung entschieden, das darauf abzielt, die Städte, die Gemeinden und die Landkreise, aber auch die Eltern und die Wirtschaft vor Ort von Anfang an in dieses Verfahren einzubeziehen. Damit bleibt es bei der bewährten Arbeitsteilung zwischen Land und Schulträgern.

Die Initiative für eine regionale Schulentwicklung wird auch künftig in aller Regel von den Schulträgern vor Ort ausgehen, was aus meiner Sicht auch notwendig ist; denn vor Ort ist der Veränderungsbedarf am unmittelbarsten zu spüren und wird er auch in eine entsprechende Veränderungsdynamik umgesetzt.

Eine zentrale Schulentwicklungsplanung am grünen Tisch in Stuttgart ist weder beabsichtigt, noch würde man sich aus unserer Sicht damit dem gemeinsamen Ziel nähern.

Um die Einbeziehung aller vom Thema Berührten frühzeitig sicherzustellen, sehen wir für jeden Schulentwicklungsprozess auch ein entsprechendes Dialog- und Beteiligungsverfahren vor. Dieser auf Konsens ausgerichtete Prozess, der eine von allen mitgetragene und akzeptierte Lösung zum Ziel hat, ist aus unserer Sicht Teil eines Konzepts, das die Anliegen vor Ort aufnehmen und das zu einem konstruktiven Ergebnis führen soll.

Kann im Dialog- und Beteiligungsverfahren kein Konsens gefunden werden, schließt sich eine Schlichtung durch das Regierungspräsidium an. Wir setzen jedoch darauf – dafür gibt es sehr viele erfreuliche Beispiele –, dass wir vor Ort in vielen Fällen einen Konsens zur Weiterentwicklung der Schullandschaft erzielen können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, für den Gesetzentwurf, den ich heute einbringe und zur Diskussion stelle, gab es im Rahmen des geschilderten Anhörungsverfahrens einen breiten Konsens. Ich würde mich freuen, wenn wir auch in diesem Hohen Haus einen solchen Konsens erzielen könnten. Ich darf Sie daher um Zustimmung zu diesem Gesetzentwurf bitten.

Unser Ziel ist ein Verfahren, das bereits zum kommenden Schuljahr 2014/2015 transparent und frühzeitig alle Akteure einbindet, ein Verfahren, das eine Weiterentwicklung der Schullandschaft ermöglicht und damit dauerhaft qualitativ gute Schulstandorte gewährleistet. Wir schulden dies den Kindern und den nachfolgenden Generationen. Wir brauchen qualitätsvolle und stabile Strukturen in den Schulen in Baden-Württemberg.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, für die Aussprache hat das Präsidium eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Ich möchte allerdings anmerken, dass ich heute vielleicht manche Wortmeldungen übersehe, weil vor das Präsidentenpult eine hohe Sichtblende montiert worden ist. Ich weiß gar nicht, wie mein Kollege Wolf, der kleiner ist als ich, das macht. Er kann ja gar nicht über diese Blende blicken.

(Heiterkeit – Abg. Peter Hauk CDU: Dafür ist der Sessel verstellbar!)

Wir werden ein Stück von der Blende abschneiden müssen. Sonst ist das Unsinn. – Von den jeweiligen Rednern sieht man von hier oben nur den Hinterkopf.

(Anhaltende Heiterkeit)

Aber Gott sei Dank sieht man noch den Kopf.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wer hat das denn veranlasst?)

– Das waren wir. Wir waren der Auffassung, man solle vor das Präsidentenpult eine Sichtblende montieren, damit nicht gesehen werden kann, was auf dem Tisch liegt. Aber jetzt ist die Blende so hoch, dass man nicht mehr darüber blicken kann.

Ich erteile nun Herrn Kollegen Wacker das Wort.

Abg. Georg Wacker CDU: Aber ich sehe Sie, Herr Präsident. Das ist erfreulich.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Noch!

Abg. Georg Wacker CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nun zum Ernst des Themas zurück. Seit dem Regierungswechsel verzeichnen wir gravierenden Veränderungen in der Schullandschaft in Baden-Württemberg.

(Zuruf von den Grünen: Zum Glück!)

Ich möchte in aller Deutlichkeit sagen: Diese gravierenden Veränderungen sind maßgeblich auf die grün-rote Landesregierung zurückzuführen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

Ich möchte das sehr deutlich zeigen.

(Der Redner hält ein Schaubild hoch.)

Sie kennen diese Folie. Die Schülerzahlen in den Werkrealschulen waren bis 2011 durchaus rückläufig; aber die massiven Einbrüche der Schülerzahlen, mit denen die Kommunen heute zu kämpfen haben, haben sich nach dem Regierungswechsel durch die Abschaffung der verbindlichen Grundschulpflicht ergeben.

(Vereinzelt Beifall)

Das heißt, um es hier in aller Deutlichkeit zu zeigen:

(Zurufe von den Grünen und der SPD)

Das ist eine absteigende rote Kurve. Sie, Herr Kultusminister, leisten durch Ihre Politik einen maßgeblichen Beitrag zum Schulsterben in Baden-Württemberg.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Sie werden in diesem Gesetzentwurf sehr deutlich. Sie wollen keine kleinen Schulstandorte mehr. Ohne Ausnahme haben kleine Schulen keine Zukunft mehr.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

(Georg Wacker)

Was besonders bedauerlich ist: Wenn kleine Schulen durch ein hervorragendes pädagogisches Angebot eine besondere Qualität nachweisen, spielt das für Sie in Ihrem Gesetzentwurf überhaupt keine Rolle mehr. Das ist sehr bedenklich, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP)

Wir haben es nicht mit einem Schulentwicklungsgesetz zu tun, sondern zum ersten Mal in der Geschichte des Landes Baden-Württemberg haben wir es mit einem Schulschließungsgesetz zu tun.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: So ein Nonsens!)

Sie haben dabei im Besonderen die Werkrealschulen im Blick.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Über viele Jahre hinweg haben Sie die Werkrealschulen schlechtgeredet.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Natürlich!)

Sie haben sie in diesem Hohen Haus immer wieder als „Restschule“

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

und als „Verliererschule“ bezeichnet.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Genau! Vor allem Herr Zeller!)

Dann kam die Abschaffung der verbindlichen Grundschulpflicht – die Auswirkungen habe ich gerade belegt –, und jetzt kommt das Fallbeil der Schließung.

Sie behaupten, die Kommunen hätten eine Gestaltungsfreiheit.

(Lachen des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Um es auf den Punkt zu bringen: Die Kommunen haben nur zwei Möglichkeiten: Entweder sie nehmen den Schwarzen Peter selbst in die Hand und schließen ihre Schulen, wenn nicht mehr genügend Schüler vorhanden sind, oder sie ergreifen – das gilt ohne Ausnahme – den rettenden Anker Gemeinschaftsschule.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Das hat, bezogen auf die Gestaltungsfreiheit der Kommunen, mit flexiblem Umgang überhaupt nichts zu tun, meine Damen und Herren.

Und: Die Schularten tauchen bei Ihnen überhaupt nicht mehr auf. Das heißt, Sie läuten damit das Ende der einzelnen Schularten ein.

Herr Minister, heute ist der Tag gekommen, an dem Sie Flagge zeigen müssen, ob Sie die einzelnen Schularten überhaupt noch wollen. Offensichtlich spielen sie bei Ihren Plänen keine Rolle mehr. Es gehört auch zur Redlichkeit, dass Sie dies in aller Deutlichkeit zum Ausdruck bringen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sehr gut! – Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Wir haben es zum ersten Mal mit einem Gesetzentwurf zu tun, bei dem es geradezu Kritik hagelt. Der Landeselternbeirat lehnt diesen Gesetzentwurf in Gänze ab, weil es kein echtes Verfahren zur Beteiligung der am Schulleben Beteiligten gibt. Das ist der entscheidende Grund.

Die kommunalen Landesverbände monieren, dass es keine flexiblen Umsetzungsformen gibt, dass Standorte nicht auf mehrere Gemeinden aufgeteilt werden können. In Ihrer Stellungnahme: Fehlanzeige.

Man fordert eine Flexibilisierung des pädagogischen Konzepts der Gemeinschaftsschule. Das Kultusministerium schreibt: Fehlanzeige.

Eingefordert wird ebenfalls, dass Gemeinschaftsschulen und Realschulen gleichbehandelt werden, was die Ressourcen angeht. Kultusministerium: Fehlanzeige.

Man fordert eine Lockerung der starren Mindestschülerzahlen. Kultusministerium: Fehlanzeige.

Herr Minister, Sie haben im letzten Jahr hier die Eckpunkte vorgelegt. Gegenüber den Eckpunkten haben Sie in Ihrem Gesetzentwurf keinerlei Veränderungen vorgenommen. Sie hören überhaupt nicht auf konstruktive Kritik, die aus dem Land Baden-Württemberg bei Ihnen eingeht. Mit einem sturen Verfahren wollen Sie, ohne auf tatsächliche Kritik zu hören, diesen Gesetzentwurf durch den Landtag bringen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP)

Wir wollen, meine Damen und Herren, eine regionale Schulentwicklung, die diesen Namen verdient.

Die Ganztagschule muss zwingend mit einbezogen werden. Hier machen Sie genau den gleichen Fehler wie bei der Gemeinschaftsschule: Erst wird genehmigt, dann geplant.

Wenn man es mit der Wahlfreiheit der Eltern ernst nimmt, braucht man eine regionale Planung. Diese sehen Sie hier nicht vor.

Das Thema Inklusion bleibt außen vor. Hierzu verweisen Sie lediglich auf eine Rechtsverordnung. Damit wird dem Parlament die Einflussmöglichkeit entzogen. Das Gleiche gilt für die berufliche Bildung. Auch hierzu verweisen Sie lediglich auf eine Rechtsverordnung.

Wir fordern eine klare Einbeziehung der Inklusion, der beruflichen Bildung, auch der Ganztagschulen, damit Sie alle Schularten gleichwertig behandeln und dieses Gesetz nicht nur als ein Gesetz zur Privilegierung der Gemeinschaftsschulen durchziehen. Denn, meine Damen und Herren, dieses Gesetz zur Privilegierung der Gemeinschaftsschulen müssen wir konsequenterweise ablehnen, weil es den Bedürfnissen der Schullandschaft in Baden-Württemberg nicht gerecht wird.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Ich erteile Frau Abg. Boser für die Fraktion GRÜNE das Wort.

Abg. Sandra Boser GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Für uns ist die Einführung der regionalen Schulentwicklungsplanung für Baden-Württemberg ein dringend notwendiger Schritt. Er hätte eigentlich schon vor zehn Jahren erfolgen müssen.

Sie, Herr Wacker, täuschen hier die Menschen wieder. Sie haben den Trend selbst aufgezeigt: Der Rückgang bei den Werkrealschulen vollzog sich nicht erst seit dem Regierungswechsel, sondern er hat bereits in den 20 Jahren davor bei den Haupt- und Realschulen begonnen.

Die Schülerzahlen gehen auch nicht erst seit dem Regierungswechsel zurück, sondern zurückgehende Schülerzahlen waren bereits zu Ihrer Regierungszeit eine Tatsache. Sie hätten den Kommunen eigentlich bereits damals, bei der Einführung der Werkrealschule, sagen müssen, an welchen Stellen Werkrealschulen langfristige Investitionen tätigen können und an welchen Stellen die Kommunen Werkrealschulen zusammenlegen müssen.

Sie haben die Menschen damals getäuscht, und Sie versuchen sie heute weiterhin zu täuschen. Ich finde es unglaublich, dass die Opposition es nicht schafft, endlich einmal Wahrheiten auf den Tisch zu legen und zu sagen, wie sie in Zukunft mit den Schulen im ländlichen Raum, mit Schulen, an denen gegenwärtig fünf bis elf Schülerinnen und Schüler pro Klasse vorhanden sind, umgehen will. Diese Schulen brauchen eine Lösung für die Zukunft. Die Kommunen brauchen Lösungen für die Zukunft. Und Sie präsentieren nichts davon.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Wir sehen bereits heute an vielen Standorten, was passiert, wenn keine langfristigen Prognosen vorhanden sind. Viele Kommunen haben in den letzten Jahren in ihre Schulstandorte investiert. Sie haben tolle Projekte aufleben lassen, sie haben in Ganztagschulen investiert, sie haben an den Werkrealschulen gute Projekte umgesetzt. Doch wenn die Nachfrage nach den Werkrealschulen vonseiten der Eltern immer weiter zurückgeht, brauchen diese Schulen neue Konzepte, und sie brauchen eine Möglichkeit, langfristig Konzepte umzusetzen. Dazu haben wir die Gemeinschaftsschule eingeführt.

Wenn Sie immer wieder ins Feld führen, wir würden die Realschulen gegenüber den Gemeinschaftsschulen benachteiligen,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Gravierend!)

dann frage ich Sie, Herr Röhm: Was haben Sie denn in der Regierungszeit von CDU und FDP/DVP für die Realschulen getan?

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wir haben niemanden privilegiert! – Gegenruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Gar nichts ist da gelaufen!)

Wurden den Realschulen in Ihrer Regierungszeit Poolstunden zur Verfügung gestellt?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Klassenteiler, heterogene Schülerschaft! – Gegenruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD)

Null! Sie haben den Realschulen null Poolstunden zur Verfügung gestellt. Wir haben den Realschulen inzwischen 2,2 Poolstunden zur Verfügung gestellt, und das ist noch nicht das Ende der Fahnenstange.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Klassenteiler! 25 war versprochen! – Zuruf des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP)

– Herr Dr. Kern, handeln Sie doch einmal, anstatt immer nur dazwischenzubrüllen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Heterogene Schülerschaft! Keine Antwort!)

Wir brauchen die regionale Schulentwicklungsplanung gerade für den ländlichen Raum, um hier langfristige Konzepte zu entwickeln.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Wir brauchen diese Konzepte auch vor Ort. In vielen Regionen gibt es die Prozesse bereits. Die Kommunen sind da an unserer Seite. Sie sehen, dass sie ohne diese Prozesse nicht die Möglichkeit haben, ihre Schulstandorte langfristig aufrechtzuerhalten. Daher sind so viele Kommunen auch daran interessiert, die Gemeinschaftsschule als Möglichkeit anzubieten.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Denn wir haben in Baden-Württemberg momentan in einzelnen Regionen ein eiskaltes Auslaufen der Haupt- und Werkrealschulen ohne die Möglichkeit, den Hauptschulabschluss aufrechtzuerhalten.

Dazu fehlen von Ihrer Seite die Konzepte. Wir haben die Konzepte. Wir geben den Kommunen die Möglichkeit, über die regionale Schulentwicklungsplanung langfristig ihre Schulstandorte aufrechtzuerhalten, um den Schülerinnen und Schülern weiterhin alle Bildungsangebote zur Verfügung zu stellen. Das ist unser Interesse. Wir wollen kein Schulsterben im ländlichen Raum,

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

sondern wir wollen, dass die Kommunen im ländlichen Raum langfristig Schulstandorte planen können und die Investitionen, die sie tätigen, schließlich auch aufgehen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Daher halten wir es nach wie vor für den richtigen Weg, dass wir in Baden-Württemberg in ein Zweisäulenmodell gehen. Die CDU hat in vielen anderen Bundesländern bereits vorge macht, wie ein Zweisäulenmodell gestaltet werden kann. Niemand versteht, dass dieses Zweisäulenmodell in Baden-Württemberg einen solchen Zankapfel darstellt. In vielen anderen Bundesländern ist das bereits Realität. Denn es gibt keine andere Möglichkeit, um vor Ort alle Bildungsangebote aufrechtzuerhalten.

(Sandra Boser)

Wir haben die Diskussion an vielen Stellen. Ich glaube, wir sind damit auf dem richtigen Weg, vor Ort die Projekte entstehen zu lassen und die Prozesse zu gestalten. Dabei müssen natürlich sämtliche Partner mit einbezogen werden. Wir sehen es auch als richtig an, dass die Angebote der beruflichen Schulen, der Sonder- und Förderschulen mit in die Prozesse gedacht werden, dass die Schulen in freier Trägerschaft in die Konzepte der regionalen Schulentwicklung mit einbezogen werden, um schließlich ein Gesamtangebot zu haben, aus dem die Eltern, die Schülerinnen und Schüler auswählen können.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Das bietet die regionale Schulentwicklung. Sie wird durch die staatlichen Schulamtsbehörden begleitet. Damit haben die Kommunen einen echten Partner an ihrer Seite, damit die regionale Schulentwicklung vor Ort aufgehen kann. Wir werden sie von unserer Seite in der Weise unterstützen, wie wir es können.

Aber nun sind die Kommunen daran, diese Prozesse zu gestalten. Ich gehe davon aus, dass diese Prozesse so gestaltet werden, dass wir in Baden-Württemberg langfristig ein gutes Bildungssystem aufrechterhalten können, dass die Qualität in unserem Bildungssystem weiter aufrechterhalten werden kann, damit die Bildungschancen in unserem Land verbessert werden.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Fulst-Blei.

Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Heute ist ein Tag der Freude.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Man merkt es Ihnen richtig an!)

Heute ist ein Tag der Freude zumindest für diejenigen, die sich für eine verantwortungsvolle Bildungspolitik engagieren. Denn mit dem heutigen Tag überwinden wir einen sage und schreibe 41 Jahre andauernden Stillstand in Sachen regionaler Schulentwicklung, dem Sie, die CDU, mehr oder weniger hilflos gegenüberstanden.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Karl Zimmermann CDU: Das ist ja hanebüchen! Hanebüchen! – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Diese Landesregierung vollzieht heute einen wichtigen Schritt, unser Bildungssystem zukunftssicher zu machen. Tatsächlich geht die letzte regionale Schulentwicklung unter einer CDU-geführten Landesregierung auf das Jahr 1973 zurück. Sie haben jahrelang zugesehen, wie Standorte in die Knie gehen, ohne dass Sie reagiert haben.

Herr Wacker, ich fand ihren Beitrag schon bemerkenswert. Wenn Sie Ihre Grafik hochhalten, dann sagen Sie doch dazu, dass die Zahl der Schülerinnen und Schüler an den Werkrealschulen 1995 bei ungefähr 37 000 lag und 2011 beim Regierungswechsel bei unter 25 000. Das heißt, in dieser Zeit ha-

ben die Werkrealschulen schon ein Drittel an Schülerinnen und Schülern verloren.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das bezweifelt niemand! Deswegen brauchen wir keine Gemeinschaftsschule!)

Wir haben doch in Mannheim, als ich noch im Gemeinderat war, nicht ohne Grund acht Werkrealschulen schließen müssen – ohne Flankierung durch die damalige Landesregierung –, weil wir Infrastruktur für 6 000 Schüler bereithielten, aber nur noch 3 300 Schüler da waren. Diesen Vorwurf müssen Sie sich gefallen lassen.

Kollege Klein, Sie sagen: „Investitionen von Kommunen in Einrichtungen anleiern, die dann plötzlich leer stehen.“ Das war Ihre Politik, weil Sie zugelassen haben, dass Schulstandorte ungeplant in die Knie gehen. Das werden wir ändern.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie erhalten jetzt alle? Schön!)

Wir dagegen legen heute mit Minister Stoch ein Gesetz vor, welches ein nachhaltiges und qualitativ hochwertiges Bildungsangebot auch in der Fläche sicherstellen wird. Wir arbeiten damit in der Tat heute eine weitere Erblast von Ihnen ab, und das ist gut für Baden-Württemberg.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Dafür sind alle im Land dankbar! – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Die vorgelegten Rahmenbedingungen geben den Schulträgern den erforderlichen rechtlichen Rahmen und die Handlungsorientierung, die Bildungslandschaft vor Ort zukunftssicher aufzustellen. Der Gesetzentwurf definiert klare Richtwerte und ermöglicht Schulträgern damit auch eine verlässliche Investitionsplanung.

Aber der Entwurf zeigt auch das große Interesse der Landesregierung an einem Schulterschluss mit den Städten und Gemeinden im Land. Denn wir setzen bei der regionalen Schulentwicklung nicht auf Bevormundung, nicht auf Obrigkeitsstaat, sondern auf eine Kultur des Dialogs zwischen Kommunen und Kultusverwaltung.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die ausschließlich in die Gemeinschaftsschule einmündet!)

Das unterscheidet die Politik dieser Regierung von schwarzer Gutsherrenpolitik.

Die besondere Herausforderung bei dem Verfahren liegt natürlich auf dem anzustrebenden Konsens zwischen den beteiligten Schulträgern über die Verteilung des zukünftigen Schulangebots in der Raumschaft. Aber einzelne Beispiele, die bereits laufen, zeigen, dass viele Kommunen ein vitales Interesse an einer nachhaltigen Bildungsplanung haben und sich bereits jetzt auf den Weg gemacht haben, dies z. B. mit benachbarten Schulträgern auch zu ermöglichen.

Uns von der SPD war es besonders wichtig, dass gerade im ländlichen Raum auch kleinere Schulstandorte nicht von der demografischen Entwicklung überrollt werden. Wir haben uns

(Dr. Stefan Fulst-Blei)

engagiert dafür eingesetzt, dass keine Schule, die mehr als 16 Schülerinnen und Schüler in der Eingangsklasse verzeichnet, um ihre Existenz bangen muss. Mein besonderer Dank gilt meinem Kollegen aus der SPD-Fraktion, Klaus Käppeler, für seinen unermüdlichen Einsatz für den ländlichen Raum.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Wir vergessen an dieser Stelle aber auch nicht unser größtes Kapital im Schuldienst: die Lehrerinnen und Lehrer. Wir denken mit an die Lehrkräfte, und die Landesregierung wird insbesondere den von möglichen Schulschließungen Betroffenen eine berufliche Perspektive aufzeigen. Denn klar ist: Wir brauchen alle Lehrkräfte und ihren engagierten Einsatz.

Wir sind in diesem Zusammenhang auch für die konstruktiven Beiträge von der GEW und den Verbänden sowie die diesbezüglichen Gesprächsangebote dankbar. Aber zugleich zeigt die von der GEW veröffentlichte Umfrage auch, dass unter Lehrkräften ebenso die Einsicht in die Notwendigkeit des Prozesses der regionalen Schulentwicklung besteht.

Meine Damen und Herren, nachdem die CDU bis heute nicht in der Lage ist, ein eigenes tragfähiges, zukunftsfähiges Konzept zu entwickeln, freut es mich zumindest, dass in CDU-Kreisen die Zustimmung zu unserer Bildungspolitik mehr und mehr wächst.

(Lachen des Abg. Winfried Mack CDU – Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist logisch! Sogar Frau Gurr-Hirsch! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie bieten auch so viele Alternativen an!)

Kollege Wacker, nachdem Sie heute wieder das 23., 24. Kapitel in Sachen Unsinnbehauptungen zur Gemeinschaftsschule aufgeschlagen haben, zitiere ich für Sie exklusiv den Tübinger Regierungspräsidenten Hermann Strampfer, CDU – ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten –:

Seit ich mich mit der Gemeinschaftsschule intensiver auseinandergesetzt und Schulen angeschaut habe, muss ich feststellen, dass die Gemeinschaftsschule die Schule für den ländlichen Raum überhaupt ist.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Karl Zimmermann CDU: Das ist die neue Hauptschule! Da hat er recht! Das ist nicht die Gemeinschaftsschule, die Sie eingeführt haben wollten!
– Zurufe der Abg. Thaddäus Kunzmann CDU und Claus Schmiedel SPD)

Eine gute Grundlage für den ländlichen Raum also, der wir heute mit dem Gesetz zur regionalen Schulentwicklung eine weitere folgen lassen.

Unsere Bildungspolitik nimmt weiter Gestalt an: mehr Bildungsgerechtigkeit durch individuelle Förderung in der Gemeinschaftsschule, mehr Elternwille durch Aufhebung der verbindlichen Grundschulempfehlung, Ermöglichung von G 9, mehr Politik für Familien durch den massiven Ausbau von Kinderkrippen und Ganztagschulen, mehr gute Arbeit durch die Stärkung der beruflichen Bildung und Allianz gegen Fachkräftemangel und jetzt mehr Planungssicherheit für Kommunen durch das Gesetz zur regionalen Schulentwicklung.

Herr Minister, herzlichen Dank an das Ministerium und an Sie in Person.

Danke schön für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ganze Land ist begeistert!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Kern.

(Abg. Gerhard Kleinböck SPD: Oje, oje! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Der macht Kernaussagen!)

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Da das zu beratende Gesetz zur regionalen Schulentwicklung bislang keinen eigenen Titel hat – es steht ja nur pauschal darüber: „Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes“ – und da der FDP/DVP bei Gesetzesvorhaben Transparenz äußerst wichtig ist, schlagen wir heute folgenden Gesetzestitel vor: „Zweites grün-rotes Gesetz zur Beschleunigung von Schulschließungen und zur schnelleren Etablierung von Gemeinschaftsschulen allerorten“.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Sie waren schon einmal besser, Herr Kern!)

Oder kurz gesagt: „Zweites Schulschließungsbeschleunigungsgesetz“. Entsprechend sollte man die Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung in „Erstes Schulschließungsbeschleunigungsgesetz“ umbenennen.

Dass die Koalition überhaupt noch ein Gesetz zur regionalen Schulentwicklung vorlegt, hat leider wenig damit zu tun, dass Grüne und SPD auf einmal ihr Herz für das Prinzip der Subsidiarität oder der Eigenverantwortung vor Ort entdeckt hätten. Es muss vielmehr als Tätigkeitsnachweis zur Politik des Gehörtwerdens verstanden werden. Denn die grün-rote Bilanz der 15. Legislaturperiode hätte einen entscheidenden Schönheitsfehler, wenn das zentrale Projekt, die Abschaffung des gegliederten Schulwesens in Baden-Württemberg, sich in Wahrheit als eine gesteuerte Revolution von oben über den Willen und die Köpfe der Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg hinweg erweisen würde.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Armselige Argumentation!)

Also wird von der Koalition noch schnell ein Feigenblatt nachgeschoben, das sie dann „regionale Schulentwicklung“ nennt.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Kern bleibt sich treu!)

Gleichzeitig sind schon 209 Gemeinschaftsschulen völlig ohne regionale Abstimmung eingerichtet worden,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Genau!)

bevor der Gesetzentwurf eingebracht wurde. Für die Einrichtung der Gemeinschaftsschulen hat man die demografische Not der einzelnen Kommunen ausgenutzt. Man hat also genau auf das Gegenteil von Abstimmung in einer Region ge-

(Dr. Timm Kern)

setzt. Im Grunde genommen hätte es andersherum sein müssen: Ein Prozess der regionalen Schulentwicklung hätte stattfinden müssen, bevor Sie mit dem Umgraben des Bildungswesens begonnen haben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Das ist Ihnen von Grün-Rot natürlich auch bewusst. Denn um vom eigenen Versagen abzulenken, wird schon beinahe wie in einem Ritual die ach so schlimme CDU-FDP/DVP-Vorgängerregierung bemüht. In diesem Fall machen Sie geltend, die hätte ja auch keine regionale Schulentwicklung auf den Weg gebracht. Mag ja sein,

(Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Könnte sein!)

dass die damalige Landesregierung in diesem Fall zu zaghaft vorgegangen ist und die Bildungsregionen aus FDP/DVP-Sicht leider nicht konsequent genug ausgebaut wurden.

Aber in einem entscheidenden Punkt hat das grün-rote Geschichtsbild einen Konstruktionsfehler: Die damalige CDU-FDP/DVP-Landesregierung hatte eben auch keineswegs vor, das gesamte Bildungswesen in Baden-Württemberg auf den Kopf zu stellen, wie Grün-Rot dies seit drei Jahren tut, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Wenn dann noch das Argument mit der alten Landesregierung nichts mehr hergibt, dann muss schnell ein neuer Sündenbock her. Da fällt die Wahl dann meist auf die geschasste Kultusministerin Warminski-Leitheußer. Man sei am Anfang der Legislaturperiode in der Bildungspolitik wohl etwas zu schnell vorgegangen, räumt dann der grüne Ministerpräsident ein. Diese politische Argumentation ist an Scheinheiligkeit kaum noch zu überbieten, denn Frau Warminski-Leitheußer hat nichts anderes getan, als Ihre Politik in die Tat umzusetzen: möglichst schnell, möglichst viel vom grünen Projekt Gemeinschaftsschule, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Bereits für den Oktober 2012 hatten Sie, Herr Ministerpräsident, ein Konzept zur regionalen Schulentwicklung angekündigt. Am 23. Juli 2013 wurden die Eckpunkte für die regionale Schulentwicklung verkündet. Erst heute, ein Dreivierteljahr später, legen Sie im Landtag einen Gesetzentwurf vor. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt.

Herr Minister Stoch, die regionale Schulentwicklung hätte Ihr Meisterstück werden können. Das hätte aber mutiges, entschlossenes Handeln erfordert. Sie hätten die zweite und dritte Tranche der Gemeinschaftsschulen zurückstellen müssen, wie es die FDP/DVP-Fraktion auch gefordert hat, und zunächst eine regionale Schulentwicklung auf den Weg bringen müssen, die diesen Namen auch verdient. Die Deputate und Zuschüsse in Gestalt eines Budgets zur Verfügung stellen, Ganztagsbetreuung und Inklusion integrieren und den Verantwortlichen vor Ort die Entscheidung über das Schulangebot selbst überlassen – das wäre ein echter Paradigmenwechsel, ein echter Ansatz für einen Schulfrieden gewesen.

Was Sie aber abgeliefert haben, ist kein beherztes Meisterstück, sondern ein halbherziger Tätigkeitsnachweis ohne jeglichen Mehrwert, der nur zusätzlich Unruhe stiftet in einem Bildungswesen, das von Grün-Rot ohnehin schon sehr zu dessen Schaden in Unruhe versetzt worden ist.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Die Aussprache ist damit beendet.

Ich schlage vor, den Gesetzentwurf Drucksache 15/5044 zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Kultus, Jugend und Sport zu überweisen. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Bevor wir in die Mittagspause eintreten, habe ich für die Mitglieder des Untersuchungsausschusses „EnBW-Deal“ noch folgenden Hinweis: Zehn Minuten nach Eintritt in die Mittagspause, also um 12:30 Uhr, findet eine Sitzung dieses Untersuchungsausschusses im Königin-Olga-Bau, Raum 433 im vierten Obergeschoss, statt.

Wir setzen unsere Sitzung nach der Mittagspause um 14:00 Uhr fort, weil der Untersuchungsausschuss so viel Zeit braucht. Bitte seien Sie alle um 14:00 Uhr wieder hier. Danke.

(Unterbrechung der Sitzung: 12:22 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:01 Uhr)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die unterbrochene Sitzung wird fortgesetzt.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD – Einsetzung einer Enquetekommission „Konsequenzen aus der Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU)/Entwicklung des Rechtsextremismus in Baden-Württemberg – Handlungsempfehlungen für den Landtag und die Zivilgesellschaft“ – Drucksache 15/5131

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion. Ich habe gerade vernommen, dass die Redezeit für die Begründung wohl aufgrund der letzten Debatte zwischen der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD geteilt wird.

Ich erteile deshalb zunächst für die Fraktion GRÜNE Herrn Abg. Lede Abal das Wort.

Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Fraktion GRÜNE und die Fraktion der SPD reichen gemeinsam diesen Antrag auf Einsetzung der Enquetekommission „Konsequenzen aus der Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU)/Entwicklung des Rechtsextremismus in Baden-Württemberg – Handlungsempfehlungen für den Landtag und die Zivilgesellschaft“ ein.

(Daniel Andreas Lede Abal)

Bundesweit können bislang zehn Mordopfer mit dem NSU in Verbindung gebracht werden, darunter eine hier in Baden-Württemberg im Dienst ermordete Polizeibeamtin, Michèle Kiesewetter. Dazu kommt noch eine Reihe weiterer Taten.

Das wirft viele Fragen an die Politik und an die Sicherheitsbehörden auf. Diese Enquetekommission ist für uns und für die Öffentlichkeit ein erster parlamentarischer Schritt, die rechtsextremistische Szene und die rechtsextremistischen Einstellungen in den Blick zu nehmen, an die der NSU hier in Baden-Württemberg leider erfolgreich andocken konnte. Denn wir wissen, dass es in Baden-Württemberg Unterstützung gab, dass es Verbindungen gab und dass es auch heute eine gewaltbereite rechtsextremistische Szene in Baden-Württemberg gibt.

Wir wollen deshalb die rechtsextremen Strukturen in Baden-Württemberg, die Verbindungen zu Gruppierungen wie dem KKK, die Gewaltbereitschaft und die Waffenaffinität der rechten Szene sowie die Vernetzung von Personen und Strukturen in Baden-Württemberg mit dem bundesweit agierenden Rechts extremismus genau untersuchen. Wir wollen aber auch untersuchen, wie wir es erreichen, dass unsere Sicherheitsbehörden sensibel auf rechtsextreme und rassistische Entwicklungen und Motivlagen reagieren.

Wir wollen, dass dieses Parlament mit der Gesellschaft und mit der Wissenschaft in dieser Enquetekommission Handlungsstrategien für Prävention, für Aufklärung und für die Stärkung einer aktiven und demokratischen Zivilgesellschaft erarbeitet. Das war lange überfällig und hat seit dem Auffliegen des NSU eine neue Brisanz und eine hohe Dringlichkeit erhalten. Deshalb diese Enquetekommission, deshalb dieser Auftrag in der vorliegenden Form.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Dafür werben die Regierungsfractionen von Grünen und SPD bei Ihnen noch einmal ausdrücklich um Zustimmung.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion hat nun zur Begründung des Antrags Herr Abg. Sakellariou das Wort.

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, es gibt kein Thema, das weniger für reine parteipolitische Auseinandersetzungen geeignet ist als das Thema, das wir heute besprechen, nämlich die NSU-Verbrechen in Baden-Württemberg und darüber hinaus sowie ihre Aufarbeitung in Baden-Württemberg.

Gestern Abend wurde in der Pause des Champions-League-Spiels ein Banner mit der Aufschrift „Nein zu Rassismus“ eingblendet. Ich bin dann ins Bett gegangen. Heute Morgen hörte ich auf der Fahrt zum Zug eine Radiomeldung: In Baden-Württemberg ist ein türkischer Junge aus rassistischen Gründen zusammengeschoßen worden und befindet sich jetzt im Krankenhaus.

Das heißt, wir haben ein Problem, und wir haben ein Problem, das wir lösen müssen. Denn wir, die Gesellschaft, haben

im Zusammenhang mit der Aufarbeitung der NSU-Morde auch den Eindruck erweckt, als ob die Opfer Täter waren. Wir haben diese Mordserie schon bei der Bezeichnung der Arbeitsgruppen, bei der Bezeichnung der Ermittlungsgruppen einem Milieu zugeordnet, und wir, die Gesellschaft insgesamt, haben letztlich, weil wir nicht wachsam genug waren, die Opfer kriminalisiert und ihnen einen schlimmen seelischen Schaden zugefügt. Das heißt, wir haben etwas gutzumachen.

Wir müssen uns auch verloren gegangenes Vertrauen wieder erarbeiten und müssen Vertrauen wiedergewinnen. Wir müssen alles dafür tun, dass sich so etwas nicht mehr wiederholt.

Nachdem das Innenministerium mit der Ermittlungsgruppe „Umfeld“ wirklich vorbildlich herausgearbeitet hat, was noch an offenen Fragen aus dem Land Baden-Württemberg, aus Berlin übrig geblieben ist, vorbildlich jeden Stein noch einmal umgedreht hat, haben wir, was die Rückschau angeht, Material, mit dem wir arbeiten können. Jetzt geht es darum, nach vorn zu schauen. Denn auch das Gerichtsverfahren in München, der Untersuchungsausschuss des Bundestags und die Ermittlungsgruppe „Umfeld“ haben immer nur nach hinten geschaut. Aber das, was wir brauchen, um dieses Vertrauen in die Ermittlungstätigkeit wiederzugewinnen, ist, Handlungsempfehlungen für die Zukunft zu finden. Genau diesen Handlungsauftrag werden wir aus München bekommen. Das Gericht in München wird sein Urteil sprechen und wird die Gesellschaft

(Abg. Peter Hauk CDU: Woher wissen Sie das denn?)

– weil es so ist –

(Lachen bei Abgeordneten der CDU)

in einem Auftrag dazu verpflichten, Vorkehrungen zu schaffen, damit so etwas nicht wieder vorkommt.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Die Gesellschaft will jeglichen Extremismus bekämpfen!)

Die Enquetekommission ist das richtige Instrument. Wir werden uns mit Ihren Änderungsanträgen, wenn Sie sie begründen würden, befassen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Schebesta das Wort.

Abg. Volker Schebesta CDU: Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds hat Öffentlichkeit und Politik aufgewühlt. Bezüge der Gruppe nach Baden-Württemberg beschäftigen uns in der Politik und hier im Landtag. Deshalb haben in allen Fraktionen Diskussionen darüber stattgefunden, wie wir damit umgehen.

Wir von der CDU-Landtagsfraktion werden in der Enquetekommission, die jetzt eingesetzt werden wird, konstruktiv mitarbeiten. Ihr Hinweis, Herr Sakellariou, dass dieses Thema nicht zum Streit geeignet ist, war vielleicht vor allem an Ihre eigenen Reihen gerichtet. Denn über die Frage, mit welchem Instrument hier im Landtag dieses Thema behandelt werden soll, gab es ja erhebliche Auseinandersetzungen in Ihren Reihen. Diese Auseinandersetzungen haben gezeigt, dass Sie in-

(Volker Schebesta)

nerhalb der Parteien und innerhalb der Regierungskoalition über die Frage zerrissen sind, wie mit der Bekämpfung von Extremismus und insbesondere auch mit den Behörden in diesem Bereich umgegangen werden soll.

Die Grünen wollten in Richtung eines Untersuchungsausschusses marschieren, die SPD-Landesspitze hat auf einem Landesparteitag die Festlegung auf einen Untersuchungsausschuss gerade noch dadurch verhindern können, dass sie die Beratungen darüber auf einen weiteren Parteitag vertagt hat. Es ging hin und her zwischen der Forderung nach Einsetzung eines Untersuchungsausschusses und der nach Einsetzung eines Sonderausschusses. Am Ende ist es eine Enquetekommission geworden, und immer noch gibt es Kritik aus den eigenen Reihen, vor allem bei den Grünen, die die Forderung nach Einsetzung eines Untersuchungsausschusses aufrechterhalten.

Ich kann mir deshalb gut vorstellen, dass Sie Schwierigkeiten hatten, diese gemeinsame Linie, mit der Sie jetzt in den Landtag kommen, zu formulieren. Eine Enquetekommission setzen wir im Landtag aber am besten in möglichst breitem Konsens ein – insbesondere zu Themen, bei denen wir alle ein gemeinsames Interesse haben.

Heute gibt es keinen gemeinsamen Antrag. Ich finde es schade, dass Sie in einer für uns wichtigen Frage von dem bei Ihnen mühsam gefundenen Kompromiss kein Jota abgewichen sind.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Sie opfern einen möglichen Konsens im Parlament auf dem Altar Ihrer eigenen Zerrissenheit.

Eine Enquetekommission ist breit angelegt; sie hat sich bei der Erarbeitung von Handlungsstrategien gegen den Extremismus – so Ihr Vorschlag – um die Prävention zu kümmern, um die Struktur der Behörden, die Extremismus bekämpfen sollen, um die Verhinderung der Unterwanderung von staatlichen Strukturen durch Extremisten. Wenn das in einer Enquetekommission behandelt wird, dann liegt es auf der Hand, dass es in der Breite einer Enquetekommission um jede Form von Extremismus gehen sollte – unabhängig vom Anlass der Einsetzung. Deshalb hätten wir gern gesehen, wenn wir uns im Konsens zwischen den jetzt vorliegenden Formulierungen irgendwo getroffen hätten und den Blick nach vorn – unabhängig vom Anlass der Einsetzung – auch in Richtung von Linksextremismus und von religiös motiviertem Extremismus gerichtet hätten.

Wir setzen uns heute darüber mit Anträgen im politischen Streit auseinander – einen Tag nach der Veröffentlichung durch das Bundesinnenministerium, den Bundesinnenminister, dass die Zahl politisch motivierter Straftaten im Bereich des linken Spektrums im letzten Jahr mit 40 % überdurchschnittlich stark gestiegen ist.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: 40 %!)

Vor diesem Hintergrund sagte Ihr Innenminister, der der SPD angehört, in einem Interview Ende März sinngemäß: „Linken und religiösen Extremismus haben wir nach wie vor im Blick. Wir haben einen Anstieg der linken Gewalt zu verzeichnen. Die salafistische Entwicklung in Baden-Württemberg macht uns Sorgen.“

Uns auch, und deshalb haben wir einen Änderungsantrag eingebracht und im Vorfeld darum gebeten, dass wir bei dem Blick nach vorn auch dafür Handlungsstrategien entwickeln und ein Augenmerk darauf richten. Denn wir wollen die gesamte Breite des Themenfelds erfassen. Das würde mit unseren Anträgen berücksichtigt werden. Bei ihrer Annahme würden wir der Einsetzung der Enquetekommission so auch zustimmen können.

Wenn Sie die Anträge ablehnen, würden wir der Einsetzung der Enquetekommission nicht zustimmen können, weil dann die notwendige Breite nicht erreicht würde. Wir werden jedoch, wie am Anfang gesagt, konstruktiv mitarbeiten, werden uns auch diesen Problemen stellen und sehen, wer dann an unserer Seite steht.

Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Professor Dr. Goll das Wort.

Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! So überzeugend das Anliegen auch ist, das Grün und Rot mit ihrem Antrag verfolgen wollen, so wenig überzeugend ist die beabsichtigte konkrete Durchführung. Warum?

Ich darf vielleicht erst eine Vorbemerkung machen, die man nicht missverstehen kann und darf. Ich persönlich habe ohnehin erhebliche Zweifel, ob wir mit irgendeinem Gremium noch weiter kommen, als wir bisher schon gekommen sind. Ich sage das nicht aus mangelndem Aufklärungsinteresse – das wäre unsinnig –, sondern ich sage es aus Respekt vor dem, was schon passiert ist.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: So ist es! Genau!)

Es ist schon eine ganze Menge passiert, sodass wir mit diesen Themen ständig befasst sind. Sie wissen es doch. Wir haben mittlerweile im Grunde genommen jedes Treffen von irgendwelchen Rechtsradikalen in irgendwelchen Hinterzimmern dreimal daraufhin betrachtet: Wer war dabei? Was wurde gesprochen? Es ist nicht so, dass bisher keine Aufklärungsanstrengungen stattgefunden hätten. Der Gipfel war der bereits zitierte Bericht der Ermittlungsgruppe „Umfeld“. Aus Respekt vor dem, was passiert ist,

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Machen wir nichts mehr!)

sage ich: Ich bin skeptisch, ob wir da noch sehr viel weiterkommen können. Doch wenn wir noch weiterkommen wollten, dann könnte das bei logischer Betrachtung im Grunde genommen nur durch einen Untersuchungsausschuss erfolgen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Bisher lautete die Argumentation, die ich noch im Ohr habe: „Der Untersuchungsausschuss kann mehr als die Ermittlungsgruppe der Polizei. Er kann die Leute herholen, er hat bestimmte prozessuale Rechte.“ Das stimmt. Aber – wie gesagt – wenn man schon die Hoffnung hat, noch mehr in Erfahrung

(Dr. Ulrich Goll)

zu bringen, dann hätte man konsequenterweise die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses fordern müssen, der wir selbstverständlich zugestimmt hätten.

Wenn man es nicht so macht, wenn man den Weg über eine Enquetekommission wählt, dann gilt genau das, was Kollege Schebesta vorhin schon zum Ausdruck gebracht hat. Wenn ich eine Enquetekommission einsetze, kann ich mich nicht nur auf die Frage beschränken, ob die „braune Soße“ wieder hochkocht. Vorhin war vom Kollegen Sakellariou vom „Blick nach vorn“ die Rede. Doch wenn ich den Blick nach vorn richte, kann ich eigentlich nur so formulieren, dass wir uns gegen Extremismus jeder Art und nicht nur gegen eine bestimmte Form schützen wollen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Einen Grund dafür haben wir schon.

Es war vorhin mit Recht die Rede davon, dass man sich über solche Themen eigentlich nicht streiten sollte. Doch wenn man sich nicht streiten will, muss man bereit sein, gemeinsam die Fakten anzusehen.

Da fällt mir Folgendes ins Auge: Kürzlich gab es in Stuttgart eine Demonstration zum Bildungsplan. Deren Anliegen mag man nicht teilen. Doch Tatsache ist, dass das ganze Geschehen durch linke militante Gruppen ausgeartet ist. Das weiß jeder hier.

Tatsache ist auch, dass wir viele Demonstrationen gegen Stuttgart 21 erlebt haben. Unter diesen Demonstranten gibt es eine ganze Menge integrierter Leute, deren Meinung ich selbstverständlich respektiere, auch wenn ich sie nicht teile. Aber man muss schon ziemlich blind sein, um nicht zu sehen, dass auch dieses Geschehen von einer ganzen Reihe linker militanter Gruppen, gewaltbereiter Aktivisten genutzt wurde, die – wie wir wissen – sogar munter durch die Republik ziehen. Wenn Sie mich fragen: Die sind eigentlich mobiler und aktiver als alles, was wir auf der rechten Seite in den letzten Monaten erforscht haben. Da geht es ziemlich lebendig zu.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Da empfehle ich Ihnen die Lektüre des Verfassungsschutzberichts!)

– Gut, dann einigen wir uns – –

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Das würde ich an Ihrer Stelle noch einmal genau prüfen! – Gegenruf des Abg. Karl Zimmermann CDU: Wollen Sie denn den Linksextremismus nicht einbeziehen? – Gegenruf der Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Wollen Sie die Morde relativieren, Herr Kollege Zimmermann? – Weitere Zurufe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das Wort hat Herr Abg. Professor Dr. Goll.

Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Dann einigen wir uns doch ganz einfach darauf,

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Bei dieser Frage einigen wir uns nicht! – Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

dass es auf beiden Seiten bedenkliche Anzeichen gibt. Mich irritiert nur, dass sich, wenn einmal ein linker gewaltbereiter Aktivist angezeigt wird, wie wir heute Morgen erfahren haben, der Ministerpräsident nach dem Anzeigerstatter erkundigt.

(Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Das ist gar nicht wahr! – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Woher wissen Sie denn, dass das ein Linksextremist war?)

Da muss ich sagen: Dieses Spiel – Verzeihung – spielen wir nicht mit. Es ist offensichtlich auch ein politisches Spiel, das gespielt wird. Es bleibt das auf der Strecke, was wir wirklich wollen,

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

nämlich eine ernsthafte und umfassende Bekämpfung des Extremismus in jeder Form.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

An die Fraktionen von Grün und Rot gerichtet, sage ich: Es wäre eine schiere Selbstverständlichkeit, einem unserer Anträge zuzustimmen – entweder dem von der CDU oder dem von der FDP/DVP. Sie würden sich überhaupt nichts vergeben, aber Sie begäben sich in eine sehr missverständliche Position, wenn Sie diese Anträge ablehnten.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Karl Zimmermann CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Lede Abal das Wort

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Soll er mir doch erklären, wieso er die andere Seite nicht bewertet haben will!)

Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hatte eben bei der Vorstellung des Einsetzungsantrags von noch offenen Fragen gesprochen. Auch ich bin der Überzeugung, dass wir durch diese Enquetekommission nicht auf alle offenen Fragen Antworten finden werden. Wir betrachten diese Kommission jedoch als ersten parlamentarischen Schritt, dem weitere Schritte werden folgen müssen.

(Abg. Matthias Pröfrock CDU: Was ist der zweite?)

Diesen Schritt halten wir dennoch für außerordentlich wichtig. Aus meiner persönlichen Sicht kann dazu früher oder später auch ein Untersuchungsausschuss gehören, weil bestimmte Fragen dort in angemessener Form behandelt werden können.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Warum nicht gleich?)

Diese Enquetekommission soll auf Erkenntnisse anderer parlamentarischer Aufklärungsversuche zurückgreifen, beispielsweise des parlamentarischen Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestags oder auch der Untersuchungsausschüs-

(Daniel Andreas Lede Abal)

se und Kommissionen in anderen Bundesländern. Wir können darauf bauen, dass wir auch in Zukunft von dort Erkenntnisse für Baden-Württemberg und über Baden-Württemberg erwarten können, insbesondere aus Thüringen über die enge Verbindung zwischen den rechtsextremistischen Szenen in Baden-Württemberg und Thüringen. Wir werden beispielsweise auch neue Erkenntnisse durch den laufenden Prozess in München bekommen.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Die gewachsenen rechtsextremen Strukturen, an die der NSU in Baden-Württemberg andocken konnte, werden mit der Bezeichnung „Rechtsextreme Jugend- und Musikszene“ nicht zutreffend beschrieben, sondern geradezu verharmlost. Dahinter stehen Strukturen, die international und bundesweit eng vernetzt sind, die trotz Verboten weiter existieren und funktionieren, die Nachfolgeorganisationen gebildet haben – ob das im juristischen Sinn so stimmt, muss man schauen –, die erhebliche Summen erwirtschaften und damit politische Arbeit finanzieren.

Dazu kann man auch Gewalttaten bis hin zu terroristischen Aktivitäten zählen. Auch im Hinblick auf die Existenz von Gruppierungen wie dem Ku-Klux-Klan im Raum Schwäbisch Hall und verschiedene Vorfälle in den letzten Jahren, bei denen Waffen eine Rolle gespielt haben, sehen wir, die Fraktion GRÜNE, eine hohe Dringlichkeit, diese Bereiche genau zu untersuchen, jetzt Bilanz zu ziehen und eine genaue Analyse des Rechtsextremismus in Baden-Württemberg vorzunehmen.

Wir sehen – um auf diese Frage einzugehen – diese Intensität und die Verwicklungen in dieser Form bei anderen Extremismusbereichen derzeit nicht. Genau deshalb sind wir der Auffassung, dass CDU und FDP/DVP mit ihren Änderungsanträgen zu unserem Antrag auf Einsetzung einer Enquetekommission dem Aufklärungswillen dieses Parlaments keinen Dienst erweisen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Ihnen keinen Dienst erweisen!)

Diese Enquetekommission zum Hintergrund des NSU-Terrors auch noch mit allen anderen Extremismusphänomenen zu befassen würde sie aufblähen und nach unserer Ansicht ihren Rahmen sprengen. Das stellt nicht infrage, dass man die von Ihnen angesprochenen Bereiche auch hier parlamentarisch untersuchen kann. Ich fordere Sie auf: Reichen Sie Vorschläge ein, wie wir das in geeigneter Form machen können.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Haben wir doch gemacht!)

Wir halten die von Ihnen vorgeschlagene Form eines Andockens, eines Anschließens an diese Enquetekommission nicht für sinnvoll. Dies wird auch den Erwartungen an dieses Parlament und seinem Auftrag nicht gerecht. Daher noch einmal der Appell: Ziehen Sie Ihre Änderungsanträge zu unserem Antrag auf Einsetzung einer Enquetekommission zurück.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Sowohl Sie, Herr Schebesta, als auch Sie, Herr Goll, haben davon gesprochen, dass Sie die Frage der Einsetzung einer Enquetekommission in diesem wichtigen Bereich ganz sicher

nicht zum Streit ausarten lassen wollen. Nach meiner Kenntnis gibt es kein anderes Bundesland, auch keine andere CDU-Landtagsfraktion und keine andere FDP-Landtagsfraktion, bei der die Aufarbeitung des NSU-Terrors und der Situation der davon betroffenen Menschen mit anderen Fragen verknüpft und dermaßen in den Hintergrund gedrängt worden wäre, wie das hier gemacht wurde, um eine Debatte zu initiieren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Thomas Blenke CDU: Haben Sie es überhaupt gelesen?)

Wir bitten Sie daher auch im Sinne der Opfer und der Angehörigen der Opfer,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Na, na!)

sich zu überlegen, ob Sie diese mit dieser Form des Aufklärungswillens nicht eher vor den Kopf stoßen und ob es nicht darum gehen sollte, sie mit einem deutlichen Zeichen dieses Parlaments hin zur Aufklärung mit zu unterstützen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Sakellariou das Wort.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Herr Kollege, jetzt haben Sie die Chance, unserem Antrag zuzustimmen!)

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Professor Dr. Goll, zunächst einmal: Es geht nicht, in einer solchen Debatte die Ausschreitungen bei Demonstrationen gegen den Bildungsplan in einen Zusammenhang zu stellen mit einer Mordserie an einem Teil unserer Bevölkerung.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Zweitens haben Sie bezweifelt, ob wir mit dieser Enquetekommission weiter als bisher kommen. Da muss ich Ihnen sagen: Das ist genau der Punkt. Was die Ermittlungsergebnisse angeht, kommen wir wahrscheinlich nicht weiter. Da wären wir aber auch in einem Untersuchungsausschuss nicht weitergekommen. Die Enquetekommission schaut jedoch gerade nach vorn.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Nur in eine Richtung!)

Erst vor Kurzem wurde die Bundesrepublik Deutschland von den Vereinten Nationen und vom Europarat dafür kritisiert, dass wir mit Rassismus nicht vernünftig umgehen. Es ist uns geraten worden, Reformen im Strafrecht anzugehen, um rassistisch motivierte Taten besser zu erfassen und strenger ahnden zu können. Dafür brauchen wir jedoch Instrumente, und diese wollen wir erarbeiten. Allein im Jahr 2013 waren in Deutschland 113 rassistische Aktionen gegen Ausländerheime zu verzeichnen. Es besteht also wirklich Handlungsbedarf.

Herr Kollege Schebesta, es wäre schön gewesen, im Konsens vorzugehen. Es ist richtig: Bei linksextremistischen Straftaten ist ein starker Zuwachs zu verzeichnen; sie bewegen sich

(Nikolaos Sakellariou)

zahlenmäßig allerdings auf einem viel niedrigeren Niveau als die rechtsextremistischen Straftaten.

Ich werde versuchen, Ihnen zu begründen, warum ich es für falsch halte, Ihrem Antrag zu folgen und alle extremistischen Strömungen gemeinsam zu behandeln. Ich meine, es liegt ein struktureller Unterschied vor, den man auch rechtlich begründen kann. Wenn wir den Linksextremismus und den religiös motivierten Extremismus näher betrachten, so stellen wir fest, dass beide Strömungen im Grunde aus grundrechtlich garantierten Strömungen, der Meinungsfreiheit und der Religionsfreiheit, kommen. Sie überziehen und missbrauchen jedoch ihre Rechtsposition.

(Abg. Peter Hauk CDU: Ach so! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Interessante Betrachtungsweise! – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Ich weiß, es ist nicht ganz einfach. Ich will die Betrachtungsweise etwas herleiten. Beide, sowohl der Linksextremismus als auch der religiös motivierte Extremismus, kommen von legitimen Ansätzen her. Nur: Sie missbrauchen ihre Rechtsposition.

Worin liegt jetzt der Unterschied zu den NSU-Morden mit den rassistischen, den rechtsextremen Hintergründen? Der rassistische Ansatz verstößt elementar gegen unser Wertesystem, gegen unsere Verfassung und gegen den humanistischen Kern unserer Gesellschaft. Wer Menschen nach Herkunft oder nach Rasse differenziert, der findet nicht einmal im Ansatz einen Anknüpfungspunkt im Grundgesetz. Deswegen wäre es eine Verhöhnung der Opfer, die rassistisch motiviert Opfer geworden sind, wenn wir ganz andere Strömungen und kriminelle Entwicklungen zusammenbrächten und gemeinsam bearbeiten.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das ist doch unerträglich! – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Nein, wir müssen genau dieses Problem – und zwar nach vorn gerichtet – lösen, das wir auf den Tisch gelegt bekommen haben, bei dem wir verpflichtet sind, es in Ordnung zu bringen. Ich sage Ihnen: Vermischen Sie das nicht. Den Opfern zuliebe

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Genau! Den Opfern zuliebe!)

müssen wir genau differenzieren nach unterschiedlichen Straftaten mit unterschiedlicher Motivation. Ich sage Ihnen: Die Opferfamilien mit türkischer Herkunft und eine mit griechischer Herkunft – neben der ermordeten Polizistin und dem versuchten Mord an einem Polizisten – haben es verdient, dass die Ursachen, die zu den Taten geführt haben, nämlich rassistisch motivierte Ursachen, die nichts mit einem religiösen Hintergrund oder Meinungsfreiheit zu tun haben, geklärt werden. Außerdem geht es darum, präventiv Jugendliche frühzeitig zu erreichen und unsere Sicherheitsbehörden so aufzustellen, dass sie diesen Sonderbereich effektiv bearbeiten und bekämpfen können. Denn eines müssen wir garantieren: So etwas darf nie wieder vorkommen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Schebesta das Wort.

Abg. Volker Schebesta CDU: Liebe Kollegen von Grünen und SPD, auf Ihren eigenen Antrag hin, eine Enquetekommission einzusetzen, muss ich Ihnen erklären, was der Unterschied zwischen einer Enquetekommission und einem Untersuchungsausschuss ist.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Das haben wir diskutiert!)

Im Untersuchungsausschuss klärt der Landtag über ein Thema auf, das im öffentlichen Interesse liegt. Er untersucht es und erstattet dem Landtag Bericht. In einer Enquetekommission werden umfangreiche und bedeutsame Sachverhalte vorbereitet.

Es geht also nicht darum – deshalb steht davon in Ihrem Einsetzungsantrag auch nichts –, die Ermittlungsergebnisse neu aufzurollen – Herr Sakellariou hat dies erwähnt – und die Arbeit des Untersuchungsausschusses des Bundestags weiterzuführen, sondern es geht darum, Strukturen zu erfassen und daraus Konsequenzen abzuleiten. Wenn man das tut, wenn man sich mit Prävention, staatlichen Institutionen und mit Unterwanderung befasst, dann sollte dabei alles erfasst werden.

Dabei geht es nicht darum, dass wir dann den Opfern und den Angehörigen nicht gerecht würden. Darum würde es gehen, wenn wir eine Betrachtung der Aufklärung dieses Falls vornehmen. Wenn wir jedoch eine Enquetekommission einsetzen und breit angelegt über Extremismus sprechen, dann – Entschuldigung, Herr Sakellariou – haben Ihre Rede und Ihre Differenzierungen eher die Begründung dafür geliefert, warum es notwendig ist, über alle Arten von Extremismus und nicht nur über eine Form davon zu sprechen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags Drucksache 15/5131.

Nach § 34 Absatz 1 der Geschäftsordnung kann der Landtag zur Vorbereitung von Entscheidungen über umfangreiche und bedeutsame Sachverhalte eine Enquetekommission einsetzen. Er ist dazu verpflichtet, wenn dies von einem Viertel der Mitglieder des Landtags oder von zwei Fraktionen beantragt wird. Der vorliegende Antrag erfüllt diese Voraussetzung.

Zu diesem Antrag liegen zwei Änderungsanträge vor: der Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/5132, und der Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/5134.

Ich lasse zuerst über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/5134, abstimmen, weil wir diesen Antrag als weiter gehend erachten. Ich darf auf einen Punkt, den Zeitpunkt, hinweisen. Die Enquetekommission, die die CDU-Fraktion einsetzen möchte, umfasst einen um sechs Monate längeren Zeitraum, als er von den anderen Fraktionen gewünscht wird. Schon deshalb ist der Antrag weiter gehend – unabhängig von inhaltlichen Dingen, in denen er sich ebenfalls unterscheidet. Das ist die Entscheidung des Präsidiums.

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Ich rufe also zuerst den Änderungsantrag der CDU-Fraktion auf. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe jetzt den Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/5132, zur Abstimmung auf. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist auch dieser Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD, Drucksache 15/5131, auf Einsetzung der Enquetekommission. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit wurde diesem Antrag mehrheitlich zugestimmt, und die Enquetekommission ist entsprechend diesem Auftrag eingesetzt.

Die Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder dieser Enquetekommission sowie der ordentlichen und stellvertretenden externen Mitglieder erfolgt in der nächsten Plenarsitzung am 14. Mai 2014.

Damit ist Tagesordnungspunkt 4 erledigt.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz – Milchwirtschaft in Baden-Württemberg – Drucksache 15/3574

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Für die Begründung erteile ich Herrn Abg. Reusch-Frey von der SPD-Fraktion das Wort.

Abg. Thomas Reusch-Frey SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Die SPD-Fraktion hat den vorliegenden Antrag gestellt, weil für uns die Milcherzeugung in Baden-Württemberg von großer Bedeutung ist. Milcherzeugung ist wichtig für die bäuerliche Landwirtschaft, für die Versorgung unserer Bevölkerung mit gesunden Nahrungsmitteln, für den Erhalt des Grünlands, für die biologische Vielfalt, für unser Landschaftsbild, für den Tourismus und für die Menschen, die im ländlichen Raum leben und wohnen. Wir wollen eine Viehhaltung, die zukunftsfähig ist. Sie gehört zu uns in Baden-Württemberg, sie gehört zum Allgäu, sie gehört zu den Mittelgebirgen von Schwarzwald, Schwäbischer Alb, Schwäbischem Wald, und sie gehört zum Odenwald.

Ein Blick auf die Entwicklung der vergangenen Jahre zeigt, wie stark der strukturelle Wandel in diesem Produktionsbereich war. In den vergangenen zehn Jahren haben 6 000 Betriebe ihre Milchproduktion eingestellt. Das sind 44 % der Betriebe; das ist also ein enormer Rückgang. Trotzdem ist der Umfang der Milchproduktion stabil geblieben, ja, er hat sich in den vergangenen Jahren sogar erhöht.

Wir brauchen uns also aktuell keine Sorgen über die Sicherheit der Versorgung mit Milch und Milchprodukten zu machen. Eine gute Versorgungslage ist gegeben, weil die gesun-

den Betriebe gewachsen sind und sie ihre Ställe mitsamt dem Viehbestand aufgestockt haben. An einer Zahl wird dies deutlich: Mit 35 Tieren stehen rechnerisch im Durchschnitt elf Kühe mehr in den Ställen als noch vor zehn Jahren. Damit sind wir weit entfernt von den negativen Entwicklungen einer Massentierhaltung. Ganz im Gegenteil, wir können von einem deutlichen Plus an Tierschutz, an Tiergesundheit und an artgerechter Tierhaltung sprechen. Vor allem die Laufställe haben diese positive Entwicklung vorgebracht.

Das Landwirtschaftliche Zentrum Baden-Württemberg in Aulendorf testet dazu Neuerungen und macht eine sehr gute Fortbildungsarbeit für die Bauern in unserem Land. Unser SPD-Arbeitskreis für den ländlichen Raum konnte sich kürzlich vor Ort von der wertvollen Arbeit zur Rinderhaltung, zur Grünlandwirtschaft und zur Milchwirtschaft überzeugen. Ein Dank geht daher von uns nach Aulendorf.

Ein Aspekt zu den Betrieben: Wenn wir die Lage der milcherzeugenden Betriebe insgesamt analysieren, müssen wir damit rechnen, dass sich der gerade dargestellte Strukturwandel fortsetzt und die Zahl der Milchviehbetriebe weiter sinkt. Dieser Trend wird sich sicherlich fortsetzen. Arbeitseffiziente Haltungsformen und neue technische Möglichkeiten in der Melktechnik werden dafür die Motoren sein. Dem wollen wir uns nicht verschließen. Das gehört für uns zur Zukunftsfähigkeit der Milchwirtschaft.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ein besonderes Interesse der Milchbauern richtet sich auf die Erzeugerpreise für die Milch. Die spannende Frage ist: Was kommt ab dem 1. April 2015? Wir wissen, dass die langjährige Milchquotenregelung zum 31. März 2015 ausläuft. Wir wissen auch, dass die Preise für Milchprodukte und für die Milch an sich riesigen Schwankungen unterliegen. Wir alle haben die Bilder der Bauern vor Augen, die ihre gemolkene Milch ins Gülleloch schütten mussten, weil der Preis nicht stimmte und sie ein Zeichen setzen wollten.

Dabei muss man sagen, dass der Milchpreis in den vergangenen Jahren nicht nur Sorgenkind, sondern auch Freudenbringer war. Genau das spiegelt das Auf und Ab der Preise. Innerhalb weniger Monate sanken sie in den Keller – und stiegen nach Monaten dann auf ein historisches Rekordhoch. Die Milchbauern mussten mit einer nie gekannten Berg- und Talfahrt leben. Das Auf und Ab geht weiter und kann auch in der neuen Förderperiode nicht ausgeschlossen werden. Zu dem Problem der Planbarkeit dessen, was man an Einrichtungen hat, kommt die große, Planungen erschwerende Unwägbarkeit beim Wetter und bei den Preisen auf den Märkten hinzu.

Das Augenmerk richtet sich bei diesem Thema nun auf die steuerfreie Risikoausgleichsrücklage. Wir haben als Themen nicht nur den Klimawandel, wir haben nicht nur veränderte Marktsituationen, sondern wir müssen auch dieses Thema heute auf die Tagesordnung nehmen. Bereits am 15. Dezember 2009 hatte die SPD eine Kleine Anfrage – ich würde von einer zaghaften Anfrage sprechen – gestellt, und diese zaghafte Anfrage wurde von dem damaligen Landwirtschaftsminister Hauk noch zaghafter beantwortet. Und alles blieb folgenlos – sowohl bei der CDU als auch bei der FDP/DVP.

Nach den Frostschäden im Wein- und Obstbau 2011 war für uns, Grüne und SPD – unser Fraktionsvorsitzender Claus

(Thomas Reusch-Frey)

Schmiedel hat sich an dieser Stelle exponiert – klar, dass wir am Thema der steuerfreien betrieblichen Risikorücklage weiterarbeiten müssen. Wir haben dies getan. Im Landwirtschaftsausschuss haben wir uns einmütig auf eine öffentliche Anhörung verständigt. Wir von der SPD sind in der Folge auch dafür offen, das Thema „Steuerfreie Risikorücklage“ weiter zu behandeln. Wir wollen es zusammen mit dem FDP/DVP-Antrag in Richtung Bundesrat und in Richtung Bund weitergeben.

Wir, die SPD, stehen zu diesem Thema. Wir stehen auch an der Seite der baden-württembergischen Bauern. Wir können diesem Antrag so zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Rombach.

Abg. Karl Rombach CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren Kollegen! Herr Reusch-Frey, zunächst vielen herzlichen Dank nicht nur für die moderate Sprachwahl, sondern auch für die Einbringung des Antrags im vergangenen Jahr. Die Milchwirtschaft ist insbesondere in Baden-Württemberg ein bedeutender Betriebszweig; keine Frage. Der Antrag bestätigt, dass die Milchwirtschaft in Baden-Württemberg seit über 20 Jahren strukturellen Veränderungen unterworfen ist und – das zeigt die ausführliche Stellungnahme von Herrn Minister Bonde zum vorliegenden Antrag – dass die Entwicklung bei den Betrieben mit über 50 Kühen ein großes Ausmaß angenommen hat und diese Entwicklung sich fortsetzen wird.

Die Zahlen – Herr Reusch-Frey, Sie haben sie genannt – kann ich bestätigen. Wir haben einen Rückgang der Zahl der Betriebe um 41 % zu verzeichnen, die Zahl der Tiere ging um 15 % zurück. Doch die entscheidende Aussage, was Wirtschaftskraft, Innovation, biologische Entwicklung und die Fähigkeiten der Betriebe angeht, lautet, dass die Milchmenge dadurch nicht geringer geworden ist.

Sehr dankbar, Herr Reusch-Frey, bin ich für Ihre Aussage, dass Sie dem technischen Fortschritt gegenüber aufgeschlossen sind. Ich erinnere insbesondere an die modernen Ställe. Daran wird seit Jahren fieberhaft gearbeitet. Ich denke an seinerzeitige Äußerungen von Staatssekretärin Gurr-Hirsch und Minister Hauk – den Sie in einem anderen Zusammenhang zitiert haben, was das Thema Tierschutz anbelangt – und daran, dass vonseiten des Bauernverbands immer wieder werbend verkündet wird, welchen Einsatz die Bäuerinnen und Bauern vor Ort bringen. Ich bin froh, dass Sie diese positive Entwicklung des Tierschutzes heute gewürdigt haben und zum Ausdruck gebracht haben, dass die Zukunftsfähigkeit der Milchwirtschaft in Baden-Württemberg vor der technischen Entwicklung nicht haltmachen darf. Das ist eine ganz wichtige Aussage. Vielen herzlichen Dank dafür.

Eine Veränderung der Marktausrichtung ist ein entscheidender Punkt. Die Preise können sich – zugegebenermaßen wächst das Risiko – zum Positiven, aber auch zum Negativen entwickeln. Ich danke hier vor allem der SPD. Sie haben hier auf Bundesebene Ihren Beitrag geleistet – im Rahmen des Koalitionsvertrags –, dass gerade zum Thema Wettbewerb ein deutliches

Zeichen gesetzt wurde und dies auch im Koalitionsvertrag seinen Niederschlag gefunden hat. Herzlichen Dank dafür.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Was die Quote anbelangt, sagten Sie ein kritisches Wort. Dazu darf ich Ihnen als Praktiker und auch als Bauernverbandsvertreter sagen: Ich war jahrelang der gleichen Meinung wie der Minister Ihrer Regierung, aber als ich zu einem bestimmten Zeitpunkt die Realität erkannte, habe ich gesagt: Nein, diese Entwicklung kann ich nicht mittragen, weil wir uns in Baden-Württemberg selbst einengen. Die an Molkereien in Baden-Württemberg gelieferte Milchmenge beträgt 2,18 Millionen t, und – hier im Antrag steht es – bis zu 130 000 t Milchquote sind in andere Länder abgewandert, wodurch sich die Grundstruktur im Land verändert. Ferner entwickelt sich der Markt ebenfalls. Insoweit war es höchste Zeit, bei aller kritischen Betrachtung im Einzelfall – die schwierigen Schwarzwaldlagen kenne ich; deshalb weiß ich, was ich hier sage –, dass die Quote 2015 ausläuft. Die Marktorientierung ist der richtige, der entscheidende und auch der zukunftsweisende Weg für Baden-Württemberg und darüber hinaus.

Meine Damen und Herren, die Regionalität und die regionale Vermarktung – das haben Sie sicherlich aus Zeitgründen nicht ansprechen können – sind beispielhaft. Dafür gab es seit Jahren Unterstützung durch die früheren Landesregierungen. Nehmen Sie das Beispiel Schwarzwaldmilch, und schauen Sie, wie vor Ort die Wertschöpfung so gut wie möglich artikuliert, erarbeitet und durch viele Unternehmer aufseiten der Milchwirtschaft unterstützt wird.

Das Thema „Steuerfreie betriebliche Risikoausgleichsrücklage“ – der Entschließungsantrag der Fraktion der FDP/DVP – wird von der CDU-Fraktion – das darf ich Ihnen sagen – nicht nur unterstützt, sondern auch intensiv begleitet. Ich persönlich habe diese Forderung schon lange gestellt. Wir werden diesen Antrag unterstützen, weil witterungsbedingte Ereignisse letzten Endes am Markt zu Einbrüchen führen, die die Wertschöpfung in den Betrieben beeinflussen, und deshalb einzelbetrieblich ein Spielraum ermöglicht werden muss. Deshalb unterstützen wir diesen Antrag uneingeschränkt.

Ich kann Ihnen nur klar und deutlich sagen: Milch ist das einzige legale „Dopingmittel“. Milch stärkt die Konzentration und die Leistungsfähigkeit, und mehr Milch zu trinken wäre im Einzelfall, meine Damen und Herren, auch ein guter Rat für manche hier im Haus. Wir, die CDU-Landtagsfraktion, setzen uns jedenfalls weiterhin für eine sichere, nachhaltige, zukunftssträchtige und starke Milchwirtschaft in Baden-Württemberg ein.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Herrn Abg. Hahn.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Die Milch macht's!
– Gegenruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU:
Milch macht müde Männer munter! – Gegenruf des
Abg. Karl Zimmermann CDU: Verursacht auch Harnsäure,
wie ich gehört habe!)

Abg. Martin Hahn GRÜNE: Auch. – Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als Bauer, der über 30 Jahre gemolken hat, ist das Thema Milch für mich ein schönes und ein gutes Thema, aber auch ein Thema, das mit Emotionen belastet ist. Man darf nicht vergessen, dass man, wenn man Milch erzeugt, jeden Morgen und jeden Abend, 365 Tage im Jahr, tätig werden muss. Deshalb haben alle Menschen, die das täglich tun, meine Hochachtung.

(Beifall bei allen Fraktionen – Dem Redner wird statt eines Glases Wasser ein Glas Milch gereicht. – Heiterkeit und Beifall bei allen Fraktionen – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

– Vielen Dank. Das ist jetzt besonders nett. Das schaffe ich aber nicht. Das machen wir später.

Frau Gurr-Hirsch, Sie haben es völlig zu Recht gesagt: Milch macht müde Männer munter.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Was zu beweisen wäre! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Nicht übermütig werden!)

Sie bringt aber auch einen Haufen Nährstoffe. Das ist das Problem für Menschen, die sozusagen nur noch im Sitzen schaffen. In diesem Fall muss man vorsichtig mit guten Lebensmitteln umgehen.

20 Jahre nach Einführung der Milchquote unter Ignaz Kiechle fällt diese Quote, und wir steuern in ein neues Zeitalter. Auch beim neuen Zeitalter ohne Quote werden wir erst hinterher richtig schlau sein und wissen, was es uns gebracht hat. Wir hoffen, dass die Kalkulationen so gut sind, wie wir uns das wünschen, und dass es positive Auswirkungen hat. Es bleibt uns leider nichts anderes übrig; denn die Dinge sind an diesem Punkt so, wie sie sind. Die Quote fällt weg, und es bleibt nur zu hoffen, dass es gut wird.

Vor 40 Jahren hatten wir noch viel mehr Betriebe. Damals gab es im Land noch fast 100 000 Betriebe, die Milch produziert haben. Heute sind es noch 9 000 Betriebe, die Milch produzieren. Das ist natürlich den schwierigen und ungünstigen Rahmenbedingungen geschuldet. Wir müssen sehen, dass das auch massive Veränderungen zur Folge hat. Die Zahl der Kühe in Baden-Württemberg ist gleichzeitig von 700 000 auf 350 000 reduziert worden, aber unsere Kühe sind Leistungssportler geworden.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Oi!)

Unsere Kühe sind Leistungssportler; ich erinnere daran, dass, um einen Liter Milch zu erzeugen, rund 500 l Blut durch das Euter

(Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

gepumpt werden müssen. Deshalb können Sie sich vorstellen, was das bedeutet. Das heißt in der Konsequenz auch – darauf möchte ich nur hinweisen –: Obwohl wir für wenige Tiere so gute Ställe haben, wie wir sie für Kühe haben, schaffen es die Kühe, obwohl sie gut und gern 20 Jahre alt werden könnten, im Schnitt nur noch auf vier, viereinhalb Jahre. Das ist sehr bedenklich. Auch darauf muss man an diesem Punkt hinwei-

sen: dass diese Leistungssportler, obwohl wir alles Mögliche tun, früher den Löffel abgeben, als es uns lieb ist.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Zur Entwicklung: Gleichzeitig ist die Menge der im Land erzeugten Milch über die Jahre gleich geblieben; das haben wir gehört. Fast 8 000 l Milch pro Kuh und Jahr haben wir heute im Schnitt – nicht ganz, heute sind es effektiv 6 500 l. Das heißt, eine Kuh liefert pro Tag etwa 23 l. Es waren einmal zehn oder zwölf. Das sind schon Dimensionen der Steigerung, die sich nicht nur genetisch auswirken, sondern auch Folgen für den einzelnen Organismus haben müssen. Wenn wir uns das einmal für unser eigenes Leben vorstellen, so heißt das, dass man ganz schön fit sein muss, um so etwas durchzustehen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Wir haben nur 3 l Blut!)

Im Durchschnitt sind es nur noch 1,8 Kälber pro Kuh, und das nicht – wie bei uns Menschen – sozusagen aus freiem Willen, sondern weil sie weiteren Nachwuchs überhaupt nicht mehr bekommen können, da sie es konstitutionell nicht mehr durchstehen. Das ist ein Problem, das wir sehen müssen, und es ist natürlich auch der hohen Leistungsbereitschaft geschuldet.

Des Weiteren – man musste eben auch einmal über Probleme sprechen –: Die Kühe haben einen großen Vorteil: Sie können etwas zu einem wertvollen Lebensmittel machen, womit wir eigentlich nichts anfangen können, nämlich Gras. Das ist der Kern. Kühe sind für uns nach wie vor und auch in Zukunft wertvoll, weil sie uns auf der einen Seite helfen, die Kulturlandschaft zu pflegen, und auf der anderen Seite das, was wir überhaupt nicht nutzen können, nämlich Gras, zu einem wertvollen Lebensmittel machen. Deshalb brauchen wir sie, und deshalb haben sie ihre Berechtigung.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Aber immer mehr Kühe weiden, wie man so schön sagt, „am Rio Plata“, also auf dem Maisacker. Das heißt, immer mehr Kuhfutter wird durch Getreide oder Getreideersatzprodukte substituiert. Das ist ebenfalls ein Problem; denn wir wissen: Die wertvollste Milch wird auf Grünland erzeugt. Über die Omega-3-Fettsäuren können uns die Ernährungsphysiologen unter uns etwas erzählen.

(Abg. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Gibt es die noch?)

Milch ist nach wie vor ein hervorragendes Produkt, aber die Art der Erzeugung steht immer in Konkurrenz zum menschlichen Konsum.

(Der Redner blättert in seinem Manuskript.)

Was haben wir noch?

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Trinken Sie die Milch, bevor sie sauer wird!)

Entscheidend ist: Diese moderne Form von Milchbetrieben mit ihrer Art, Milch zu erzeugen, bringt das große Problem mit sich, dass sehr viele Betriebe darauf angewiesen sind, dass nicht nur eine Generation auf dem Hof ist, sondern ein „geländegängiger Opa“ dringend erforderlich ist und am besten

(Martin Hahn)

ein Junge dazu, der mit 14 schon begeistert auf dem Traktor sitzt, damit der Betrieb überhaupt rundläuft. Denn die Anforderungen – 365 Tage, morgens und abends – sind für die Betriebe natürlich mit einer hohen Leistung verbunden, die kaum mehr so einfach aus einem Familienbetrieb, in dem nur eine Familie arbeitet, abzurufen ist.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Was ist mit Betriebswirtschaft? – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Ende.

Abg. Martin Hahn GRÜNE: Ach so. Das Display im Rednerpult zeigt falsch an. Okay.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Es zeigt das Ende an.

Abg. Martin Hahn GRÜNE: Dann habe ich es falsch verstanden.

(Heiterkeit – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Trinken Sie zwischendurch noch etwas!)

Ich möchte noch zwei Punkte ausführen, die mir sehr wichtig sind. Der eine ist, dass wir dem Entschließungsantrag der Fraktion der FDP/DVP natürlich gern zustimmen. Über die steuerliche Fortschreibung bei den landwirtschaftlichen Betrieben hat man schon lange diskutiert, und ich sage einmal so: Wenn die späte Einsicht hilft, dass wir in der Umsetzung des Themas endlich vorankommen – denn es ist sehr wichtig, dass die landwirtschaftlichen Betriebe in unserem Land einer ganz normalen GmbH gleichgestellt werden, dass steuerliche Gewinn- und Verlustvorträge möglich sind –, dann, denke ich, ist das eine richtige und zwingende Maßnahme.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Glocke des Präsidenten)

Deshalb haben Sie unsere volle Unterstützung, und ich muss sagen, Herr Goll: Wir sind nicht systematisch gegen Anträge der Opposition, sondern die besten Anträge nehmen wir selbstverständlich auf.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Abgeordneter, jetzt müssen Sie aber allmählich zum Schluss kommen – trotz der Milch.

Abg. Martin Hahn GRÜNE: Ein Wort noch: Das Beste an der Milch ist, dass auch schwarze und rote Kühe immer weiße Milch geben. Das tröstet uns Grüne, denn grüne Kühe haben wir einfach nicht.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Karl Zimmermann CDU: Mehr trinken! So helfen Sie der Milchwirtschaft nicht! – Gegenruf des Abg. Martin Hahn GRÜNE: Mehr vertrage ich nicht!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Bullinger.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP trinkt einen Schluck Milch aus dem für seinen Vorredner bereitgestellten Glas. – Zurufe)

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Zunächst einmal: Ich habe kein Problem, aus einem Glas zu trinken, aus dem zuvor ein Kollege der Grünen getrunken hat. Das steigert die aktive Immunität des Körpers.

(Heiterkeit und Beifall bei allen Fraktionen)

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, es sind sehr viele Zahlen und Fakten genannt worden. Ich möchte gleich vorweg sagen: Ich finde das gut, denn es zeigt, dass sowohl im Agrarausschuss als auch hier die Redner die Problematik der Schwankungen auf dem Weltmarkt erkannt haben. Der Landwirt arbeitet eben nicht in der Werkstatt, sondern unter freiem Himmel, und muss mit unterschiedlichen Wetterlagen – jedes Jahr ist anders – leben. Ich sage Ihnen – das ist mir gerade eingefallen –: Man hätte diesen Antrag natürlich auch im Ausschuss gemeinsam behandeln können.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Ein alter Antrag ist das!)

– Was heißt „alt“? Dann hättet ihr es verbindlich in den Koalitionsvertrag in Berlin hineinschreiben müssen, Frau Kollegin. Da steht nichts Verbindliches drin. Das nur nebenbei.

Deshalb bitte ich in dieser Gemeinsamkeit – dafür bedanke ich mich –, das Anliegen im Bundesrat einzubringen.

Meine Damen und Herren, immer wieder wird gesagt: Wie war es früher doch so schön und romantisch! Ich habe in den letzten vier Wochen drei Betriebe besucht, u. a. einen Betrieb mit 40 Kühen in Anbindehaltung. In einem solchen Betrieb habe ich selbst einmal als Lehrling gearbeitet. Das ist natürlich eine Tierhaltung, mit der man leben kann. Aber das, was man heute in der modernen Landwirtschaft hat, ist tiergerechter, und das ist es, was wir, denke ich, auch wollen.

Ich habe zudem einen Betrieb besucht mit einem Junglandwirt, einem jungen Landwirtschaftsmeister, mit 120 Milchkühen – keine Massentierhaltung –, und ich habe einen Betrieb mit 320 Milchkühen besucht, eine Kooperation von drei Landwirtschaftsmeistern. Einer ist Aktivist beim BDM und produziert natürlich auch über die Quote – macht also das Gegenteil dessen, was er eigentlich fordert. Das aber nur nebenbei. Ich möchte nur sagen: Wir haben diese Schwankungen in der Landwirtschaft. Deshalb ist es richtig, dies zu fordern.

Der Kollege Hahn sagte es gerade: 20 Jahre Milchquote. Wenn ich mich richtig erinnere, war ich 1984 junger bayerischer Beamter, als ich diese 16. und 18. Änderungsanforderung der Milch-Garantiemengen-Verordnung – –

(Zuruf des Abg. Reinhold Pix GRÜNE)

– 30 Jahre ist es her, lieber Kollege.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So alt ist er doch noch gar nicht!)

Trotzdem, es ist höchste Zeit, und wir wissen: Wir sind jetzt am Markt angekommen. Das heißt, wir haben diese Schwankungen, und deshalb, denke ich, ist es auch wichtig, dies in der Politik entsprechend zu würdigen.

Über den Strukturwandel möchte ich nicht weiter diskutieren; er wurde bereits angesprochen. Den Strukturwandel gab es

(Dr. Friedrich Bullinger)

natürlich auch in der Molkereiwirtschaft. Deshalb ist es wichtig, auch zu sehen, was es an Betrieben in der Molkereiwirtschaft gibt und wie man Milch verarbeitet und vermarktet.

Ich sage auch: Wenn man von Milcherzeugung spricht, muss man wissen, dass in Deutschland nach wie vor lediglich 2,3 % der Milch als Biomilch erzeugt werden; in Baden-Württemberg sind es 4,8 %. Das heißt, 97,7 % deutschlandweit und 95 % in Baden-Württemberg werden konventionell hergestellt. Ich wünsche mir durchaus, dass im Biomilchbereich noch mehr getan wird. Natürlich muss man aber dem Verbraucher sagen: „Dafür musst du auch den Geldbeutel aufmachen, lieber Verbraucher, denn umsonst gibt es das nicht.“

Ich denke, sehr wichtig ist auch, dass man das „Nebenprodukt“ – es wurde bereits angesprochen –, die Kulturlandschaft und deren Pflege, ebenfalls entsprechend würdigt. Auch das, was der Kollege Hahn sagte, ist wichtig: 365 Tage im Jahr die Kühe zu melken – ob nun mit Melkroboter oder ohne –, morgens und abends, das ist eine volkswirtschaftliche Leistung der Bauern in unserem Land, auf die wir stolz sein können.

Ein weiterer Punkt, der mir sehr wichtig ist: Früher sprach man von Milchseen und Butterbergen. Ich meine, man darf auch eine kleine Reserve an Naturprodukten – Milch, Butter und Magermilchpulver – haben, und es ist durchaus richtig, wenn wir dies nicht über die Planwirtschaft produzieren, sondern ganz normal, mit Begleitmaßnahmen, wie es der Deutsche Bauernverband gefordert hat. So, wie das jetzt gehandhabt wird, ist es richtig.

Meine Damen und Herren, ich möchte eines klarstellen: Wir müssen diese Betriebe entsprechend begleiten, damit sie auch noch bauen und investieren können. Das heißt, unsere Agrarprogramme sind dabei zur Unterstützung wichtig. So, wie wir in der Wirtschaft mittelständische Unternehmer mit L-Bank-Darlehen, Bürgschaften und Ähnlichem unterstützen, so verlange ich das auch für landwirtschaftliche Betriebe; denn sie sind betriebswirtschaftlich nichts anderes als mittelständische kapitalintensive und oft sehr energieintensive Unternehmen. Deshalb brauchen wir auch hier den Blick nach vorn und entsprechende Perspektiven.

Dass man sehr unterschiedlich vermarkten kann, sehe ich in meinem Wahlkreis, wenn ich die Demeter-Molkerei in Schrozberg anschau, die beispielsweise die Feinschmecker in Frankreich mitversorgt und hervorragende Preise erzielt, oder die Produktion von Fetakäse in Crailsheim – ein ganz anderes Segment; das Produkt darf jetzt nicht mehr so genannt werden. Dort sieht man, wie man vermarkten und wie toll man die Rohmilch verarbeiten kann. Ein anderes Beispiel ist die Hohenloher Molkerei, die in diesem Jahr, vor einer Woche, 43,4 Cent pro Liter ausgezahlt hat. Kurz zurück: 2009 – jetzt komme ich zu meinem Antrag – waren es 23 Cent. Man muss sich einmal vorstellen, welche Welten betriebswirtschaftlich dazwischenliegen.

Wir müssen also die Betriebe und Unternehmen dabei begleiten, indem wir ihnen ermöglichen, dies mittelfristig, über mehrere Jahre hinweg finanziell zu handeln.

Meine Damen und Herren, besten Dank, dass Sie dieses Anliegen unterstützen. Die Grünlandverwertung durch Milchviehhaltung scheint mir die bessere Methode, um die Kultur-

landschaft im Sinne des Prinzips „Schützen und nützen“ zu pflegen – viel besser als der Weg über Maßnahmen der Landschaftspflege, die von Unternehmen durchgeführt werden, deren Mitarbeiter orangefarbene Kittel tragen, oder der Weg über ver.di-Arbeitsverträge mit den daraus folgenden Preisen. So, wie wir es bisher im Land machen, ist es meiner Ansicht nach – das kam aus den Redebeiträgen der Vertreter der anderen drei Fraktionen ebenfalls deutlich zum Ausdruck – der richtige Weg.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Herrn Landwirtschaftsminister Bonde.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Zuerst Milch trinken, Alex! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Für drei Redner reicht ein Glas Milch! Eine Schande!)

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz

Alexander Bonde: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir beraten hier neben dem Antrag zur Milchwirtschaft auch den schon genannten Entschließungsantrag. Wir haben hier miteinander bereits eine Reihe von Diskussionen geführt mit dem Tenor, dass es sinnvoll ist, mit einem Instrument wie dem der steuerfreien Risikorücklage den Betrieben im Land mehr Planungssicherheit und damit auch mehr Chancen zu geben, auch auf unvorhergesehene Ereignisse – die in der Landwirtschaft allein schon aufgrund von Wetterereignissen immer wieder auftreten können – angemessen zu reagieren.

Sie wissen, dass wir, die Landesregierung, schon gemeinsam mit vielen anderen in der Fachministerkonferenz gegenüber der Bundesregierung aktiv geworden sind. Die vorherige Bundesregierung hatte die Einrichtung dieses Instruments stets verweigert. Wir nehmen daher gern den Impuls auf, auf Bundesebene diese wichtige Verbesserung für die Betriebe im Land erneut einzufordern.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, 2013 war für die Milchviehbetriebe und für die Milchwirtschaft ein vergleichsweise gutes Jahr. Dank steigender Erlöse hat sich die wirtschaftliche Situation verbessert. Das war aber auch dringend notwendig. Wir sind froh, dass die Preisentwicklung – auch wenn dabei noch nicht alle Vorstellungen, die vonseiten der bäuerlichen Betriebe existieren, zufriedenstellend realisiert werden konnten – doch Grund zur Zuversicht gibt und es möglich macht, in die Zukunft zu investieren. Investitionen und Zukunftsperspektiven sind insbesondere für die jungen Betriebsleiterinnen und Betriebsleiter unabdingbar.

Wir hatten im November 2013 in Baden-Württemberg noch 9 157 Milchviehhalter mit durchschnittlich je 37 Kühen. Wir wollen und brauchen genau diese Betriebe bei uns in der Fläche; sie erhalten und bewirtschaften einen Großteil unseres Grünlands und sind damit eine tragende Säule unserer bäuerlich geprägten Landwirtschaft.

(Minister Alexander Bonde)

Ich bin froh, dass es u. a. gelungen ist, bei der Umsetzung der europäischen Agrarreform, beim Greening, diese Betriebe mit in den Fokus zu nehmen. Betriebe mit einem sehr großen Grünlandanteil sind beispielsweise von den Anforderungen im Bereich der Anbaudiversifizierung und der ökologischen Vorrangflächen freigestellt.

Wir haben in der Milchwirtschaft eine Reihe von großen strukturellen Veränderungen. In knapp einem Jahr, am 1. April 2015, endet nach über 30 Jahren die Milchquotenregelung. Damit fällt in der EU eine Mengengrenze, die aktuell noch deutlich wirksam ist. Das wird den Wettbewerb verändern. Wir werden die Veränderungen deutlich spüren, völlig unabhängig davon, wie wir zur Frage der Aufhebung der Quote politisch positioniert waren.

(Abg. Peter Hauk CDU: Wie stehen Sie denn dazu?)

Wir wissen, dass es auf europäischer Ebene keine Mehrheit für Mengenbegrenzungsverfahren gibt und wir gemeinsam mit den Betrieben mit dieser neuen Situation werden umgehen müssen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Diese Aussage hätten wir schon vor drei Jahren gern von Ihnen hören wollen!
– Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das wäre hilfreich gewesen! – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Minister Bonde, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Rombach?

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Alexander Bonde: Bitte.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg. Karl Rombach CDU: Herr Minister, zu der gerade von Ihnen angesprochenen Quotenregelung würde mich interessieren, wie Ihre persönliche Meinung ist.

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Alexander Bonde: Herr Abg. Rombach, es ist kein Geheimnis, dass ich immer der Auffassung war, dass es für die Branche gut gewesen wäre, wenn wir auf europäischer Ebene Elemente von Steuerungsverfahren beibehalten hätten. Ich muss aber zur Kenntnis nehmen, dass es weder in Deutschland noch in Europa eine Mehrheit für Elemente dieser Art gegeben hat.

Insofern diskutieren wir auf europäischer Ebene nur noch über die Frage, ob es für Krisensituationen Eingriffssystematiken geben soll. Im Rahmen dieser aktuellen Debatte halte ich Mehrheiten noch für erreichbar. Was die andere Frage betrifft, sehe ich, dass es im Europäischen Rat und in der Kommission keinerlei Bereitschaft gibt, über entsprechende Folgeregelungen zu diskutieren.

(Abg. Peter Hauk CDU: Späte Genugtuung!)

Das ist die Situation, in der wir sind. Die zuständige Ebene hat entschieden, und die Folgen dieser Entscheidung werden auf uns zukommen und werden den Markt verändern.

Sehr geehrte Damen und Herren, spätestens im Krisenjahr 2009 wurde, glaube ich, für alle deutlich, welche Bedeutung

auch die erste Säule der Agrarförderung, die Direktzahlung für die Milchviehbetriebe, hat. Mit der nationalen Umsetzung der europäischen Reform ist ein solides und gutes Fundament geschaffen worden, um den Betrieben in unserem Land und dem ländlichen Raum auch in diesem Bereich weiter unter die Arme greifen zu können.

Insgesamt kann man sagen: Es ist gelungen, empfindliche Kürzungen für Baden-Württemberg, die im Bereich der Agrarförderung zu befürchten waren, zu verhindern. Mehr noch: Wir haben hier in Baden-Württemberg die positive Situation, dass sowohl über die erste als auch über die zweite Säule zusätzliche Möglichkeiten entstanden sind.

(Beifall bei den Grünen)

Wir haben darüber hier schon mehrfach miteinander gestritten. Aber ich meine, auch an dieser Stelle muss man noch einmal sagen: Es war richtig, nicht mit dem Ziel eines „Weiter so!“ zu verhandeln, sondern das Anliegen der Kommission, bei der Förderung grüner und gerechter zu verfahren, mit einer Strategie zu unterstützen und die Verhandlungen entsprechend zu gestalten. Davon profitieren die vielen kleinen und mittelgroßen Familienbetriebe, die die Struktur bei uns in Baden-Württemberg prägen.

Ich habe es schon angesprochen: Ich bin überzeugt, dass wir auf europäischer Ebene dennoch ein wirkungsvolles Sicherheitsnetz für den Krisenfall brauchen. Das ist eine der Debatten, die wir hier weiter führen müssen – gerade auch in Richtung Brüssel, in Richtung eines neuen Europaparlaments und einer neuen Europäischen Kommission.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Krisenvorsorge ist das eine. Ebenso wichtig ist es aber, Impulse für eine zukunftsfähige Entwicklung zu geben und gesellschaftliche Leistungen zu honorieren. Dafür bieten sich die Maßnahmen der zweiten Säule an, mit denen gezielt Anreize gesetzt und Hilfen ermöglicht werden. Die Ausgleichszulage wird bei uns in Baden-Württemberg für Grünland- und Ackerfutterflächen gewährt. Sie stellt damit eine echte Grünlandprämie dar und kommt vor allem den Tierhaltern in den benachteiligten, geografisch schwierigen Gebieten zugute. 2013 hat das Land hierfür über 31 Millionen € zur Verfügung gestellt.

Auch in der kommenden Förderperiode werden wir in Baden-Württemberg die Ausgleichszulage für Grünlandflächen ebenfalls gewähren und mit einem ähnlich hohen Gesamtfördervolumen einen wichtigen Beitrag leisten. Davon profitieren werden vor allem die Milchbäuerinnen und Milchbauern in den Berggebieten unseres Landes, die unter schwierigen Bedingungen und mit einem hohen persönlichen Einsatz sowie auch mit einer hohen Verantwortung für unsere Kulturlandschaft wirtschaften.

Ein knappes Viertel unserer Agrarumweltmaßnahmen kommen derzeit einer umwelt- und standortgerechten Grünlandbewirtschaftung zugute. Auch für die neue Förderperiode werden wir hier aktive Grünlandmaßnahmen anbieten, die Tierhaltung und Grünlandverwertung im eigenen Betrieb begünstigen.

Sie sehen, die Milchviehhalter an schwierigen Standorten in Baden-Württemberg erhalten die Unterstützung des Landes

(Minister Alexander Bonde)

für den Erhalt des Grünlands durch eine standortangepasste und umweltgerechte Nutzung. Wir wollen aber auch gezielt Anreize für eine Milchwirtschaft setzen, die sich zukunftsfähig aufstellt, die eine hohe gesellschaftliche Akzeptanz genießt und für Qualität „vom Gras bis zum Glas“ steht. Denn die Landwirtschaft hat viele Verbündete, wenn sie gesellschaftliche Erwartungen als Chance begreift, wenn sie Tierwohl, ökologische Verantwortung, Umweltschutz, Klimaschutz, Ressourcenschutz und Regionalität, also den Erhalt der Kulturlandschaften vor Ort, auf ihre Fahnen schreibt. Darum werden wir eine Sommerweideprämie für Milchkühe und deren Nachzug im Rahmen unserer Landesprogramme anbieten.

Wir werden auch im Bereich der Investitionsförderung Impulse setzen und werden Unternehmen, die Milch zu hervorragenden Produkten veredeln, bei Investitionen in den Bereichen Energieeffizienz, Umweltschutz und vergleichbaren Feldern weiterhin zur Seite stehen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wir fördern zukünftig auch die Vermarktung regionaler Qualität von Bioprodukten und unseren Spezialitäten mit den Instrumenten unserer Qualitätsprogramme.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin überzeugt, dass wir landespolitisch mit dieser Strategie, die auf Wertschöpfung in attraktiven regionalen Märkten setzt, die besten Zukunftsperspektiven für unsere Milchwirtschaft erhalten. Wir werden damit der vielfältigen Struktur und den Anforderungen unserer bäuerlichen Landwirtschaft, aber vor allem auch den Verbraucherinnen und Verbrauchern gerecht, und wir stärken die Betriebe im Wettbewerb und halten sie als wichtige Akteure des ländlichen Raums wirtschaftlich solide.

Meine Damen und Herren, herzlichen Dank für Ihren Antrag. Ich denke aber, eines ist als Signal wichtig: Landwirtschaftliche Qualitätsprodukte leben davon, dass sie gekauft, gegessen und getrunken werden.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Bezahlt werden!)

Insofern handelt es sich bei der Akzeptanz und Auskömmlichkeit der Preise um eine Aufgabe, die jeder und jede täglich an der Theke mitentscheiden muss; denn Milchwirtschaft gibt es hier nur, wenn die hier erzeugte Milch auch gekauft und getrunken wird.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Zustimmung des Nicken des Kollegen Röhm! – Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! Das kann ich bestätigen!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags Drucksache 15/3574. Der Antrag ist ein reiner Berichtsantrag und kann damit für erledigt erklärt werden. – Sie stimmen dem zu.

Wir haben jetzt noch über den Entschließungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/5124, abzustimmen. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Entschließungsantrag einstimmig angenommen worden.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Dass ich das noch erleben darf! – Unruhe)

Damit ist Punkt 5 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Integration – Konzept und Praxis des „Runden Tisches Islam“ – Drucksache 15/4026

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Für die SPD-Fraktion erteile ich Frau Abg. Grünstein das Wort.

Abg. Rosa Grünstein SPD: Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Satz „Der Islam gehört zu Deutschland“ klingt uns allen sicherlich noch in den Ohren. Christian Wulff hatte damit völlig recht. Man könnte weiter sagen: Der Islam gehört auch zu Baden-Württemberg. Aus diesem Grund war die Einrichtung des runden Tisches „Islam“ im Jahr 2011 richtig, und deshalb ist seine regelmäßige Fortsetzung im Halbjahreszyklus so immens wichtig.

Der grün-roten Landesregierung ist das Thema Integration so wichtig, dass ein eigenes Integrationsministerium geschaffen wurde. Echte Integration kann auch nur dann gelingen, wenn man miteinander und nicht übereinander redet.

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Das stimmt!)

Genau dies ist Sinn und Zweck des runden Tisches „Islam“. Der runde Tisch „Islam“ soll den gesellschaftlichen Dialog mit Musliminnen und Muslimen fortsetzen und weiter vertiefen und damit indirekt die innere Sicherheit über den inneren Zusammenhalt stärken. Hier sind wir, so meine ich, dank der Initiative des Integrationsministeriums und der Integrationsministerin ein gutes Stück vorangekommen.

Fünf Mal hat das rund 40-köpfige Gremium seit seiner Gründung im Jahr 2011 bisher getagt; die nächste Sitzung wird demnächst stattfinden. Das Gremium besteht aus Vertreterinnen und Vertretern der islamischen Verbände, aus Persönlichkeiten des muslimischen Lebens in Baden-Württemberg, der beteiligten Ministerien sowie von Institutionen wie z. B. der Landeszentrale für politische Bildung.

(Der Rednerin wird ein Glas Wasser gereicht.)

– Danke schön. Keine Milch? Na gut. – Die Bandbreite der behandelten Themen wie „Islam in der gesellschaftlichen Wahrnehmung“, „Islam und Recht“, „Die Rolle der Frau im Islam“, „Jugend, Kultur, Medien“ oder „Islamischer Religionsunterricht an den Schulen“ zeigt auf, dass das Gremium nicht irgendein beliebiger Arbeitskreis ist, der gegründet wurde, weil man sonst nicht mehr weiterweiß.

(Rosa Grünstein)

Fakt ist: Der runde Tisch „Islam“ greift auch aus Sicht der Muslime wichtige Themen auf und spricht kulturspezifische Befindlichkeiten an, die wir aus deutschem Blickwinkel so vielleicht gar nicht erkannt hätten. Ich nenne an dieser Stelle etwa das Projekt zur islamischen Krankenhauseelsorge in Mannheim, das inzwischen auch andernorts im wahrsten Sinn des Wortes Schule gemacht hat. In der Bodenseeregion werden jetzt 20 Muslime und Musliminnen zu ehrenamtlichen Seelsorgern und Seelsorgerinnen ausgebildet.

Der runde Tisch „Islam“ hat auch dafür gesorgt, dass andere gesellschaftlich kontrovers diskutierte Themen aufgegriffen werden: der Umgang mit der Zwangsverheiratung von jungen Mädchen, Friedensrichter und damit verbunden die klare Absage des runden Tisches „Islam“ an eine nicht legitimierte Paralleljustiz, das Tragen von Kopftüchern, islamischer Religionsunterricht an deutschen Schulen.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Nicht zuletzt hat der runde Tisch „Islam“ wichtige Impulse aufgegriffen, die in der Zwischenzeit sogar schon Eingang in die Gesetzgebung gefunden haben: Ich meine hier unser neues Bestattungsrecht mit der Abschaffung der Sargpflicht und der damit auch für Muslime eröffnenden Möglichkeit, ihre Verstorbenen ihrer Kultur entsprechend in Baden-Württemberg zu bestatten. Das Recht ist jedoch die eine Seite; die praktische Umsetzung ist die andere.

All dies führt jetzt Gott sei Dank dazu, dass sich viele Friedhofsverwaltungen mit der Thematik befassen und überlegen, wo etwa muslimische Grabfelder ausgewiesen und speziell auf die Bedürfnisse von Muslimen abgestimmte Räumlichkeiten zur Waschung der Verstorbenen eingerichtet werden können.

Diese Auseinandersetzung fördert das Verständnis und den Dialog zwischen unterschiedlichen Kulturen und die Toleranz gegenüber Andersdenkenden, Andersgläubigen und all jenen Menschen, deren Wurzeln nicht in Stuttgart, Baden-Württemberg oder Deutschland liegen.

So ist der runde Tisch „Islam“ auch ein wichtiger Beitrag gegen Diskriminierung. Dass auf diesem Feld noch viel zu tun ist, zeigen jetzt, vor der Europawahl, nicht nur die unsäglichen Diskussionen über Zuwanderung und Sozialmissbrauch, sondern auch der Shitstorm und die üblen Debatten und üblen Zuschriften, wie sie z. B. mein Kollege Thomas Reusch-Frey im Zusammenhang mit der Novelle des Bestattungsgesetzes erfahren musste.

Das Fazit ist also: Der runde Tisch „Islam“ ist ein Erfolgsmodell mit landesweiter Ausstrahlung, und er ist ein wunderbares, leuchtendes Beispiel für unsere Politik des Gehörtwerdens. Dieses Leuchtturmprojekt wollen wir fortsetzen, denn alle Seiten profitieren von diesem Dialog. Wir können nur immer wieder voneinander lernen zugunsten von mehr Toleranz, gegenseitiger Achtung und Respekt, zugunsten einer Gesellschaft mit Werten, die uns nicht zuletzt das Grundgesetz auflegt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Grundsatzrede!)

Ein irisches Sprichwort lautet:

Ein Fremder ist ein Freund, den man nur noch nicht kennt.

In diesem Sinn werben wir aktiv für ein tolerantes und welt-offenes Baden-Württemberg.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Lasotta das Wort.

Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Frau Präsidentin, werte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen! Vielen Dank für den Antrag der SPD, dem natürlich auch ein bisschen die Motivation zugrunde liegt, die Existenz des Integrationsministeriums darstellen zu wollen und zu erläutern, was das Integrationsministerium alles macht.

Wir hatten in diesem Jahr vier insuffiziente Sitzungstermine des Integrationsausschusses. Die erste Sitzung in diesem Jahr ist ausgefallen, bei der zweiten Sitzung wurde unter einem Tagesordnungspunkt ein bundespolitisches Thema behandelt, die dritte Sitzung hat drei Minuten gedauert, und die vierte Sitzung ist auch ausgefallen. Eine super Arbeit.

(Vereinzelte Heiterkeit – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Davon träumen andere Ausschüsse!)

Ich habe viel Zeit für Pressearbeit. Ein Traum, ein Traumausschuss, werte Kolleginnen und Kollegen.

Aber immerhin: Der runde Tisch „Islam“ ist wichtig; der Dialog ist wichtig. Es ist immer wichtig, miteinander zu reden und voneinander zu erfahren. Das macht auch die Deutsche Islam Konferenz, indem sie wichtige gesellschaftspolitische Themen aufgreift. Deswegen glauben wir, dass es wichtig ist, diesen Dialog zu pflegen.

5,5 % der Bevölkerung in Baden-Württemberg gehören dem islamischen Glauben an. Insofern ist dies eine relevante Gruppe. Im runden Tisch „Islam“ sind aber nicht alle Verbände vertreten, sondern nur diejenigen, die nicht vom Verfassungsschutz überwacht werden. Diese repräsentieren nicht alle Gruppierungen aus dem Bereich des Islams; aber immerhin sind es wichtige Ansprechpartner, die auch Multiplikatoren in die Gesellschaft hinein darstellen.

Deswegen ist es wichtig, diesen Dialog zu führen, die Themen aufzugreifen, die auch genannt wurden. Dazu gehören die Islamausbildung und das Bestattungsrecht, das im Übrigen eigenständig über das Sozialministerium und die vier Landtagsfraktionen abgearbeitet wurde – auch ohne den runden Tisch „Islam“. Aber ich glaube, man hat die Themen da auch hineinsignalisiert.

Dazu gehören weiter die Themen Friedensrichter, „Seelsorge an den Krankenhäusern“ und „Stellung der Frau im Islam“ sowie das Thema Zwangsverheiratung, zu dem auch in der letzten Legislaturperiode sehr viel über das Justizministerium gemacht wurde.

Die Diskussion über all diese Themen fängt also nicht mit dem runden Tisch „Islam“ an, sondern das ist eine gesellschaftliche Debatte.

Ich nenne weiter z. B. die Themen Beschneidung, Homosexualität und „Islamischer Religionsunterricht“. Das sind alles wichtige Themen für die Debatte.

(Dr. Bernhard Lasotta)

Mir ist wichtig, dass diese Themen nicht nur im runden Tisch „Islam“ aufgegriffen werden, sondern dass auch eine öffentliche Debatte stattfindet, und zwar nicht nur mit den Verbänden, sondern mit unserer Gesellschaft. Es besteht doch das große Problem: Wenn wir in unserer Gesellschaft über das Thema Islam reden, wird immer nur über Extreme diskutiert. Die einen – Verrückten – schreien über die Islamisierung unseres Landes, die überhaupt nicht gegeben ist, und die anderen tun alles, was an kritischen Fragen gestellt wird, sofort als rassistische Äußerung ab.

Es muss also ein vernünftiger, kritischer, gemeinsamer Dialog stattfinden. Das ist das Wichtige für unsere Verantwortungsgemeinschaft.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Deswegen ist es so wichtig, dass wir diese Themen öffentlich diskutieren, und zwar ohne Schaum vor dem Mund, aber auch ohne dass diejenigen, die Kritik üben, gerade wenn es um das Thema Parallelgesellschaft, um die Frage des islamischen Rechts, der Scharia, geht – – Innerhalb der Verbände wird auch über die Frage diskutiert, wie ein mit Europa kompatibler Islam entwickelt und stärker in die Öffentlichkeit getragen werden kann.

Der zweite Punkt, der mir wichtig ist: Diese Diskussionen müssen sich auch in Regierungshandeln auswirken. Nehmen Sie das Thema „Islamischer Religionsunterricht“. Wir haben hierüber vielfach diskutiert. Der Modellversuch muss jetzt endlich – wie auch im Koalitionsvertrag festgeschrieben – weitergeführt und flächendeckend ausgebaut werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Andreas Glück FDP/DVP)

Wir bilden die entsprechenden Religionslehrer in Tübingen aus, und sie haben eine klare Erwartung, weil sich der Modellversuch, den wir in der letzten Legislaturperiode eingeführt haben, bewährt und gute Wirkungen gezeigt hat. Aber da bleiben Sie weit hinter Ihrem Zeitplan zurück. Das ist kein Verschulden der Frau Integrationsministerin, sondern da fehlen schlichtweg die Konzeption und das Geld über das Kultusministerium.

Ein weiterer Punkt, der mir wichtig ist: Die Diskussionen, die in diesem runden Tisch thematisch gut und auch mit guten Ergebnissen bearbeitet werden, müssen auch in der integrationspolitischen Wirklichkeit ihren Ausfluss haben. Es darf nicht sein, dass sich Verbände, die auch beim runden Tisch „Islam“ vertreten sind, dann an dubiosen Veranstaltungen beteiligen.

Im letzten Jahr z. B. hat die UETD, also der europäische AKP-Ableger, 30 000 Leute in Düsseldorf zusammengekartt. Dort sind dann antisemitische Parolen vorgebracht worden. Über ARD und ZDF wurde von radikal christlichen Terrororganisationen gesprochen. Das konterkariert dann die Ergebnisse, die man auf der Grundlage unserer Verfassungsordnung und unserer Verantwortungsgemeinschaft gemeinsam erarbeitet hat.

Ein anderes Beispiel: In Konstanz laufen nationalistische Gruppen durch die Stadt, kritisieren das Theaterstück, das den

Genozid an den Armeniern thematisiert, und der Generalkonsul verlangt, dass vor jeder Aufführung ein Brief verlesen wird. Ich finde, das hat mit integrationspolitischer Leistung überhaupt nichts mehr zu tun.

(Beifall bei der CDU sowie der Abg. Wilhelm Halder GRÜNE und Rita Haller-Haid SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Richtig!)

Da müssen auch die Verbände das, was im runden Tisch „Islam“ an Gutem vereinbart wurde, in die Lebenswirklichkeit der Menschen übertragen – das ist mir wichtig –, ohne Schaum vor dem Mund, ohne Vorwürfe. Ich finde, wir haben in unserer Gesellschaft noch ganz viel zu tun, damit Vorurteile wirklich abgebaut werden und wir gemeinsame Grundlagen für das Zusammenleben schaffen. Deswegen wünsche ich dem runden Tisch „Islam“ weiterhin gutes Gelingen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Andreas Glück FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Ich erteile Herrn Abg. Halder für die Fraktion GRÜNE das Wort.

Abg. Wilhelm Halder GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Vor gut zweieinhalb Jahren wurde der runde Tisch „Islam“ von der baden-württembergischen Integrationsministerin Bilkay Öney eingerichtet. Mit dem runden Tisch „Islam“ wurde ein institutionalisierter Dialog zwischen der Landesregierung sowie Bürgerinnen und Bürgern islamischen Glaubens etabliert.

Ist ein solcher Dialog notwendig? Warum brauchen wir einen solchen Dialog? Zur Beantwortung dieser Fragen bietet sich ein Zitat des deutschen Ordensgeistlichen August Heinrich Henckel von Donnersmarck an. Er sagte – ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin –:

Die Verwirklichung des Menschen geschieht im Dialog, in der doppelten Fähigkeit, zu reden und zuzuhören, zu antworten, aber auch darin, sich vom Wort treffen zu lassen. Anders gesagt: Dialog, das meint die Bereitschaft zur Kooperation.

Für den runden Tisch „Islam“ kann festgestellt werden: Wir brauchen den Dialog mit den Musliminnen und Muslimen in Baden-Württemberg, um Vorurteile und Missverständnisse abzubauen.

Wir brauchen den Dialog, um voneinander zu lernen. Wir brauchen den Dialog, um unser Miteinander besser zu gestalten. Wir brauchen den Dialog für ein weltoffenes und modernes Baden-Württemberg.

Aus meiner Sicht kann die Frage, ob wir einen solchen Dialog brauchen, somit mit einem klaren Ja beantwortet werden.

Während der vergangenen zweieinhalb Jahre hat sich der runde Tisch „Islam“ mit einer Vielzahl von Themen beschäftigt, angefangen bei der Wahrnehmung des Islams in der Gesellschaft über das Bestattungsrecht, Friedensrichter, die Krankenhausseelsorge, die Stellung der Frau im Islam bis hin zum islamischen Religionsunterricht. Weitere aktuelle Themen standen auf der Tagesordnung.

(Wilhelm Halder)

Lassen Sie mich an dieser Stelle kurz auf das Thema „Islamische Seelsorge“ eingehen. Bislang wurden in der Region Bodensee-Oberschwaben und in der Metropolregion Rhein-Neckar islamische Krankenhauseelsorgerinnen und -seelsorger ausgebildet. Unser Ziel ist es, dieses Angebot in den kommenden Jahren auf weitere Regionen auszuweiten. Darüber hinaus sind Aufbaukurse für die Bereiche Gefängnis-, Notfall- und Telefonseelsorge angedacht.

Die Nachfrage nach solchen seelsorgerischen Angeboten ist in der Vergangenheit – unabhängig von der religiösen Zugehörigkeit – stark gestiegen. Umso wichtiger ist es, dass entsprechende Angebote auch für muslimische Mitbürgerinnen und Mitbürger zur Verfügung stehen. In Mannheim beispielsweise hat sich gezeigt, dass es Patientinnen und Patienten zunehmend in die Krankenhäuser zieht, in denen islamische Seelsorgerinnen und Seelsorger tätig sind.

Das Beispiel Seelsorge zeigt, dass die beim runden Tisch „Islam“ geführte Diskussion aufgegriffen wird und konkrete Maßnahmen ergriffen werden. Aus dem Dialog heraus hat sich damit eine neue Form der Zusammenarbeit ergeben.

Der runde Tisch „Islam“ stellt aus meiner Sicht eine wichtige Einrichtung für institutionalisierte Gespräche mit Bürgerinnen und Bürgern islamischen Glaubens dar. Die grün-rote Landesregierung macht deutlich, dass sie nicht über Musliminnen und Muslime, sondern mit ihnen sprechen will. Damit ist der runde Tisch „Islam“ auch ein gutes Beispiel für unsere Politik des Gehörtwerdens.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Ich erteile Herrn Abg. Glück für die Fraktion der FDP/DVP das Wort.

Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Stellungnahme zu dem Antrag „Konzept und Praxis des ‚Runden Tisches Islam‘“ ist vom Oktober vergangenen Jahres. Es gab beim runden Tisch „Islam“ bisher fünf Zusammenkünfte mit verschiedenen Themenschwerpunkten. Dabei war einiges praktisch völlig konfliktfrei, so z. B. das Bestattungsrecht, dessen Änderung ja auch von allen Fraktionen hier im Haus beschlossen wurde.

Ein anderes wichtiges Thema, das beim runden Tisch „Islam“ besprochen wurde, ist der islamische Religionsunterricht. Eine ganze Seite der Stellungnahme ist diesem Thema gewidmet. Die Ausführungen zeigen klar auf, dass bereits seit der zweiten Sitzung des runden Tisches „Islam“, das heißt seit Mai 2012, klar war, dass man das Thema „Islamischer Religionsunterricht“ behandeln wolle. Es hat bemerkenswerte anderthalb Jahre – bis Oktober 2013 – gedauert, bis es dann möglich war, gemeinsam mit Kultusminister Stoch dieses wichtige Thema beim runden Tisch „Islam“ zu besprechen. Das zeigt: Die Mühlen der Landesregierung mahlen sehr, sehr langsam.

Es erscheint natürlich auch wie eine Worthülse, wenn der Minister dann immer wieder sagt, es sei ihm ein großes Anliegen, dass man zu einer zeitnahen Lösung kommt, was den islamischen Religionsunterricht angeht. Bereits seit dem Schuljahr 2006/2007, also dem Anfang der vergangenen Legisla-

turperiode, gab es einen Schulversuch mit islamischem Religionsunterricht, zunächst einmal an nur zwölf Schulen. Mehr war damals schlicht nicht möglich, weil die Lehrkräfte dazu gefehlt haben.

Heute ist von einem Lehrermangel nicht mehr auszugehen. Zumindest bieten hier im Land vier Pädagogische Hochschulen eine Zusatzausbildung für Lehrer an, die dann zur Erteilung islamischen Religionsunterrichts ermächtigt. Für den gymnasialen Bereich gibt es das Zentrum für Islamische Theologie in Tübingen, wo auch der Studiengang „Islamische Theologie“ angeboten wird. Immerhin 24 Lehramtsstudenten haben sich in den Studiengang „Islamische Religionslehre“ eingeschrieben.

Die ersten Absolventen des unter Schwarz-Gelb initiierten Zentrums werden absehbar ihr Referendariat antreten wollen. Diese jungen Menschen stehen, wenn sie nicht zufällig irgendwo in einer Modellschule unterkommen, in Baden-Württemberg vor einer sehr ungewissen beruflichen Zukunft.

(Beifall des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP)

Insgesamt kann man sagen: Es ist zwar gut, dass der Schulversuch von der Landesregierung verlängert wurde, und es ist auch okay, dass jetzt ein paar Schulen mehr diesen Religionsunterricht anbieten. Aber aus dem Stadium eines Modellversuchs ist dieses Projekt schlicht nicht herausgekommen, und dies, obwohl völlig klar ist, dass es Bedarf gibt. 2012 gab es in Baden-Württemberg immerhin 70 000 muslimische Schülerinnen und Schüler, und die dazugehörigen Lehrkräfte gibt es auch. Es entsteht also zwingend der Eindruck: Es liegt an der Politik. Die von Minister Stoch angekündigte zeitnahe Lösung kann hier nicht gesehen werden. Die Beibehaltung des Projekts als Schulversuch zeigt auch, dass der Minister offensichtlich mit angezogener Handbremse fährt, und diese Handbremse scheint auch Ministerin Öney nicht lösen zu können.

Auch auf die Begründung, die immer von Minister Stoch angeführt wird, man habe bisher noch keinen islamischen Religionsunterricht einführen können, weil es keinen einheitlichen Ansprechpartner innerhalb der islamischen Glaubensgemeinschaft gebe, kann man nur entgegnen: Der runde Tisch „Islam“ hat doch teilweise zur Inhomogenität der verschiedenen Gruppen beigetragen. Das muss an dieser Stelle auch gesagt werden. So war z. B. am Anfang der Einladungsverteiler für den runden Tisch „Islam“ fehlerhaft. Da hat man kurzerhand vergessen, die Islamische Glaubensgemeinschaft Baden-Württemberg einzuladen. Aber die Islamische Glaubensgemeinschaft Baden-Württemberg vertritt immerhin über 100 Moscheegemeinschaften im Land.

Aber auch Äußerungen der Ministerin Öney haben dazu beigetragen, dass es an verschiedenen Stellen Unmut gab. Ich möchte hier nur an die Äußerung zu den Aleviten erinnern: „Die Aleviten sollen sich erst einmal einigen, ob sie sich zum Islam bekennen oder nicht. Falls sie das nicht tun, werden sie halt nicht mehr zum runden Tisch ‚Islam‘ eingeladen.“ Ich sage ganz ehrlich: Da wurde sehr viel Porzellan zerschlagen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr gut!)

Das zeigt die Probleme bei der Frage, wen man einlädt und wen man nicht einlädt. Vermutlich ist es einfach grundsätz-

(Andreas Glück)

lich falsch, Integration überhaupt an Glaubensfragen festmachen zu wollen.

Ich plädiere dafür, dass wir vielmehr eine vorwärtsgewandte Integrationspolitik machen, dass wir weniger fragen: „Woher kommst du?“, sondern vielmehr in den Mittelpunkt stellen: „Wohin möchtest du?“

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Wenn ich weiß, wohin jemand möchte, dann muss ich aber auch etwas tun, damit die betreffende Person ihr Ziel erreichen kann.

Der runde Tisch „Islam“ ist mit Sicherheit wichtig; Kommunikation ist wichtig. Aber der runde Tisch „Islam“ zeigt etwas, was für diese Landesregierung geradezu exemplarisch ist: Es wird viel geredet, und es folgen keine konkreten Taten. An dieser Stelle kann ich nur sagen: Sie stellen keine Regierung des Machens, Sie stellen eine Regierung des „Blablublub“, der Ankündigungen.

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

Weil das kein schönes Ende für eine Rede wäre, möchte ich an dieser Stelle doch Goethe zitieren, der da sagte:

*Der Worte sind genug gewechselt,
lasst mich auch endlich Taten seh'n;
indes ihr Komplimente drechselt,
kann etwas Nützliches gescheh'n.*

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Schöne Komplimente machen!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Frau Ministerin Öney.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jetzt kommen die Komplimente!)

Ministerin für Integration Bilkay Öney: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Als der damalige Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble die Deutsche Islam Konferenz ins Leben rief, war das fast eine kleine Revolution. Wenn Sie mich fragen, war das fortschrittlicher als der Integrationsgipfel im Kanzleramt. Denn machen wir uns nichts vor: Worüber reden wir häufig, wenn wir über Integrationsprobleme sprechen, und woran erhitzen sich die Gemüter am meisten? Wohl am Islam. Eine aktuelle Studie des Sachverständigenrats – heute auch abgebildet auf Twitter bei der Bertelsmann Stiftung – zeigt das sehr deutlich. Da scheiden sich schon die Geister, ob der Islam zu Deutschland gehört oder nicht. Spätestens seit den Anschlägen auf die Twin Towers gibt es in Teilen der Bevölkerung eine große Verunsicherung und auch Angst. Manche sehen die innere Sicherheit bedroht. Diese Befürchtungen müssen wir sehr ernst nehmen, denn innere Sicherheit ist uns allen sehr wichtig.

Die Frage ist, wie man die innere Sicherheit erreicht und bewahrt. Es war deshalb ein ausgesprochen kluger Schachzug von Wolfgang Schäuble, zu erkennen, dass man innere Sicherheit über inneren Zusammenhalt erreichen und verstärken

kann. Deshalb hat er die Islam Konferenz ins Leben gerufen, und genau aus diesem Grund habe ich den runden Tisch „Islam“ auf Landesebene eingeführt. Er ist das Forum für die rund 550 000 Menschen islamischer Glaubensrichtung in Baden-Württemberg, das Forum für die zweitgrößte religiöse Gruppe in unserem Land. Es ist eine sehr vielfältige Gruppe. Mit dieser Vielfalt und auch mit den divergierenden Meinungen müssen wir uns natürlich auseinandersetzen.

Deshalb sitzen, Herr Glück, auch nicht nur die islamischen Vereine und Verbände am Tisch wie z. B. DITIB, VIKZ und auch die Aleviten, die Ahmadiyya und die Vertreter der bosnischen Gemeinden. Vielmehr haben wir auch Teilnehmer aus verschiedenen Religionen der Welt und Einzelpersonen einbezogen, Gläubige, aber auch weniger Gläubige; auch die gibt es im Islam.

Die Grenze habe ich da gesetzt, wo Vereine oder Verbände Beobachtungsobjekte des Verfassungsschutzes sind. Es geht mir um eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Landesregierung und Muslimen in ihrer Vielfalt. Es geht darum, offen miteinander zu reden und nach konkreten Lösungen zu suchen.

Dabei sparen wir auch kritische Themen nicht aus. Beispielsweise hat sich der runde Tisch „Islam“ im Mai 2012 gegen eine nicht legitimierte Paralleljustiz durch sogenannte Friedensrichter positioniert. Schon in der ersten Sitzung im November 2011 haben wir ein Bündnis gegen Menschenfeindlichkeit verabschiedet, übrigens gemeinsam mit den christlichen Kirchen und mit den jüdischen Gemeinden. Damit hat der runde Tisch „Islam“ sichtbar Zeichen gesetzt. Diese wirken in die islamischen Gemeinden hinein. Aber sie wirken auch in Richtung Gesamtgesellschaft, also in Richtung derer, die den Muslimen und ihrem Glauben noch skeptisch oder auch ablehnend gegenüberstehen.

An grundsätzlichen Themen haben wir beispielsweise die rechtliche Stellung des Islams, die Rolle der Frau im Islam, das Themenbündel „Jugend, Kultur und Medien“ sowie den islamischen Religionsunterricht aufgegriffen. Natürlich können wir einen flächendeckenden islamischen Religionsunterricht im Moment noch nicht aus dem Hut zaubern. Wir müssen einige Fragen klären. Darüber führen wir Gespräche mit dem Kultusministerium.

Zunächst werden wir uns in der kommenden Sitzung am 12. Mai dem interreligiösen Dialog widmen – ein wichtiges Thema. Andere Themen, die bereits genannt wurden, möchte ich hier auch kurz anreißen. Wesentliche Impulse gingen bei der Änderung des Bestattungsgesetzes vom runden Tisch aus. Der Landtag hat nun in großem Konsens eine gute Lösung gefunden. Die Sargpflicht entfällt, und auch die Vorgabe eines frühesten Bestattungszeitpunkts entfällt.

Die Gesetzesänderung ist auf reges Interesse gestoßen. Auch mein Haus hat viele Anfragen und Rückmeldungen bekommen, ernsthafte Anfragen, die man zunächst gar nicht im Blick hatte. Erst in der letzten Woche wollte eine Frau von mir wissen, ob sie als Christin sich denn nun auch in Tüchern bestatten lassen könne, denn Jesus sei in Leintüchern bestattet worden. Auch das ist eine wichtige Frage.

Es gab auch andere Stimmen; das wurde hier auch schon gesagt. Es gibt Menschen, die eine Muslimisierung der Gesell-

(Ministerin Bilkay Öney)

schaft oder eine Untergrabung christlicher Werte befürchten. Aber: Wenn wir jetzt für Muslime Bestattungen nach muslimischem Ritus zulassen, was passiert dann mit den christlichen Werten? Zunächst nichts. Sie bleiben unangetastet, so, wie es in der Landesverfassung vorgesehen ist.

Muslime bekommen von uns auch keine Extrawurst gebraten. Das Grundgesetz sieht Religionsfreiheit vor. Sie gilt aber auch für Andersgläubige; auch das darf man nicht vergessen. Das ist das eine.

Das andere ist: Wie soll ich den Muslimen denn sagen, was ich von ihnen erwarte, wenn ich nicht mit ihnen spreche? Wie soll ich sagen, dass wir Wert darauf legen, dass alle Kinder am Schwimm- und Sportunterricht teilnehmen, dass Frauen Rechte haben und dass diese Rechte zu achten und zu schützen sind, dass wir Partner brauchen im Kampf gegen häusliche Gewalt genauso wie beim Thema Extremismus? Auch darüber haben wir heute gesprochen.

Sie sehen: Hier schließt sich der Kreis von innerer Sicherheit über inneren Zusammenhalt. Genau das versuchen wir in einem Dialog mit den Muslimen zu erreichen, neben all den anderen wichtigen Themen, die uns in der Gesellschaft und im politischen Betrieb Tag für Tag beschäftigen. Diesen Weg des kritisch-konstruktiven Dialogs wollen wir fortsetzen, und das unabhängig davon, ob Abgeordnete Anträge schreiben oder nicht, ob Ausschusssitzungen ausfallen oder nicht. Das liegt in Ihrer Hand. Ich mache meine Arbeit und lade Sie gern herzlich dazu ein, daran mitzuwirken.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags Drucksache 15/4026. Der Antrag ist ein reiner Berichtsantrag und kann für erledigt erklärt werden. – Sie stimmen zu. Danke schön.

Damit ist Punkt 6 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz – Ausgestaltung der EFRE (Europäischer Fonds für regionale Entwicklung)-Förderung in Baden-Württemberg in der Förderperiode 2014 bis 2020 – Drucksache 15/4027

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Murschel.

Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Nachmittagsblock ist relativ stark – so sage ich einmal – mit Themen aus dem Bereich „Ländlicher Raum“ durchsetzt:

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

zwischen den Themen Milchwirtschaft und Biber jetzt noch das Thema EFRE als Kontrastprogramm aus der Sicht der EU. Ich möchte dieses Thema in aller gebotenen Kürze noch einmal aufgreifen. Wir haben es auch in verschiedenen Ausschüssen – nicht nur im Europaausschuss – durchaus intensiv behandelt und haben besprochen, was die Absichten der einzelnen Struktur- und Kohäsionsfonds vonseiten der EU sind.

Fazit: Die Kohäsions- und Strukturpolitik wird es auch in der neuen Förderperiode 2014 bis 2020 geben. Verbesserung von Wachstum und Beschäftigung, Klimawandel, Energie und soziale Ausgrenzung sind die Themenschwerpunkte, die für alle Mitgliedsstaaten als Überschrift stehen.

Die EU hat uns dazu angehalten – das ist sicher auch richtig –, Schwerpunkte zu bilden. Ich werde auch noch kurz darauf zu sprechen kommen, was wir uns als Schwerpunktsetzung für das Land Baden-Württemberg vornehmen und in den nächsten Jahren auch umsetzen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

– Danke.

Es sind – das vielleicht, um es einordnen zu können – 325 Milliarden € – ich habe die Zahl noch einmal nachgelesen –, die in der ganzen EU über den Siebenjahreszeitraum für die Struktur- und Kohäsionsfonds zur Verfügung stehen. Ungefähr ein Drittel des gesamten EU-Budgets wird dafür investiert. Das ist gar nicht unerheblich; das muss man sich immer wieder vor Augen führen.

Auch künftig werden alle Regionen von der EU finanziell unterstützt und orientiert sich der nationale Kofinanzierungssatz am Entwicklungsniveau der einzelnen Regionen. Es besteht die Einteilung in weniger entwickelte Regionen, Übergangsregionen und stärker entwickelte Regionen. Zu letzteren zählt Baden-Württemberg. Das heißt: Der Kofinanzierungsanteil Baden-Württembergs beträgt 50 %. Andere Regionen müssen weniger Eigenmittel aufbringen. Das ist sicherlich im Sinne dieser Kohäsionspolitik das Richtige.

Die Kohäsions- und Strukturpolitik verfolgt einen gemeinsamen strategischen Rahmen. Die Arbeitsprogramme und die Mitteilungen vonseiten der EU haben wir – ich habe es gerade eben erwähnt – in den letzten Tagen und Wochen diskutiert, zuletzt das Arbeitsprogramm für 2014 mit dem Ausblick auf die folgenden Jahre. Dieser gemeinsame strategische Rahmen findet sich in den einzelnen Fonds wieder: im Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, EFRE, um den es jetzt im Eigentlichen geht, und im ESF. Letztendlich geht es auch um den ELER, den Landwirtschaftsfonds, der für den ländlichen Raum und die Landwirtschaft eine große Bedeutung hat, und den Fischereifonds, der sicherlich bei uns nicht von großer Bedeutung ist.

Was ist die aktuelle Situation zum EFRE in Baden-Württemberg? Was sind die Kernpunkte für den EFRE in der neuen Förderperiode? Wir wollen eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Regionen, auch in Baden-Württemberg, erreichen; wir wollen regionale Stärken stärken. Das heißt, dass florierende Regionen – dazu zähle ich Baden-Württemberg – auch in Zukunft in Europa Lokomotivfunktionen übernehmen können. Da sind wir gut aufgestellt, aber wir müssen etwas tun, damit wir auch gut aufgestellt bleiben.

(Dr. Bernd Murschel)

Bisher war das baden-württembergische EFRE-Programm im Bundesvergleich und im Vergleich mit den Programmen in anderen Mitgliedsstaaten eher ein kleineres Programm. 2007 bis 2013 waren hier 143 Millionen € im Topf. Damit war es unter allen Programmen in den Flächenländern das kleinste und in der Bundesrepublik das drittkleinste Programm. Das hat sich geändert.

Der Minister für Ländlichen Raum hat es gerade vorhin noch einmal angesprochen: Der Verteilungsschlüssel, nach dem die Mittel auf die Bundesländer verteilt werden, hat sich geändert. Das heißt, dass uns jetzt rund 100 Millionen € mehr zur Verfügung stehen. Ich glaube, es sind jetzt 246,6 Millionen € gegenüber 143 Millionen € in der vorherigen Periode. Damit kann man etwas machen. Das ist ein wunderbarer Erfolg, den man bei der Verhandlung erreicht hat und der uns den Spielraum und das Potenzial gibt, richtige Regionalpolitik und investive Politik für KMUs und für den Klimaschutz in Baden-Württemberg zu machen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Wie setzen wir es um? Das Operationelle Programm in Baden-Württemberg trägt den Titel „Innovation und Energiewende“. Wir haben uns – das habe ich vorhin angesprochen – auf zwei Schwerpunkte konzentriert. Der erste Schwerpunkt lautet: Forschung, technologische Entwicklung und Innovation. In diesen Schwerpunkt fließen 74 %, der überwiegende Teil der Mittel. Aber auch den Umweltaspekt wollen wir stark betonen. Dafür sind weitere 26 % der Mittel vorgesehen. Die Ausrichtung zielt auf CO₂-armes Wirtschaften; im Umweltbereich wird also der Klimaschutz fokussiert. Damit können wir im Sinne einer wirklichen Forschungsinfrastruktur die Spitzenforschung sowie die angewandte, wirtschaftsnahe Forschung mit der KMU-Förderung verbinden. Ein Teil wird auch über andere Ministerien umgesetzt. Ich glaube, die Verzahnung ist ganz gut.

Ich glaube bezüglich des Klimaschutzes, dass von diesen 26 % einiges in der Wirtschaft, bei den KMUs, aber auch für die Bewusstseinsbildung im kommunalen Klimaschutz ankommen wird. Förderprogramme gibt es jetzt schon; sie ressortieren beim Umweltministerium. Ich nenne z. B. nur einmal das Netzwerk Energieeffizienz und das Programm „Klimaschutz mit System“.

Zur konkreten Umsetzung der Förderprogramme, bei denen wir umgesteuert haben, bei denen wir Veränderungen herbeigeführt haben, ist die Auslobung des Wettbewerbs RegioWIN zu nennen. Bei RegioWIN sollen 30 % der Fördermittel in ein Programm fließen, für das sich Regionen bewerben können. Dies ist auch schon geschehen. Erst neulich wurden uns die Siegerregionen vorgestellt. Das ist ein Ansatz, der von unten kommt. Für diese neuen Programme ist eigentlich typisch, dass man diese Ideen, die aus der Region kommen und mit denen man eine eigene Leitbildfindung, eine eigene regionale Identität anstrebt, wesentlich stärker betonen will.

Speziell im ländlichen Raum – das will ich jetzt noch ansprechen – stehen die Mittelstandsförderung und die KMUs im Zentrum. Wer die Debatten über das Verhältnis zwischen Stadt, Region und Land mit verfolgt, der bekommt mit, dass

wir starke ländliche Regionen haben, dass die Wertschöpfung in den ländlichen Räumen funktioniert, dass wir aber Defizite in der Infrastruktur haben und dass wir es durch die demografische Entwicklung immer schwerer haben werden, diese Defizite nachher auch wirklich auszugleichen. Aber wir brauchen uns hier nicht zu verstecken. Wir brauchen eine gezielte regionale Entwicklung und Unterstützung. Dafür haben wir speziell die Programme für den ländlichen Raum.

Zusammengefasst möchte ich zu der Frage, was EFRE unter einer grün-roten Regierung auszeichnet, aus meiner Sicht noch Folgendes sagen. Ich denke, wir haben die Möglichkeit und die Chance, das Land wirklich zu stärken, Forschung, Innovation, Klimaschutz in den Fokus zu nehmen. Wir haben hier die Chance der Verbindung mit anderen Programmen, die zur Verfügung stehen. Ich nenne einfach einmal LEADER, EFRE, RegioWIN, ILEK. Das sind diese vielen, vielen Programme, die bereits existieren. Sie geben uns Möglichkeiten zu steuern, und sie geben uns Möglichkeiten, den ländlichen Raum auch gezielt aufzuwerten und zu unterstützen.

Damit gehen wir auch das große Thema Demografie an. Das ist ein Thema, von dem ich glaube, dass wir alle hier erst am Anfang stehen. Viele reden davon. Wir werden dieses Thema als zentrale Herausforderung annehmen, und wir sind froh, dass wir mit EFRE ein Instrument, ein Programm, einen Fördertopf, einen Fonds haben, der uns Strukturen gibt, der uns Möglichkeiten gibt, hier Positives für das Land zu bewirken.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die CDU-Fraktion erteile ich Frau Abg. Gurr-Hirsch das Wort.

Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kollegen und Kolleginnen! Die Landesregierung verkauft gute Nachrichten gern mehrfach, weil es wahrscheinlich nicht so viele davon gibt.

(Lachen bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Insofern ist es nachvollziehbar, dass wir dieses Thema heute auf der Tagesordnung haben. Wir behandeln zu einem Antrag der Fraktion GRÜNE die Stellungnahme des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz, deren Erkenntnisgewinn nicht sehr hoch ist.

Baden-Württemberg erhält mehr EU-Mittel aus dem EFRE als bisher. Das ist unbestritten. Das ist auch erfreulich.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Nur wegen uns!)

Ich denke, das bietet auch Chancen für unser Land. Es stellt sich aber die Frage, ob das – wie unterstellt wird – etwas mit dem Verhandlungsgeschick der Regierung zu tun hat

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Ja, sicher!)

oder nicht vielmehr mit einer anderen geistigen Haltung,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das kommt doch nicht von allein!)

(Friedlinde Gurr-Hirsch)

die die EU hier eingenommen hat. Alle Programme zuvor – 2000 bis 2006; das war Ziel 2 – hatten noch einen ganz anderen Ansatz, nämlich den der Schwäche. Da musste z. B. auch Mannheim als großes Projekt entwickelt werden.

Jetzt gilt eine ganz andere Philosophie, nämlich der Ansatz, dass Stärken gestärkt werden sollen, während damals die Programme eher Instrumente waren, um Schwächen einer Region auszugleichen.

Wenn dem so ist, wenn die Stärken in den Vordergrund gestellt werden, ist es völlig logisch, dass Baden-Württemberg mehr daran partizipieren muss, als es vorher der Fall gewesen ist.

Vor diesem Hintergrund drängt sich aber die Frage auf: Wenn wir hier wirklich die Stärken zu stärken haben, warum sind dann 94 % der EFRE-Mittel nicht nach Baden-Württemberg geflossen, sondern in andere Teile Deutschlands?

Ich freue mich, dass uns die neue Förderstruktur tatsächlich etwas bringen kann. Es zeigt sich aber auch, dass die Landesregierung seither einen Riesenpopanz aufgeführt hat, indem sie argumentiert, dass die Bundeskanzlerin schlecht verhandelt hätte. Das kann ja wohl nicht der Fall sein, wenn mehr EFRE-Mittel als zuvor nach Deutschland geflossen sind.

(Beifall bei der CDU)

Herr Murschel, über eine solche Ehrlichkeit würden wir uns auch freuen. Wir würden uns freuen, wenn auch dazu von Ihnen einmal ein Satz käme.

(Beifall bei der CDU – Abg. Claus Schmiedel SPD: Frau Merkel hat doch erzählt, dass insgesamt weniger kommt! – Zuruf des Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE)

Nun fragen sich natürlich die Menschen im Land: Wofür werden diese zusätzlichen Gelder verwendet? Dabei ist heute eine der zentralen Fragen noch nicht beantwortet worden: Wird es Grün-Rot auch tatsächlich schaffen, die Kofinanzierung des Landes in den Doppelhaushalt einzustellen?

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Natürlich!)

Sie sind mit dem Anspruch angetreten – daran möchte ich Sie erinnern –, dass Sie keinen Euro aus Brüssel ausschlagen werden. Wir werden natürlich ganz streng darauf achten, ob Sie hier genügend Landesgelder in den Haushalt einstellen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, viele Fragezeichen bleiben bezüglich der inhaltlichen Umsetzung des EFRE, beim Operationellen Programm. Auch wenn die thematischen Schwerpunkte aus dem Menü der EU genommen wurden, müssen wir uns die Frage stellen, ob die Prioritäten den Bedürfnissen unseres Landes entsprechen und ob am Ende ein Mehrwert für unser Land besteht. Ein Lob der EU-Kommission allein ist noch keine ausreichende Antwort auf all diese Fragen.

Die Landesregierung hat auch in diesem Programm die Energiewende zum Schwerpunkt gemacht. Die Erfolge sind nicht nur nach Einschätzung meiner zuständigen Kollegen – ich erinnere mich an den letzten Redebeitrag von Herrn Nemeth –

eher dürftig. Dem Herrn Umweltminister ist da noch nicht so viel gelungen. Und nun sollen da auch noch diese EFRE-Mittel hineinfließen. Die Mittel sollen u. a. in neue Netzwerke zur Unterstützung und Information von Unternehmen und Verbrauchern fließen. Leute, das ist ganz einfach zu wenig! Wir brauchen nicht mehr Information, sondern wir brauchen konkrete Projekte und konkrete Maßnahmen. Dafür, dass die Energiewende stattfindet, brauchen wir keine neue Informationskampagne mehr. Seit drei Jahren sind wir mittendrin.

Dann haben Sie, Herr Murschel, angesprochen, dass der ländliche Raum daran partizipiere. Das halten wir, die CDU, für eine schiere Selbstverständlichkeit. Schauen Sie sich unser Land an. Sie haben es gerade gesagt: Unser Land ist in den ländlichen Räumen vorbildlich entwickelt. Das bleibt nicht so. Die demografische Entwicklung fordert uns heraus. Deswegen ist es auch wichtig, dass hier zusätzliche Gelder hineinfließen.

Nur, die Stellungnahme der Landesregierung wirkt an dieser Stelle sehr bemüht. Da wird nämlich beim EFRE der ländliche Raum ausgeblendet. Bei den anderen Mitteln ist das selbstverständlich nicht der Fall. Der Wettbewerb RegioWIN – ich war bei der Vorstellung der ersten Auswahlrunde dabei – richtet sich an sogenannte funktionale Räume, womit wohl u. a. auch Stadt-Umland-Beziehungen zu verstehen sind. Das ist für mich nicht der ländliche Raum.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Natürlich! In jedem ländlichen Raum gibt es auch eine Stadt! – Abg. Peter Hofelich SPD: Alles!)

Bei diesem Verfahren müssen die Beteiligten erhebliche Vorleistungen erbringen, und als eine Vertreterin der Region Heilbronn, die nicht zum Zuge gekommen ist, habe ich schon verstehen können, dass sehr viel Enttäuschung dabei ist, wenn es am Ende heißt: Außer Spesen nichts gewesen.

Zudem fällt auf, dass die in der ersten Runde ausgewählten Regionen relativ große Einheiten umfassen, etwa die Metropolregion Rhein-Neckar – kein ländlicher Raum – und die Region Stuttgart. Deswegen sollte man da schon ein bisschen zurückhaltender sein, wenn man hier das Wort vom ländlichen Raum im Munde führt.

Bezeichnend ist ein Zweites, nämlich dass trotz der starken Steigerung, die Sie beim EFRE für den ländlichen Raum angeführt haben, im MLR eigentlich gerade einmal 3,3 Millionen € mehr zur Verfügung stehen. Bei dieser überschaubaren Summe braucht man die Backen nicht so aufzublasen.

Ja, sehr geehrte Damen und Herren, es gibt keine speziellen Förderansätze für die ländlichen Räume. Hier ist die Stellungnahme der Landesregierung unfreiwillig eindeutig. Das kann man dieser Stellungnahme entnehmen. Übersetzt heißt das: Der ländliche Raum bekommt nur Geld, wenn er sich den Vorgaben aus Stuttgart beugt.

Ein Blick nach Bayern zeigt, dass es auch anders gehen kann. Dort soll die EFRE-Förderung Chancengerechtigkeit in allen bayerischen Regionen gewährleisten und den Menschen vergleichbare Startchancen und Entwicklungsmöglichkeiten geben. Da lohnt ein Blick in das Nachbarbundesland.

(Friedlinde Gurr-Hirsch)

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Am ländlichen Raum in Bayern ein Beispiel nehmen? Das ist doch lächerlich! – Gegenruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Herr Kollege Schmiedel, Sie wissen doch gar nicht, von was Sie reden!)

– Nein, Sie haben nicht richtig zugehört, Herr Schmiedel. Wir reden von diesem Programm und nicht von der bisherigen Politik, die in Baden-Württemberg 58 Jahre lang die CDU verantwortet hat.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Das Wort für die SPD-Fraktion erteile ich Frau Abg. Haller-Haid.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Vom ländlichen Raum, aus Tübingen!)

Abg. Rita Haller-Haid SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Erlauben Sie mir zunächst eine Bemerkung zu Ihnen, Frau Gurr-Hirsch. Ich glaube, es tut uns allen gut, wenn wir gerade vor einer Europawahl gute Nachrichten verbreiten. Dass 100 Millionen € mehr Fördermittel als in der vergangenen Förderperiode zur Verfügung stehen, ist eine richtig gute Nachricht.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das habe ich doch begrüßt! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das begrüßen wir alle!)

Ich denke, das sollte man nicht gleich relativieren und nach unten ziehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen
– Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das begrüßen wir doch!)

Aber Geld allein ist nicht alles. Zur neuen Förderperiode wurde auch inhaltlich sehr viel verändert. Vor allem muss jetzt jede Region darüber nachdenken, was dort gebraucht wird, und eine Innovationsstrategie entwickeln. Ich glaube, das tut den Regionen insgesamt sehr gut, weil damit die unterschiedlichsten Akteure, die sonst vielleicht gar nicht zusammenfinden würden, an einen Tisch kommen, von den Hochschulen über die IHKs bis zur Wirtschaftsförderung und vielen weiteren Akteuren.

Ich habe bei uns in der Region erlebt – dort sind jetzt im Übrigen Projekte prämiert worden –, was alles dabei herauskommt. Selbst wenn kein Leuchtturmprojekt herauskommt, hat sich dieser Prozess allein als solcher schon gelohnt. Es ist eine richtig gute Sache, wenn Regionen innovative Strategien entwickeln.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Vor allem tut es der Identität einer Region, die sehr häufig unterentwickelt ist – auch im ländlichen Raum, Frau Gurr-Hirsch –,

(Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Was? Wir sind hier unterentwickelt?)

gut, wenn sich alle an einen Tisch setzen und einmal überlegen, was sie letzten Endes brauchen. Ich bin der Landesregierung

sehr dankbar, dass dieser Prozess vor allem durch RegioWIN angestoßen worden ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Aber nun kommt es natürlich darauf an, dass solche Strategien nicht allein auf dem Papier stehen, sondern tatsächlich umgesetzt werden. Deshalb ist es auch wichtig, dass die Kommission in Brüssel einen solchen Prozess aktiv begleitet. Das Land kann sich da durchaus mit seiner Expertise einbringen.

Wir haben da schon gute Erfahrungen in anderem Zusammenhang gesammelt, etwa bei den transnationalen Projekten, also bei INTERREG, um ein Beispiel zu nennen. Beispielsweise werden in Zusammenarbeit mit der IHK Schwarzwald-Baar-Heuberg die KMUs im Alpenraum gestärkt. Ferner führt die Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz gemeinsame Projekte in den Bereichen Verkehr und Logistik durch. Das sind richtig gute Maßnahmen, die das Land angestoßen hat.

Es gibt also nicht nur mehr Geld, sondern es hat sich auch viel verändert. Sie haben recht – da stimme ich Ihnen zu –: Wenn es darum geht, Stärken zu stärken, hat Baden-Württemberg in der Tat eine ganze Menge zu bieten. Die Schwerpunkte Innovation und Klimaschutz wurden genannt. Zwei Drittel der Mittel fließen in Innovation, in Forschung und ähnliche Bereiche, und das vor allem konzentriert auf den ländlichen Raum. Wer da sagt, Grün-Rot mache nichts für den ländlichen Raum, der liegt wirklich grottenfalsch; das will ich einmal sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen
– Zuruf des Abg. Dr. Patrick Rapp CDU)

Die Wettbewerbe RegioWIN und „Spitze auf dem Land!“ sind hierfür die richtigen Ansätze, durch die gerade die Stellung von kleinen und mittleren Unternehmen gestärkt wird und ganz viel geleistet wird, um Arbeitsplätze zu schaffen. Genau das brauchen wir im ländlichen Raum, um junge Leute, die gut ausgebildet sind, im ländlichen Raum zu halten. Wenn es die Möglichkeit gibt, Mittel von bis zu 400 000 € zu bekommen – das können Betriebe beantragen –, dann ist das eine richtig gute Sache.

(Zuruf des Abg. Dr. Patrick Rapp CDU)

Diese Möglichkeit wird hier auch genutzt, wenn ich auch zugeben muss, dass man hier natürlich auch noch einiges verbessern kann, was Anträge angeht.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Raufelder GRÜNE)

Das ist nach wie vor mit viel Bürokratie verbunden. Ich würde mir wünschen, dass man da noch ein Stück weit vorankommt und auch die Beratung in den Regierungspräsidien noch verbessert. Was sich ganz viele Betriebe, aber auch die Kommunen nach wie vor wünschen, ist eine Art Gesamtüberblick darüber, welche Fördermöglichkeiten es auf europäischer Ebene, auf Bundesebene und auf Landesebene gibt, eine Zusammenfassung in einer Art Wegweiser, wodurch die Betriebe und Kommunen noch stärker unterstützt werden.

Ich will noch eine zweite kritische Anmerkung machen: Ich denke, auch die Rolle der Kommunen in der Jury selbst kann

(Rita Haller-Haid)

man durchaus noch aufwerten und stärken. Das wäre sicher auch ein richtiger und wichtiger Schritt.

Insgesamt sind wir aber, was die Stärkung und Entwicklung des ländlichen Raums gerade durch solche Projekte wie RegioWIN angeht, einen ganz entscheidenden Schritt vorangekommen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Das Wort für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Dr. Bullinger.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, werde Kolleginnen und Kollegen! Die Landesregierung beabsichtigt, die angesprochenen Mittel nach folgendem Schlüssel auf die Ressorts zu verteilen: MFW 40 %, MWK 20 %, UM 20 %, MLR 20 %. Aus meiner Erfahrung als Amtschef des Wirtschaftsministeriums und als Fachpolitiker, der die Agrarpolitik schon sehr lange begleitet und Mitglied im Wissenschaftsausschuss ist, frage ich mich natürlich grundsätzlich, ob es sinnvoll ist, diese Aufteilung so vorzunehmen, oder ob es nicht sinnvoller wäre, dies verstärkt als Gemeinschaftsaufgabe zu sehen. Denn im ländlichen Raum kommen – auch bei diesen Projekten – sehr viele Aspekte zusammen, die nur über die regionale Wirtschaftsförderung, über die Forschungsförderung, über die Anreize, auch regionale Partner bei den Betrieben einzubringen, abgedeckt werden. Meines Erachtens sollte man daher in der Landesregierung noch einmal darüber nachdenken, ob man diese Aufteilung so belassen soll.

Ein anderer Punkt ist das Ziel, die Stärken zu stärken. Wir hatten vor zehn, 15 Jahren die Clusterinitiative in die Wege geleitet. Diese bedeutet ja nichts anderes, als die Stärken zu stärken. Das ist schon der richtige Weg, auch hinsichtlich der Ökonomie der eingesetzten Mittel. Denn wenn man die Stärken stärkt, wird die eingesetzte Summe am besten und effektivsten verwendet, weil man dann wichtige Aktivitäten veredeln kann, beispielsweise durch wissenschaftliche Begleitung oder – das geschieht vor allem im Innovationsbereich – durch Umsetzung der praxisnahen Forschung.

Ich habe mich an Ostern etwas in Oberschwaben umgeschaut. Dabei habe ich mir auch einmal angeschaut, was an der Hochschule für angewandte Wissenschaften – der früheren Fachhochschule – in Biberach läuft, beispielsweise im Bereich der Biotechnologie. Das ist ein typisches Beispiel für ein Cluster im ländlichen Raum. Ein anderes Beispiel ist das Cluster für Verpackung- und Abfülltechnologie in meinem Heimatlandkreis. Wenn man sieht, was dort geschieht, erkennt man, dass es richtig ist, die zusätzlichen Mittel, die wir jetzt bekommen, entsprechend einzusetzen.

Ich könnte mir sehr wohl vorstellen, dass man die Mittel im MWK und im MLR um 10 % erhöht, aber selbstverständlich den Sachverstand des „Restwirtschaftsministeriums“ – es gibt ja kein eigenständiges Wirtschaftsministerium mehr – heranzieht. Ich glaube, das wäre der richtige Weg. Wir sollten hier die stärkere Konzentration und Schwerpunktsetzung nutzen.

Die Landesregierung – da stimme ich ihr ausdrücklich zu – legt Wert auf Forschung, technologische Entwicklung und In-

novation. Wenn man sich die Zahlen anschaut, so gibt es, wenn ich es richtig im Kopf habe, bei den Patentanmeldungen eher eine rückläufige Entwicklung. Beim ehemaligen Landesgewerbeamt gab und gibt es die Annahmestelle für die deutschen und europäischen Patente. Übrigens: 50 % aller Patentanmeldungen, die nicht in München stattfinden, finden hier in Stuttgart statt. Da ist es wichtig, dass man diese Innovationen in Produkte umsetzt. Dazu brauchen wir, glaube ich, die Begleitmusik, die uns EFRE bietet.

Der zweite Schwerpunkt ist die Verringerung der CO₂-Emissionen. Da habe ich schon ein bisschen Zweifel. Denn mir kommt es ein bisschen schwammig und ein bisschen zu weit gefasst vor. Da besteht meines Erachtens die Gefahr, dass man hier vielleicht in Richtung Schauprojekte das Geld eher für Pressemitteilungen verplempert, meine Damen und Herren.

Es wäre mir lieber, man würde gezielt investieren, beispielsweise in eine stärkere Förderung der Blockheizkraftwerke; das beträfe auch wieder Wissenschaft, Umwelt, MLR, beispielsweise Kraft-Wärme-Kopplung oder Speicherung grundlastfähiger Biogastechnologie. Das wäre etwas, wo sich der Energieminister mit Ihnen, Herr Bonde, und vielleicht auch mit den Vertretern der angewandten Forschung im Rest-WM verbinden sollte. Ich glaube, das sind Bereiche, wo man dieses Geld sinnvoll als zweiten Schwerpunkt einsetzen kann. Mir wäre es lieber, den Fokus auf die Energieeffizienz zu richten und nicht – so allgemein und bla, bla – auf das Thema CO₂-Emissionen. Das wäre der richtige Weg.

Für beide gilt es, die entsprechenden Landesmittel bereitzustellen. Das heißt für mich, im nächsten Doppelhaushalt auf alle Fälle Kofinanzierungsmittel vorzusehen. Wir haben es gerade gehört: Wir sind da eher an der Untergrenze, weil wir noch zu den vermögenden Ländern gehören. Deshalb wäre es wichtig, dass man dies auf alle Fälle im Doppelhaushalt hat. Das erwarte ich; denn es darf nicht passieren, dass man Mittel von der EU aus irgendwelchen Gründen – wie im Verkehrsbereich – nicht abrufen kann. Das wäre wirklich eine zweite Sünde, die Sie begehen würden.

Meine Damen und Herren, ein weiterer Appell an dieser Stelle: Die Umsetzung soll über die L-Bank erfolgen. Da ist es für mich wichtig, praktikable Spielregeln zu machen, und zwar selbstverständlich klare Regeln, schlanke Umsetzung, und nicht draufsatteln und Sonderbürokratismus aufbauen. Natürlich muss man die Vorgaben der EU einhalten. Aber wir haben die Neigung, immer noch etwas draufzusatteln, es komplizierter zu machen und viele damit zu beschäftigen. Ich glaube, darauf sollten wir gerade am Anfang noch schauen.

Meine Damen und Herren, wie gesagt, es ist eine Riesenchance, die es vor allem in der Hochschullandschaft – bei den Hochschulen für angewandte Wissenschaften, sprich Fachhochschulen, oder durchaus auch bei den Forschungsinstituten, die industrie- und produktionsnah forschen – umzusetzen gilt. Ich glaube, wir sollten es anpacken und bei der Verteilung der Mittel in dem Sinn, wie ich es gesagt habe, noch einmal darüber sprechen, was man im Detail macht.

Metropolregion heißt für mich nicht nur Mannheim oder Stuttgart. Metropolregion heißt für mich Baden-Württemberg als Ganzes. Da haben wir sehr viele Clusterinitiativen, bei denen

(Dr. Friedrich Bullinger)

man dieses Programm meines Erachtens in den nächsten sieben Jahren sinnvoll einsetzen kann.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Bonde das Wort.

(Unruhe)

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Alexander Bonde: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz als Verwaltungsbehörde für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung hat für Baden-Württemberg das Operationelle Programm für die Förderperiode 2014 bis 2020 am 18. März dieses Jahres der EU-Kommission zur Genehmigung übermittelt. Es liegt jetzt in Brüssel zur Prüfung und zur Genehmigung.

Eine Reihe von guten Nachrichten in diesem Zusammenhang: Baden-Württemberg steht von 2014 bis 2020 mit 246 Millionen € deutlich mehr Geld zur Verfügung. In der vergangenen Förderperiode waren es 143 Millionen €. Es ist nicht so, dass Deutschland insgesamt mehr Geld bekommen hat, sondern hier gab es über den europäischen Haushaltsprozess auch Einbußen für Deutschland. Dass es gelungen ist, in der innerdeutschen Verteilung für Baden-Württemberg deutlich mehr zu erreichen, ist ein Erfolg, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Die Mittel gehen in verschiedene Förderbereiche. Die vier Fachministerien, das Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz, das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft, das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst und das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft, arbeiten hier sehr eng zusammen, zum Teil mit gemeinsam durchgeführten EFRE-finanzierten Programmen, auch mit weniger Förderrichtlinien und einer klareren Konzentration auf Ziele.

Sehr geehrte Frau Abg. Gurr-Hirsch, Sie haben ins Zentrum Ihrer Rede den Ansatz gestellt, jeden Euro aus Brüssel, der verfügbar ist, zu verwenden. Das ist richtig, dazu stehen wir. Wenn man den Euro aus Brüssel will, dann muss man sich aber auch an die Regeln halten.

Ein Punkt, den uns Brüssel mitgegeben hat, ist beispielsweise, dass Brüssel mehr Wettbewerb um die Mittel will. Deshalb ist RegioWIN auch ein echter Wettbewerb um die besten Ideen. Hier muss man in Vorleistung treten. Es kommt auch nicht jeder zum Zuge, aber das ist die Schattenseite des Wettbewerbsgedankens. Insofern wundert es mich, wenn Sie, die CDU, sich hier so wettbewerbsfeindlich äußern, wie Sie es getan haben.

Die EU will mehr auf Innovation setzen. Das drücken wir in dem Programm aus. Die EU verpflichtet übrigens alle – auch das erfüllen wir –, hier mindestens 20 % der Mittel für Programme der CO₂-Minderung in der Wirtschaft einzusetzen. Insofern haben wir hier mit dem vorliegenden Operationellen

Programm, welches eingereicht ist, jedoch auch im Internet schon für alle transparent zur Verfügung steht, genau diese Impulse aufgegriffen.

Auch der ländliche Raum profitiert massiv, und zwar nicht nur über die Mittel, die mehr für das Ministerium Ländlicher Raum zur Verfügung stehen, sondern insgesamt über den zusätzlichen Aufwuchs. Wenn ich mir die Rolle der Hochschulen für angewandte Wissenschaften im ländlichen Raum in der Wirtschaftsstruktur des ländlichen Raums, aber auch die Bedeutung der Cluster, die schon angesprochen worden sind, vorstelle, dann wird ersichtlich, dass gerade der ländliche Raum von der Verstärkung der Mittel in meinem Ministerium, aber auch in den drei anderen Ministerien massiv profitiert.

Unser Programm steht unter dem Motto „Innovation und Energiewende“. Die Projekte, die aus europäischer Innovations- und Regionalförderung gefördert werden, müssen Vorbildfunktion haben, sie müssen hoch innovativ sein, sie müssen dazu beitragen, Herausforderungen wie die Energiewende, die ressourcenschonende Wirtschaft voranzubringen. Das passt natürlich für uns, die wir das Ziel einer ökologischen Innovation bei gleichzeitigem ökonomischen Profit für unser Land verfolgen, hervorragend.

Im Mittelpunkt des Programms stehen Forschung und Innovation, konkrete Forschungsförderung, Forschungsinfrastruktur – auch und gerade im ländlichen Raum. Forschung im EFRE ist nicht Selbstzweck, sondern bedeutende Unterstützung der Wirtschaft im globalen Wettbewerb. Das bedeutet Unterstützung der Wirtschaft bei innovativen Technologien, bei der Energiewende und anderen zentralen Zukunftsfragen – wichtig für ein wirtschaftsstarkes Land mit hohem Exportanteil wie das unsere.

Baden-Württemberg ist für seine hochmodernen, soliden und zukunftsfähigen Produkte und Dienstleistungen bekannt. Es ist ein Hightechstandort, ein Standort mit viel Know-how und Innovationspotenzial. Auf dieser Qualität beruht unsere Exportstärke. Das wollen wir erhalten, und das neue EFRE-Programm leistet dazu einen Beitrag.

Es ist notwendig, den Technologie- und Wissenstransfer zu stärken. Wir organisieren mit diesem Operationellen Programm den Ausbau von sogenannten Innovationszentren, das heißt Einrichtungen an Hochschulen, die sich unmittelbar an die Unternehmen richten. Wir stellen Vermittler des Technologietransfers, also spezielle Einrichtungen, um Forschung und Unternehmen zusammenzubringen. Geplant sind Forschungsverbundprojekte von Hochschulen und Unternehmen.

Wir wollen die Cluster professionalisieren, vergleichbare Branchen in der Region oder Unternehmen einer Produktionskette in direkten Kontakt miteinander bringen, um mit Dienstleistungen und Forschungseinrichtungen neue Methoden und Verfahren auszutauschen.

Gerade die Förderung von Ausgründungen aus Hochschulen und Forschungseinrichtungen sowie aus bestehenden Unternehmen ist eine wichtige Aufgabe. Gründer machen neues Wissen und neue Produkte nutzbar. Sie verjüngen die Unternehmenslandschaft. Unternehmensneugründungen bringen Innovation und neue Anstöße. Vielfach ist es notwendig, den

(Minister Alexander Bonde)

Neugrüdern ein passendes Umfeld in Start-up-Acceleratoren oder Business Development Centern zu bieten. Wir begleiten die Neugründungen professionell, um mehr und erfolgreiche Gründungen gerade im Hightechsektor zu erreichen.

Wir wollen aber nicht nur die neuen Unternehmen im Blick haben, sondern auch die bestehenden sollen von Impulsen profitieren. Gerade zur Stärkung der kleinen und mittleren Unternehmen im ländlichen Raum haben wir mit dem neuen Programm „Spitze auf dem Land!“ eine gezielte Förderung für Unternehmen mit der Kapazität zur Technologieführerschaft in ihrem Bereich. Das macht deutlich, dass wir unsere Aufgabe ernst nehmen, mit einer aktiven Strukturpolitik Wirtschaft im ländlichen Raum zu unterstützen, und hier auch mit den Chancen der ökologischen Modernisierung, der ökologischen Innovation unser Land voranbringen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Gleichzeitig wollen wir Unternehmen motivieren, in der Zusammenarbeit mit unseren Hochschulen und Forschungseinrichtungen stärker den Ring zu schließen, der mit Forschung und Entwicklung beginnt und der der Entwicklung und Vermarktung von Produkten, aber auch den Bedürfnissen der Unternehmen in Hochschulen und Forschungseinrichtungen hilft.

Das EFRE-Programm trägt auch zur Energiewende bei; denn bei der Energiewende geht es neben der Erzeugung erneuerbarer Energien auch um Energieeinsparung, um Energieeffizienz. Mit gezielten Programmen, mit denen ein Beitrag zu Forschung und Innovation geleistet wird, stärken wir unseren Technologie- und Unternehmensstandort gerade in den Bereichen Einsparung und Effizienz.

Ergänzt werden die Maßnahmen durch die konkrete Förderung zur Energieeinsparung in Unternehmen und Kommunen. Auch die Förderung und bessere Beratung von Firmen und Privatpersonen kommt hier unserem Land zugute. Aber gerade auch bei den Investitionen in Kommunen, die sich in Bezug auf ein Klimaschutzkonzept mit einem Bündel von Maßnahmen weiterentwickeln, geht es um zentrale Fragen, bei denen wir froh sind, dass wir gemeinsam mit Brüssel wichtige Impulse geben können.

Das gemeinsame Projekt von drei Ministerien, RegioWIN, ist bereits angesprochen worden. Hier arbeiten drei Ressorts gemeinsam an einem Wettbewerb mit Partnern aus der Wirtschaft, Wissenschaft, Gesellschaft und Umwelt. Damit kommt EFRE auch direkt unten an. Der Wettbewerb hat mit einem Aufruf begonnen. Er hat in der Fläche unseres Landes breite Resonanz gefunden. Elf Regionen sind jetzt dabei, ihre Konzepte zu vertiefen. Auch in den drei Regionen, die nicht zum Zuge gekommen sind, arbeitet man an den Ideen weiter. Daran sieht man, dass aus dem Wettbewerbsgedanken der Regionalentwicklung, aus einer Entwicklung, die von unten heraus regionale Innovationsentwicklung vorantreibt, schon ein wichtiger Impuls ausgegangen ist.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Frey?

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Alexander Bonde: Aber gern.

Abg. Josef Frey GRÜNE: Herr Minister, eine Vorrednerin hat erwähnt, dass sich die Bundeskanzlerin auch für die guten Ergebnisse in Baden-Württemberg und in Deutschland insgesamt, was die Strukturfonds 2014 bis 2020 betrifft, engagiert hätte. Meines Wissens hat sie sich für die Reduktion des mehrjährigen Finanzrahmens eingesetzt. Früher standen 355 Milliarden € für die Strukturfonds zur Verfügung, jetzt sind es 325 Milliarden €. Könnten Sie vielleicht erläutern, wo Sie Bundeskanzlerin Merkel als Unterstützerin für die Erhöhung der Mittel dieser Strukturfonds wahrgenommen haben?

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: So habe ich das nicht gesagt!)

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Alexander Bonde: Herr Abg. Frey, ich muss bestätigen, was in Ihrer Frage angeklungen ist, nämlich dass die Bundesregierung in ihrem Drängen nach einer deutlichen Reduzierung des europäischen Haushalts in den Strukturfonds sowohl bei der regionalen Innovationsförderung als auch im Bereich der Förderung für ländlichen Raum und Agrarstruktur deutliche Reduzierungen erreicht hat.

Ich bin allerdings froh, dass es gelungen ist, trotz der reduzierten Mittel, die Deutschland insgesamt zur Verfügung stehen, mehr für Baden-Württemberg zu erhalten. Insofern ist die Einsparung an den deutschen Mitteln, die die Kanzlerin ausgehandelt hat, nicht zulasten Baden-Württembergs gegangen, sondern zulasten anderer Bundesländer. Ich muss aber bestätigen, dass die Bundesregierung – außer bei der Strukturförderung für die ostdeutschen Länder, wo Frau Dr. Merkel 700 Millionen € an Zusatzzahlungen hat aushandeln können – bei allen Bereichen reduziert hat, insbesondere beim EFRE, über den wir hier diskutieren. Da gab es seitens der Bundeskanzlerin keine Intervention für eine Steigerung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind mit dem EFRE-Programm in Brüssel jetzt hoffentlich auf der Zielgeraden. Wir hoffen auf eine baldige Genehmigung, um loslegen zu können. Die verschiedenen Fördermöglichkeiten beim EFRE sind spannende Chancen für unser Land und für unsere Wirtschaft in der Fläche. Wir glauben, dass wir hier mit mehr Mitteln und einer gut gewählten Schwerpunktsetzung auf Innovation und Energiewende gut aufgestellt sind.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Dr. Murschel das Wort.

Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE: Vielen Dank. – Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte noch einmal kurz zusammenfassen: Auch wenn das Thema EU-Strukturpolitik nicht gerade der politische Renner in den Parlamenten ist, bin ich nichtsdestotrotz recht zuversichtlich, dass wir uns, wenn wir noch etwas an diesem wichtigen Thema arbeiten, annähern werden. Ich habe zumindest keine großen Proteste dazu gehört, dass wir 100 Millionen € mehr zur Verfügung haben und damit deutlich mehr machen können.

(Dr. Bernd Murschel)

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Wir sind nicht bei der Verkehrspolitik! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das kommt darauf an, was Sie daraus machen!)

Ich glaube, es ist auch deutlich geworden, dass die Mittel zwar auf Bundesebene reduziert worden sind, Baden-Württemberg aber durch Umstrukturierungen und gute Verhandlungen ein deutliches Plus verzeichnen kann, was sehr gut ist.

Frau Gurr-Hirsch, hinsichtlich der Kritik, die immer wieder zu vernehmen ist, dass der ländliche Raum zu kurz komme, ist festzustellen: Das EFRE-Programm bezieht sich schwerpunktmäßig auf den ländlichen Raum. So sind 10 Millionen € für die Hochschulen für angewandte Wissenschaften in Aalen, Künzelsau, Weingarten, Biberach vorgesehen. Sie sind Leuchttürme in den ländlichen Räumen.

Bei den Gewinnern von RegioWIN haben Sie gerade die herausgegriffen, die – wie beispielsweise Stuttgart – Ballungsräume sind. Genauso sind hier aber auch der Ostalbkreis, der Bodenseekreis, der Schwarzwald-Baar-Kreis und die Regionen Nordschwarzwald, Neckar-Alb, Konstanz, Sigmaringen – alles ländliche Räume – zu nennen. Wir stehen also für den ländlichen Raum. Das machen wir mit dem EFRE, auch mit Ihrer Unterstützung. Wenn wir das gemeinsam hinbekommen, dann müssen wir die Debatte über eine Kofinanzierung überhaupt nicht führen, weil jeder Euro, der hier investiert wird, ein gut angelegter Euro für die ländlichen Räume und für Baden-Württemberg ist.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Damit kommen wir zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags Drucksache 15/4027. Der Antrag ist ein reiner Berichtsantrag und kann für erledigt erklärt werden. – Sie stimmen zu.

Damit ist Punkt 7 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz – Weiterentwicklung des Bibermanagements in Baden-Württemberg und Einrichtung eines Biberfonds – Drucksache 15/4253 (Geänderte Fassung)

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Das Wort zur Begründung erteile ich Herrn Abg. Burger von der CDU-Fraktion.

(Unruhe)

Abg. Klaus Burger CDU: Sehr verehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst bedanke ich mich bei der Landesregierung für die Stellungnahme zum Antrag. Der Biber ist ein streng geschütztes Tier. 2004 hat man in Ba-

den-Württemberg 350 dieser Tiere gezählt. Mittlerweile schätzt man den Bestand auf 2 500, wie aus der Stellungnahme der Landesregierung hervorgeht. Ich persönlich halte diese Schätzung für deutlich zu niedrig angesetzt, wenn ich an die wöchentlichen Schadensberichte denke, die mich erreichen. Allein im Landkreis Biberach gibt es deutlich mehr als 500 und in Sigmaringen wohl auch um die 500 Tiere.

Eigentlich ist mir der Biber ein ganz sympathischer Geselle. Er lebt in Familiengemeinschaften mit bis zu drei Generationen, ist partnertreu, ist ein reiner Vegetarier,

(Abg. Helmut Walter Rück CDU: Das macht ihn unsympathisch! – Weitere Zurufe)

ist unwahrscheinlich fleißig und beweist beim Bau von seinen Dämmen ein hohes handwerkliches Geschick.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja, fleißig!)

In den Gewässern kann er zu einer höheren Artenvielfalt beitragen. Er baut aber seine Burgen auf Flächen, die ihm nicht gehören.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja, genau! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das kennen wir!)

Er errichtet Dämme, vernässt dadurch hektarweise Flächen von wertvollem Grünland und Ackerland und entzieht dieses Land der landwirtschaftlichen Nutzung.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Dem Landesbauernverband melden!)

Die Fraßschäden sind noch verhältnismäßig gering. Bedeutend höher sind die Schäden durch Überschwemmungen oder an landwirtschaftlichen Maschinen wie z. B. Achsbrüche bei Traktoren und Mähreschern, die in Tunnelgänge einbrechen. Es gibt Fälle wie in Neukirch, wo ein 1 Million m³ großes Regenrückhaltebecken vernässt wurde. Der Hochwasserschutz, mit Steuermitteln errichtet, ist außer Kraft gesetzt, und heute sind Wohnhäuser in Gefahr. Das Gleiche geschieht im Taufach-Fetzach-Moos bei Leutkirch. Durch die Vernässung steht Biberenschutz gegen Menschenschutz.

(Oh-Rufe von der SPD)

Wir kennen Fälle, in denen der Biber kommunale Einrichtungen wie Kläranlage oder Freibad bedroht.

(Zurufe von den Grünen)

Ich frage die Landesregierung: Was erzählen Sie einem Landwirt, der einen Bußgeldbescheid bekommt, weil er mit dem Fällen eines Baumes die Baumsatzung verletzt hat, während in der gleichen Baumreihe, die er gepflanzt hat – 5 m weiter –, ein Biber einen Baum umlegt, was wegen des allgemein gewünschten Daseins des Bibers toleriert wird?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Er erhält auch einen Bußgeldbescheid! – Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Ich frage die Landesregierung: Was sagen Sie den Kindern in Ulm, die man aus großen Teilen des Stadtparks vertrieben hat,

(Klaus Burger)

weil dort der Biber Einzug hält und es zu gefährlich ist, wenn dort Kinder spielen?

Was sagen Sie den Fischereiverbänden mit über 55 000 Mitgliedern, die auf den Biber nicht mehr so gut zu sprechen sind, weil er Schäden in der Deichwirtschaft anrichtet, Bäche und Flüsse verschlammt und für einen extrem hohen Bodeneintrag verantwortlich ist?

Oder was sagen Sie dazu, was an der Lone bei Halzhausen geschehen ist? Dort hat der Biber durch den Bau von Dämmen das Druckpotenzial des Wassers erhöht. Dadurch ist der Bach im Karstgebiet, die Lone, ab dem Lonensee trockengefallen. Dort sind übrigens nicht nur sämtliche Wassertiere verendet, sondern auch Fischarten wie z. B. die Groppe, welche im Anhang II der FFH-Richtlinie den gleichen Schutzstatus genießt wie der Biber.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Was machen Sie mit dem Biber?)

Oder was sagen Sie dazu, dass in Ansbach bei Illmensee in einer ähnlichen Situation die Zahl der Bachmuscheln stark dezimiert wurde?

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Was machen Sie mit dem Biber? Was schlagen Sie vor?)

Solche Zielkonflikte, Herr Minister Bonde, müssen Sie als verantwortlicher Minister erkennen und lösen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

Sicher, der Biber genießt einen hohen Schutz. Aber derselbe Schutz gilt auch in Bayern. Doch dort geht man mit der Situation anders um.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wie?)

Es gibt ein weitaus umfangreicheres Bibermanagement. Die kommunalen Biberbeauftragten

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wer hat die gewählt?)

haben diverse Mittel zur Prävention. Es gibt einen Biberfonds, mit dem nicht nur Vorsorge getroffen wird, sondern auch Fraßschädenwiederherstellungskosten, Schäden an Flächen und Maschinen ausgeglichen werden. Bayern sieht allerdings auch, wenn es nicht anders geht, als letzte Maßnahme vor, dass der Biberbeauftragte, welcher zugleich meist Jäger ist, mit dem Mittel des Zugriffs agieren darf.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sehr gut! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Was heißt das? – Abg. Claus Schmiedel SPD: Was ist das für ein Zugriff?)

– Er gebraucht das Gewehr.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Er schießt! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Er schießt den Biber tot!)

Er schießt.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sagen Sie es doch!)

In der Stellungnahme der Landesregierung zu den Forderungen der CDU nach der Verbesserung des Bibermanagements

und der Einrichtung eines Biberfonds in Baden-Württemberg kam eine bescheidene Antwort: Der Biber sei in Bayern von den Menschen wieder eingesetzt, in Baden-Württemberg dagegen zugewandert,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So wie die Wölfe!)

und deswegen gebe es hier keinen Ausgleich.

Auch der Verweis auf die Sozialpflichtigkeit des Eigentums ist – mit Verlaub – schon etwas billig. Wenn unsere Gesellschaft den Biber will, dann soll es so sein. Aber dann müssen wir auch konsequent sein und dürfen den Umgang mit den Schäden nicht nur an die Landwirte und Fischer delegieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Um es klar zu sagen: Der Biber ist auch in Baden-Württemberg willkommen.

(Zuruf von den Grünen: Willkommenskultur!)

Er gehört in unser Ökosystem,

(Beifall des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

aber nicht an jeder Stelle und nicht an jedem beliebigen Ort.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Genau!)

Die Landesregierung muss sich wieder bewusst machen: Der Mensch muss im Mittelpunkt unseres politischen Handelns stehen. Wir müssen uns unserer Verantwortung stellen und dürfen die Geschädigten nicht einseitig mit Kosten und Verlusten alleinlassen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion GRÜNE spricht Herr Abg. Dr. Rösler – mit seinem Kumpel.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE stellt einen ausgestopften Biber auf das Rednerpult. – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Ogottogott! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Schon allein das ist eine Straftat: Besitz eines Bibers!)

Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Das ist keine Straftat. Der passt da gut drauf.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das ist doch eine Bisamratte! Das ist doch kein Biber! – Abg. Volker Schebesta CDU: Aber jetzt kein Bauchredner! – Heiterkeit)

Sehr geehrte Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Dies ist ein Biber – Castor fiber – vom Naturkundemuseum Schloss Rosenstein hier in Stuttgart.

Der Antrag der CDU zielt im Kern – –

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Kollege Dr. Rösler, wir haben den putzigen Kollegen Biber zur Kenntnis genommen. Bitte stellen Sie ihn jetzt zur Seite, und wenn Sie über ihn etwas sagen, lupfen Sie ihn in die Höhe.

Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Da fällt er herunter. Er steht da doch gut, Frau Präsidentin.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Alles Redezeit!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Stellen Sie ihn weg!

Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Wohin denn? Hierher?

(Der Redner versucht, den ausgestopften Biber ganz links am Rednerpult zu platzieren.)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Wenn Sie etwas zum Biber sagen, wird der Biber in die Höhe gehalten.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Das zeigt doch, dass Bibermanagement notwendig ist! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Aber an diesem Viech frisst man sich hungrig!)

Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Also gut.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Der Biber muss da weg!)

Um zum Kern des Antrags – –

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Wer ist denn das neben dem Biber? – Heiterkeit bei der CDU)

Um zum Kern des Antrags der CDU zu kommen: Er zielt auf das Verhältnis zwischen Mensch – –

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Kollege Dr. Rösler, bitte stellen Sie den Biber auf den Boden!

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Soll ich ihn solange hüten?)

Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Ja, genau, das ist gut. Ich bringe ihn dem Kollegen Röhm.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Er riecht aber nach Mottenpulver!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Ja, Kollege Röhm soll ihn hüten.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE bringt den ausgestopften Biber zu Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU. – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Danke schön! – Zuruf von den Grünen: Aber nicht mitnehmen! – Zuruf von der CDU: Jetzt bekommst du ihn nicht mehr! Jetzt ist es der CDU-Biber!)

Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Ich hatte doch die Präsidentin vorher extra gefragt.

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Volker Schebesta CDU: Redezeitende! – Weitere Zurufe)

Zum Kern der Debatte: Es geht um das Verhältnis zwischen Mensch und Natur – darauf hat mein Vorredner, Kollege Burger, besonders abgehoben – und die Frage, wie der Mensch damit umgeht, wenn in der Natur Dinge ablaufen, die uns manchmal gefallen, aber manchmal auch nicht. Der Biber und damit auch dieser Biber steht symbolhaft für die Frage des Mensch-Natur-Verhältnisses, für die Frage: Wollen wir in die Natur eingreifen und, wenn ja, wie und mit welchen Folgen wollen wir eingreifen?

Wir haben den Biber ausgerottet. Die Menschen haben den Biber in Bayern, in der Schweiz, in Hessen, im Saarland wieder angesiedelt. Das zeigt überdeutlich, dass sich das Verhältnis zwischen Mensch und Natur dramatisch verändert hat. Wir erkennen immer mehr: Weniger Eingriffe in die Natur, Kollege Burger, oder zumindest weniger starke Eingriffe in die Natur, in Tierpopulationen sind sinnvoll.

Als direkte Erwiderung sage ich: Ich finde den Biber auch sympathisch. Wenn ich aber den Beschlussteil Ihres Antrags lese, weiß ich, dass der Biber ganz sicher Grün und nicht Schwarz wählen würde.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Aber er fühlt sich wohl bei Herrn Röhm! – Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Beim Eingriff in Populationen – seien es Mäwen, Füchse, Wildschweine oder auch Biber – sehen wir immer wieder das Gleiche: Wenn falsch eingegriffen, falsch agiert wird, kann das sogar zu einer Vermehrung der Bestände beitragen, beispielsweise wenn Dämme zerstört werden, was zum Teil leider noch von Leuten, die sich nicht auskennen, gemacht wird.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Das Land hat hier vorbildlich agiert. Wir haben das bestehende gute Bibermanagement – das wir übrigens von der Vorgängerregierung mit einem Minister Hauk übernommen haben, der auf Anfrage gesagt hat, das Bibermanagement des Landes sei hervorragend –

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das war damals aber eine andere Population!)

noch dadurch gestärkt, dass Natura-2000-Beauftragte in den unteren Naturschutzbehörden für diese FFH-Anhang-Art entsprechend tätig werden können.

Wir müssen uns fragen, wie wir mit dem Verhältnis zu Natur und Landschaft umgehen. Der Biber ist die Tierart, die in Europa die Landschaft am stärksten beeinflusst und am stärksten gestaltet – keine andere Art macht das so –, nicht immer so, wie wir Menschen es wünschen, aber manchmal doch.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Biber schaffen zusätzliche Hochwasserflächen. Der Biber steht symbolhaft für kostenlosen Hochwasserschutz. Biber arbeiten also manchmal sowohl für uns als auch – manchmal, im Einzelfall – gegen die Interessen der Menschen. Das muss uns schon bewusst sein.

Aber es muss uns auch bewusst sein, dass es hier im Land ein gutes Bibermanagement gibt. Wir haben verschiedene Möglichkeiten, hier zu agieren. In den Regierungspräsidien gibt es

(Dr. Markus Rösler)

Biberbeauftragte, und auch in den Landratsämtern gibt es kompetente Personen, die das bearbeiten können. Ferner gibt es – was häufig nicht bekannt ist – auch die Möglichkeit, sehr frühzeitig mit einem Mittel, das ansonsten zum Schutz gegen Schäden durch Rotwild eingesetzt wird – es nennt sich WÖBRA –, Baumstämme so zu schützen, dass sie nicht angefressen werden. Man muss das nur frühzeitig tun.

Man kann auch Bypassregelungen umsetzen. Wenn irgendwo der Wasserstand zu hoch ist,

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

weil bestimmte Bereiche überflutet werden, kann man – wenn man sich mit Biberbeauftragten unterhält, erfährt man das, Kollege Rüeck – Bypassregelungen umsetzen, mit deren Hilfe man den Wasserstand absenkt. Denn wenn man den Damm zerstört, baut der Biber ihn wieder neu auf, und zwar zum Teil stärker und besser als vorher. Das Entscheidende ist, dass nicht der Damm zerstört wird, sondern dass Bypassregelungen umgesetzt werden – in Kooperation mit der Landwirtschaft, was ganz wichtig ist und in vielen Fällen sehr gut funktioniert – und der Wasserspiegel um 10, 30 oder notfalls um 50 cm abgesenkt wird. Darauf reagiert der Biber anders, nämlich nicht mit dem Neubau von Dämmen.

Zum Schluss sei noch darauf hingewiesen, dass es auch möglich ist, Sammeldrainagen anzulegen. Der Landwirt muss also die Drainagen – sie sind alle 50 m oder 100 m angelegt – nicht mehr regelmäßig putzen, was für ihn einen größeren Aufwand bedeutet, sondern man kann Sammeldrainagen anlegen und diese nach 500 m oder einem zu definierenden anderen Abstand in einen Bach oder einen Fluss einmünden lassen. An dieser Stelle kann der Landwirt selbstverständlich das Gelände von Bibern freihalten.

Ich fasse zusammen: Es gibt zahlreiche Möglichkeiten für ein gutes Bibermanagement, das schon vor unserer Zeit begonnen hat und das wir fortführen und intensivieren. Die Vorstellung aber, dass der Biber entweder ins Jagdrecht aufgenommen oder abgeschossen gehöre, hat nichts mit einem guten Verständnis von Ökologie und mit einem guten Naturverständnis zu tun. Das lehnen wir ab.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Egal, wie die Population ist? – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Wir sind der Meinung, dass die Ausnahmeregelungen auf der Basis von § 45 Absatz 7 des Bundesnaturschutzgesetzes ausreichend sind, um die Dinge zu regeln, wo es Probleme gibt. Herr Burger, Sie haben zu Recht angesprochen, dass es Probleme gibt; aber die regeln wir mit einem guten und, sage ich einmal, biberverträglichen Naturschutzmanagement.

(Glocke der Präsidentin)

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Karl Zimmermann CDU: Das Gleiche wie beim Kormoran!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Frau Abg. Rolland.

Abg. Gabi Rolland SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bringe Ihnen keinen ausgestopften Biber mit, sondern eine Zeichnung eines Bibers.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen sowie des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP – Die Rednerin hält eine Zeichnung hoch.)

Diese ist mir auch wichtig; denn darauf ist das wichtigste Erkennungszeichen des Bibers dargestellt: Das ist der Schwanz. Denn ohne dieses Merkmal können normale Menschen wie ich ihn kaum erkennen. Was das größte europäische Nagetier ausmacht, ist vor allem sein Schwanz. Daran wird der Unterschied zu Nutria und Bisam deutlich. Der wunderschöne breite Schwanz ist also ganz wichtig.

(Zurufe der Abg. Karl-Wilhelm Röhm und Volker Schebesta CDU)

Quizfrage an Sie: Seit wann gilt denn der Biber als in Baden-Württemberg ausgestorben? 1828 wurde der letzte Biber am Oberrhein gefangen, 1856 an der Jagst. Sie sehen also: Man hat ihn schon sehr früh sehr stark übernutzt. Es ist gut, dass er wieder zurückgekehrt ist. Wir freuen uns darüber, dass er zurückgekehrt ist. Zwei Drittel der Bevölkerung in Deutschland – das zeigt eine repräsentative Umfrage, die gestern veröffentlicht worden ist – freuen sich darüber, dass der Biber zurückgekehrt ist und Deutschland Biberland geworden ist

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Die sind auch nicht betroffen!)

und dass es, Herr Zimmermann, heute wieder möglich ist, einen Biber in natura zu sehen, sodass man den Kindern dazu keine Werbung von einem Baumarkt oder für eine Zahnpasta zeigen muss, sondern ihnen einen Biber in natura zeigen kann, vielleicht in Ulm Anschauungsunterricht machen kann.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich habe schon ein bisschen den Eindruck gehabt, Herr Kollege Burger, Sie malen uns eine Biberschwemme an die Wand. 2 500 Biber gibt es im Osten und im Süden unseres Landes, und das ist wahrlich nicht viel – im Gegensatz zu Bayern, wo es 15 000 sind. Wir reden also von 2 500 Tieren. Wir freuen uns, wenn sie sich auf den Weg in den Norden und in den Westen machen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Population! – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

– Sie können einfach auch einmal still sein und mir zuhören. Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Ich kann, aber ich will nicht!)

Sie haben über Schäden gesprochen. Diese Schäden gibt es. Das ist wahr. Sie halten sich aber in Grenzen. An dieser Stelle ein großes Dankeschön an die hauptamtlichen und ehrenamtlichen Berater vor Ort in den Landkreisen und in den Stadtkreisen, die diese Beratung machen. Alle wären gut beraten, diese Beratung so früh wie möglich einzufordern und nicht immer erst dann, wenn es zu spät ist.

(Gabi Rolland)

Ich sage Ihnen noch eines: Dass die Landesregierung erkannt hat und wir erkannt haben, wie wichtig das Thema Gewässer auch für den Biber ist, zeigt sich darin, dass wir die Gewässerrandstreifen erweitert haben. Denn genau das ist der Schutz vor potenziellen Schäden, die ein Biber anrichten kann. Daran zeigt sich, dass wir die richtige Politik machen.

(Vereinzelt Beifall)

Der Schutz des Bibers ist wichtig; der Biber ist artenrechtlich geschützt. Problemfälle gibt es; sie sind aber lösbar.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wie?)

Es gibt nur ganz wenige Fälle, die nicht gelöst werden können.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wie sind sie lösbar?)

– Herr Röhm, Sie sollten auch einmal ruhig sein. Das erwarten Sie auch von Ihren Schülerinnen und Schülern. – Auch dann gibt es eine Möglichkeit, auf diesen Konflikt zu reagieren.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Welche Möglichkeiten, bitte?)

Die gibt es heute, und die wird es zukünftig geben.

Fazit – –

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Fazit!

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Schreien Sie doch nicht so! Sie haben ein Mikrofon!)

Fazit: Es gibt überhaupt keine Notwendigkeit, das Bibermanagement zu verändern oder einen Fonds aufzustellen, der Schäden reguliert. Deswegen werden wir Ihren Beschlussanträgen nicht zustimmen.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Drei Anmerkungen am Schluss. Erstens: Der Biber tut unseren Gewässern gut. Nur ein Viertel der Fließgewässer sind naturnah. Der Biber hilft, die Naturnähe zu gestalten, und wird vielleicht auch im Hochwasserschutz weiterhelfen.

Zweitens: Die Population des Bibers reguliert sich ganz natürlich in Abhängigkeit von seinem Lebensraum. Wenn Sie jetzt meinen, auf ihn müsse geschossen werden, geht der Schuss nach hinten los. Denn der Biber ist ein wenig klüger; er ändert dann nämlich sein Verhalten

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Aber nicht, wenn er getroffen worden ist! – Vereinzelt Heiterkeit)

und wird seine Fortpflanzung anregen und damit genau das Gegenteil bewirken. Wir empfehlen Ihnen, in den Fällen, in denen es zu einem nicht lösbaren Konflikt kommt, Lebendfallen aufzustellen, den Biber einzufangen und an einen anderen Ort zu bringen.

(Zuruf: Wohin denn? Zu Ihnen?)

Ich glaube, dieser „Castortransport“ braucht nicht von der Polizei begleitet zu werden, und die Menschen in Baden-Württemberg erwarten den Biber und freuen sich über einen solchen „Castortransport“.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Karl Zimmermann CDU: Von mir bekommen sie noch einen Kormoran dazu!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Dr. Bullinger das Wort.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Der hat einen im Vorgarten! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Wie ist der Biber gesteuert?)

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Noch vor der Redezeitmessung frage ich: Welchem Vordränger gehört dieses Fundstück, dieser Kugelschreiber hier am Rednerpult?

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE holt sich den Kugelschreiber ab.)

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Einlage des Kollegen Rösler war sicherlich eine etwas außergewöhnliche Variante, jedoch müssen wir in diesem Parlament, glaube ich, insgesamt aufpassen. Denn sonst könnte es sein, dass sich jemand, wenn wir einmal über das Waffenrecht sprechen, womöglich mit ganz anderen Exponaten hier vorn hinstellt.

(Beifall der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch und Karl Zimmermann CDU)

Meine Damen und Herren, wir sollten uns immer wieder daran erinnern: Wir sind hier im Parlament und sollten deshalb ein paar Spielregeln einhalten.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Meine Damen und Herren, wir haben es gehört: Zwei Drittel der Deutschen lieben den Biber. Wer sich einmal die Zeit genommen hat, diesen doch etwas scheuen Artgenossen zu beobachten, kann sich ja wirklich von ihm begeistern lassen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Es ist richtig, dass man in Baden-Württemberg von knapp 3 000 Tieren ausgeht. Denn zwischenzeitlich waren sie wieder aktiv. Die Zahl dürfte jetzt bei 3 000 liegen. Das heißt, dass sich die Zahl innerhalb von zehn Jahren verzehnfacht hat. Das Argument, dass es in Bayern wesentlich mehr Biber gibt und man dort vor mehr als 30 Jahren aktiv die Ansiedlung betrieben hat, kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Biber in einigen Regionen vom seltenen Exoten, vom lieblichen Biber zwischenzeitlich zur Plage wurde. Das muss man deutlich sagen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Ich spreche als Vertreter eines Landkreises – auch Kollege Rüeck weiß, was das bedeutet –, in dem Landwirte zu einem kommen und sagen: Der Biber hat alles kaputt gemacht. Er geht jetzt sogar in den Fichtenwald, was er eigentlich gar nicht will, und macht dort Unfug. Das muss man schon sehen. Ent-

(Dr. Friedrich Bullinger)

lang der bayerischen Grenze ist das zwischenzeitlich zum Teil wirklich eine Landplage, und ich sage deutlich: Hier sind Korrektur und Regulierung dringend erforderlich.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Man kommt daran meines Erachtens langfristig nicht vorbei, denn der Biber hat keinen natürlichen Feind, es findet keine Regulierung statt. Deshalb müssen wir auch hier eingreifen. Den Biberfonds halte ich auch für überfällig. Wollen wir dem Biber etwas Gutes tun, müssen wir diesen Biberfonds einrichten, meine Damen und Herren.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Das ist ein Punkt, zu dem man vor allem mit den betroffenen Landwirten sprechen und sich auch einmal die Schäden anschauen sollte. Es ist immer einfach, vom Schlafzimmer oder von der Chaiselongue aus nette Worte zu finden. Bitte gehen Sie einmal hinaus zu den betroffenen Landwirten und den Teichwirten sowie zu denen, die die Gewässer pflegen, und zu den Kommunen und fragen diese, was das unter Umständen bedeuten kann. Nichts gegen den Biber, aber wir müssen das Thema entsprechend angehen.

Tatsache ist: Er hat keinen natürlichen Feind, deshalb kann er sich ungehindert weiter fortpflanzen. Mir ist nicht ganz klar – ich habe das auch gerade den Kollegen Rösler gefragt –, wer der natürliche Feind wäre, denn eigentlich bestehen in einem ökologischen System immer Gleichgewichte, und ich kann mir nicht vorstellen, dass früher die Population in einigen Regionen – –

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Das mit der Gleichgewichtstheorie ist überholt, Herr Kollege!)

– Ja gut. Dann ist der Biber auch überholt, weil dessen Population zu stark ist für die kleine Region, in der er sich herumtreibt.

(Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

Nochmals: Aufklärung und sachliche Beratung der Betroffenen halte ich schon für richtig, aber das ist eben zu wenig. Ich glaube, der Biber selbst hat auch noch nicht begriffen, dass er da vielleicht manchmal viel anrichtet. Auch die billige Ausrede der Landesregierung, dass der Biber, wie gesagt wurde, selbst zugewandert sei und daher – im Unterschied zu Bayern – keine Entschädigungszahlung stattfindet, halte ich für falsch. Es ist eine billige Ausrede. Wir müssen hier handeln. Deshalb werden wir dem Antrag der CDU zustimmen. Entscheidend sind vor allem die Folgen für die Landwirtschaft, die Teichwirte und die Wasserwirtschaft, und daher ist es höchste Zeit, zu handeln.

Auch der Hinweis der Landesregierung zur Neuordnung des Wasserrechts zeigt für mich erneut das gestörte Verhältnis der Landesregierung zum Recht auf Eigentum nach Artikel 14 des Grundgesetzes.

(Oh-Rufe von den Grünen)

Auch die gesetzlich eingerichteten Gewässerrandstreifen bleiben – da können Sie noch so viel murren und dazwischenrufen – eine kalte Enteignung der Landwirte.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Abschließend gilt festzustellen: Überall dort, wo die natürliche Regulierung fehlt – beim Biber, beim Kormoran –, muss eben der Mensch ersatzweise mitregulieren. Ich bin davon überzeugt, dass aufgrund der öffentlichen Akzeptanz des Biber ein Biberfonds sowie ein wirksameres Bibermanagement – es ist gut, aber verbesserungswürdig – mit der finanziellen Unterstützung der Landesregierung insgesamt auf Verständnis stoßen werden.

Dem Antrag werden wir, wie gesagt, zustimmen. Aber es einfach so laufen zu lassen, zuzuschauen, es chic zu finden und zu sagen, es werde sich schon irgendwie geben, das ist der falsche Weg. Das können wir uns in einer Kulturlandschaft nicht leisten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Gut formuliert!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Bonde das Wort.

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Alexander Bonde: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Biber ist eine nach dem EU-Artenschutzrecht streng geschützte Art. Er steht in Anhang IV der FFH-Richtlinie. Das bedeutet, er hat flächendeckenden Schutz. In Abweichung übrigens zu den hier angeführten Arten, die gemäß dem Schutzzweck des Anhangs II in den Schutzgebieten unter Schutz stehen, ist er eine streng geschützte Art. Daraus ergeben sich Rechtskonsequenzen, beispielsweise dass keine Bejagung stattfindet.

In Baden-Württemberg wurde schon unter der Vorgängerregierung dem erfreulichen Wiederauftreten des Bibers Rechnung getragen und ein Managementsystem entwickelt, das sich bewährt hat, das aber auch der Entwicklung angemessen angepasst wird. Bei den Landratsämtern und Regierungspräsidien wurden Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner benannt, die für die Biberberatung zuständig sind. Diese Ansprechpartner erarbeiten in Konflikt- und Problemfällen auf den Einzelfall zugeschnittene Lösungen, und zwar mit hohem Einsatz und in der Fläche sehr erfolgreich.

Das baden-württembergische Bibermanagement beinhaltet die Elemente der sach- und fachkundigen Beratung, der Prävention zur Vermeidung von Schäden und der Möglichkeit, in Ausnahmefällen im Einklang mit den naturschutzrechtlichen Regelungen einzuschreiten und beispielsweise Biberbauten zu beseitigen. Da hier ein falscher Eindruck erweckt wurde, ist klarzustellen: Es entspricht dem bayerischen Bibermanagement, was hier angesprochen wurde. Sowohl Bayern als auch Baden-Württemberg arbeiten hierbei auf der gleichen Rechtsgrundlage. Zugriff auf Biber ist nur mit einer naturschutzrechtlichen Ausnahmegenehmigung nach § 45 Absatz 7 des Bundesnaturschutzgesetzes zulässig.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Richtig!)

Das bedeutet, dass wir hier nur mit sehr engen Einschränkungen handeln dürfen. Aber – das will ich betonen – bereits heute ist es in Baden-Württemberg möglich, Biber aus sicherheits-sensiblen Bereichen wie z. B. aus Hochwasserschutzanlagen

(Minister Alexander Bonde)

tungen zu entfernen. Wir haben eine andere Situation als Bayern, wo eine erheblich höhere Dichte und ein erheblich höheres Schadenspotenzial vorhanden sind. Aber die Grundmechanismen des Bibermanagements sind in beiden Ländern gleich, da auch die rechtliche Grundlage gleich ist. Insofern hätte mich bei diesen emotionalen Vorträgen schon interessiert, welches genau der Lösungsvorschlag der Opposition war.

(Abg. Alexander Throm CDU: Sind Sie jetzt dafür oder dagegen?)

Kollege Burger, bei Ihnen hat mir eigentlich die Forderung nach dem Austritt aus der Europäischen Union und dem Eintritt in ein anderes Rechtssystem gefehlt. Oder sind wir hier im Europäischen Parlament?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CD: Das ist Blödsinn! Die Population objektiv zu beurteilen, darum geht es!)

Denn ich erwarte von jedem Landtagsabgeordneten, dass er den Rechtsrahmen kennt, in dem er diskutiert.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Klaus Burger und Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU melden sich.)

Die EU-Gesetzgebung und das Bundesnaturschutzgesetz gelten. Wer der Auffassung ist, dass sie nicht gelten, der soll es hier offen sagen oder einen Vorschlag unterbreiten, was man anders machen soll.

(Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Hier, muss ich Ihnen sagen, kam leider außer einer sehr wohlfeilen Kritik am Management, das Sie selbst mit eingeführt haben, überhaupt nichts außer dem Versuch, sich Applaus für Vorschläge abzuholen, die Sie niemals in eigener Regierungsverantwortung umsetzen würden, weil sie von den Verwaltungsgerichten und auf dem weiteren Gerichtsweg kassiert würden – mit allen Vorschlägen, die man aus Ihrer Rede herausinterpretieren kann, Herr Kollege Burger.

(Beifall bei den Grünen – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Minister, gestatten Sie Zwischenfragen des Abg. Röhm und des Abg. Burger?

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Alexander Bonde: Jawohl.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Sollen wir den Biber noch einmal hochhalten?)

Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Herr Minister, wir sind uns ja darin einig, dass es in Ordnung ist, dass sich der Biber wieder hier angesiedelt hat. Das ist ein gutes Zeichen. Aber Sie sollten auch klipp und klar sagen, wann für Sie die Populationsgrenze erreicht ist, bevor das Ganze zum Schadenspotenzial wird. Sehen Sie da eine Gefahr in Baden-Württemberg? Ist diese in manchen Gegenden vielleicht schon erreicht oder nicht?

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Alexander Bonde: Dass wir hier auch agieren müssen, zeigt ja die Entscheidung meines Vorgängers, mit einem aktiven Management der Naturschutzbehörden zu reagieren und von

den Möglichkeiten des Managements Gebrauch zu machen. Die Beraterstruktur ist bewusst so angelegt, dass man auf örtliche Gegebenheiten eingeht. Dabei gibt es zum Teil einfache Möglichkeiten, damit umzugehen – die Vorredner haben diese teilweise genannt –, was den Schutz von Bäumen betrifft, aber beispielsweise auch die Möglichkeit, Dämme mit Durchlässen in ihrem Schadenspotenzial zu minimieren. Aber wir haben natürlich auch die Möglichkeit des Eingriffs, die Möglichkeit, an bestimmten sensiblen Stellen die Biber wegzunehmen und sie an andere Stellen umzusetzen. Hier haben wir bewusst Mechanismen geschaffen, weil es entsprechende Potenziale gibt, mit denen man umgehen muss.

(Zuruf: Sind Sie für oder gegen Biber?)

Nichtsdestotrotz haben wir die strengen Vorgaben des Bundesnaturschutzgesetzes, die hierbei Einschränkungen machen, sodass beispielsweise die Lösung der Aufnahme ins Jagdrecht und der Bejagung schlicht rechtlich nicht möglich ist. Das wird übrigens auch in Bayern nicht praktiziert. Auch dort ist der Biber nicht im Jagdrecht. Auch dort wird er nicht jagdlich reguliert,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Zum Abschießen freigegeben!)

sondern an bestimmten Stellen mit Fallen gejagt, und wenn keine sinnvolle Umsiedlung möglich ist, findet in Bayern aufgrund der Populationsdichte auch eine Tötung statt. Das ist im Rahmen der Bedingungen des Bundesnaturschutzgesetzes möglich. Diese sind zum Teil in Bayern aufgrund der Populationsdichte erreicht. Das ist bei uns – zumindest bisher – nicht der Fall. Ich kann nicht ausschließen, dass auch das in der Weiterentwicklung des Managements zu einer notwendigen Maßnahme wird. Aber wenn man Populationsvergleiche anstellt, sind wir hier nicht in dieser Situation und mit dem am lokalen Ereignis ansetzenden Prozess meines Erachtens richtig aufgestellt.

(Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Die zweite Zwischenfrage, Herr Kollege Burger.

Abg. Klaus Burger CDU: Herr Minister Bonde, ist das vielleicht bei Ihnen falsch angekommen? Ich habe kein generelles Recht auf Bejagung des Bibers gefordert, sondern das Recht auf einen Zugriff dort, wo er nicht hinpasst.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Ist das bei Ihnen falsch angekommen?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Minister Bonde.

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Alexander Bonde: Das ist bei mir durchaus so angekommen, zumal ich auch im Blick habe, was bei der einen oder anderen Veranstaltung auf lokaler Ebene dem einen oder anderen Landwirt als Lösungsmöglichkeit nahegelegt wurde. Die rechtliche Differenzierung stellte sich dabei in etwa so dar, wie ich vorhin meinte, bei Ihnen wahrgenommen zu haben.

(Minister Alexander Bonde)

Ich kann es insofern nur wiederholen: Die jagdliche Herangehensweise ist nach dem Bundesnaturschutzgesetz nicht möglich. Die Einzeltötung ist aufgrund der Populationsdichte in Bayern eine vom Naturschutzrecht zugelassene Option. Diese Option stellt sich bei uns mit den Biberdichten, die wir haben, bislang nicht. Ich kann aber nicht ausschließen, dass wir hier im Land im Einzelfall irgendwann auch einmal in eine solche Situation kommen werden.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Das kann ich nicht ausschließen. Dort, wo das Bundesnaturschutzgesetz am Ende in seinen Einschränkungen zu einem solchen Fall führt, kann dies in den kommenden Jahren, wenn sich die Population und die Verbreitung so weiterentwickeln, auch bei uns einmal eintreten.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das halten wir fest!)

Wie gesagt, dies erfolgt aber auch in Bayern nicht jagdlich, sondern über die Naturschutzbehörden und die dort entsprechend anzuwendenden Regularien.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Jagdrecht und Naturschutzrecht!)

Ich will zum Schluss noch zu der von Ihnen angesprochenen Frage der Entschädigungspflicht Stellung nehmen: Auch hier bewegen wir uns in einem klaren Rechtsrahmen. Mit Ausnahme jagdrechtlicher Vorschriften gibt es keine staatlichen Entschädigungen für Schäden, die durch wild lebende Tiere verursacht werden. Dies endet dort, wo die Verhältnismäßigkeit völlig aus dem Ruder gerät. Beispielsweise bieten Fragen der Existenzbedrohung Möglichkeiten des Eingriffs über das Naturschutzrecht. Deshalb machen wir das Management. Aber die Entschädigungsfrage ist bei uns grundsätzlich auf der Basis der Annahme geregelt, dass es ein Risiko durch die freie Natur gibt.

In Bayern ist die Situation anders, weil dort durch Menschenhand eine gezielte Ansiedlungspolitik betrieben wurde und sich der Staat hier gezielt in die Verantwortung begeben hat, die mit einem wirtschaftlichen Risiko für die Menschen aufgrund einer solchen Ansiedlung verbunden ist. Das ist bei uns aber nicht der Fall.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Das ist in Bayern so!
Nun sind die Biber aber illegal bei uns eingewandert!
Also müssen sie wieder zurück!)

Ich will bei Ihnen noch einmal vorsichtig dafür werben, zu überlegen, zu welchen Konsequenzen es führt und welche Rolle der Staat dabei einnimmt, wenn wir auf diese normalen Risiken des täglichen Lebens, die durch die Natur entstehen, mit Entschädigungen reagieren. Ich glaube, es ist relativ offensichtlich, dass es in dieser Hinsicht dann nicht nur um Schäden durch Biber geht, sondern womöglich auch Schäden durch Rabenvögel, Kormorane, Mäuse und vieles mehr in den Blick geraten. Dies alles sind Lebensrisiken, die sich aus der freien Natur ergeben.

(Glocke der Präsidentin)

Ich kann verstehen, weshalb es bei Geschädigten in der Landwirtschaft populär ist, mit solchen Forderungen zu kommen. Ich will Sie aber noch einmal auf die Frage hinweisen, was dabei die Rolle des Staates ist. Welche Risiken können und sollten verstaatlicht werden, und welche Risiken sind es, die Menschen in ihrem Leben nun einmal tragen? Gerät man in dieser Debatte nicht auf eine schiefe Bahn? Ich will dies mit Blick auf die unterschiedlichen Einschätzungen, die wir haben, offen sagen und Sie in diesem Zusammenhang bitten, genau abzuwägen, welche Türen Sie mit der Forderung in Ihrem Antrag aufstoßen. Ich glaube, dies würde auf ein Staatsmodell hinauslaufen, das nicht das meinige ist.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Minister, es liegt noch eine Nachfrage des Abg. Dr. Bullinger vor.

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Alexander Bonde: Bitte.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Herr Minister, Sie haben zum Schluss noch einmal auf den Unterschied zwischen der Situation in Bayern und der bei uns hingewiesen, was die Frage von Entschädigungen und die Historie dieses Problems angeht. In diesem Zusammenhang möchte ich Sie Folgendes fragen:

Gerade in Grenzgebieten machen wir einschlägige Erfahrungen – die Grenzen sind übrigens durchlässig, und zwar für Menschen und für Biber –: Etwa an Altmühl, Wörnitz, Tauber und Brenz sowie auch an anderen Flüssen, auch in Richtung Schwaben, geht es „rüber und nüber“. Da müssen Sie den dortigen Landwirten doch einmal erklären, weshalb auf der einen Seite der Grenze Entschädigungen gezahlt werden, auf der anderen Seite, auf baden-württembergischer Seite, aber nicht. Das ist auf Grundlage der faktischen Auswirkungen nicht darstellbar.

Deshalb muss man, meine ich, verstärkt darüber nachdenken, ob das Argument trägt, dass der Biber in Bayern von Menschenhand angesiedelt worden ist. Denn die Population ist stark gewachsen; der Biber ist aber nicht innerhalb seines Ansiedlungsstaats – Freistaat Bayern – geblieben, sondern ist zu uns gekommen.

Insofern ist das von Ihnen angeführte Argument meines Erachtens für einen geschädigten Landwirt nicht von Belang.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: War das jetzt eine Frage?

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Alexander Bonde: Ich verstehe, dass der geschädigte Landwirt sich ungerecht behandelt fühlt, wenn der Nachbar auf bayerischer Seite ein Recht auf Entschädigung hat. Ich will aber trotzdem noch einmal darüber sprechen, in welche Rolle Sie den Staat schieben, wenn Sie grundsätzlich für Schäden, die sich aus der freien Natur ergeben – wie jetzt hier im Fall des Bibers –, eine staatliche Entschädigungspflicht einführen wollen.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

(Minister Alexander Bonde)

Gerade bei Ihnen als Liberalem möchte ich wirklich dafür werben, darüber nachzudenken, welch ein Staatsbild damit verbunden ist, wenn Sie das Risiko des Einzelnen an dieser Stelle an den Staat delegieren möchten.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Falsch argumentiert!
– Gegenruf des Abg. Manfred Lucha GRÜNE: Zuhören!)

Ich glaube tatsächlich, dass wir, der Staat, hier eine Verpflichtung haben, über das Management, über die Arbeit der Naturschutzbehörden das Risiko für Menschen, für Wirtschaftsakteure zu minimieren und sicherzustellen, dass dies in einer angemessenen Relation zum eigentlichen Schutzgut bleibt.

Aber ich bin nicht dafür, dass wir jedes Risiko, das sich ergibt, verstaatlichen. Genau das ist die Frage, vor der Sie hier stehen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Nein! Umgekehrt ist es der Fall! – Zuruf: Ich erkläre es Ihnen noch einmal!)

Ich meine, dass Ihr liberales Staatsverständnis Sie eigentlich zu der Erkenntnis führen müsste, dass es keinen Sinn macht, diese Tür aufzumachen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD
– Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Es geht um die Grenznähe! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Dadurch, dass Sie die Biber schützen, entsteht das Problem! Das ist doch logisch!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für eine weitere Wortmeldung erteile ich Herrn Abg. Burger das Wort.

(Unruhe)

Abg. Klaus Burger CDU: Sehr verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Eines hat mir die Diskussion gezeigt: Entweder sind Sie weiter entfernt von der Basis, oder ich bin näher dran.

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Beides!)

Frau Kollegin Rolland, ich glaube, auch Sie haben nicht zugehört. Ich habe deutlich gesagt: Der Biber ist in Baden-Württemberg willkommen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Eben!)

Aber wir können ihn eben nicht an jeder Stelle dulden. Wir müssen dort regulierend eingreifen, wo es die Natur nicht tut.

Wenn Sie Menschen fragen, die – zu Recht – ihre Freizeit gern in der Natur verbringen und dabei einen Biberbau oder einen Damm betrachten und bewundern, dann – das ist in Ordnung – bekommen Sie ein anderes Ergebnis, als wenn Sie einen Fischer oder einen Landwirt befragen, der in Gummistiefeln auf seiner überschwemmten Wiese steht bzw. sein Erntegut weschwimmen sieht. Da bekommen Sie ein anderes Ergebnis.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Wenn wir sagen: „Wir möchten den Biber“ – das sage ich auch –, müssen wir denjenigen, die dadurch einen Schaden erleiden, einen Ausgleich bieten. Wir haben uns die Situation übrigens in Crailsheim und auf der anderen Seite, im bayerischen Ansbach, angeschaut. Im betreffenden Landkreis leben 2 000 Biber. Ich habe vorhin die Zahlen zu unseren Landkreisen genannt. Auf der bayerischen Seite werden jährlich ca. 130 Biberbauten und –dämme beseitigt; bei uns sind es im ganzen Land derzeit 39. Etwa 70 Biber werden dort abgefangen oder getötet, weil sie keinen Platz haben. In Bayern gibt es einen Biberfonds für die gesamte Fläche des Landes in Höhe von 400 000 €; dieser Fonds ist gedeckelt, und er reicht manchmal nicht ganz aus. Allerdings leben dort auch 17 000 Tiere.

Ich bin der Meinung: Wenn wir mit einem kleinen Fonds anfangen, können wir die Schäden besser beherrschen. Wir können die Situation besser ordnen und in den Griff bekommen, und wir haben dann nicht solch große Aufgaben.

Wissen Sie, Herr Kollege Rösler: So ein Biber ist nun einmal kein Kuscheltier. Er hat scharfe Zähne.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Sie sollen ihn auch nicht mit ins Bett nehmen!)

Ein Baum braucht 30 Jahre, um in die Höhe zu wachsen, und ein Biber macht einen solchen Baum in zwei Nächten platt, und er kümmert sich nicht darum, ob in der Baumkrone ein Singvogel sein Nest hat.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags Drucksache 15/4253 (Geänderte Fassung). Abschnitt I des Antrags ist ein Berichtsteil und kann für erledigt erklärt werden. – Sie stimmen dem zu.

Abschnitt II des Antrags ist ein Beschlussteil, der zwei Handlungersuchen enthält. Wird Abstimmung über Abschnitt II gewünscht?

(Zurufe: Ja!)

Kann ich über die beiden Ziffern zusammen abstimmen lassen? – Das ist der Fall. Wer Abschnitt II des Antrags Drucksache 15/4253 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Abschnitt II des Antrags mehrheitlich abgelehnt.

Somit ist Punkt 8 der Tagesordnung erledigt.

(Unruhe)

(Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch)

Ich rufe die **Punkte 9 bis 11** der Tagesordnung gemeinsam auf:

Punkt 9:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 20. Februar 2014 – Bericht der Landesregierung nach § 6 Absatz 1 des Auszeichnungsgesetzes (AuszG) – Drucksachen 15/4733, 15/4925

Berichtersteller: Abg. Sascha Binder

Punkt 10:

Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 15/5026, 15/5027, 15/5028, 15/5029

Punkt 11:

Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksache 15/5052

Gemäß § 96 Absatz 5 der Geschäftsordnung stelle ich die Zustimmung entsprechend dem Abstimmungsverhalten in den Ausschüssen fest. – Es ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Die nächste Sitzung findet am Mittwoch, 14. Mai 2014, um 9:00 Uhr statt.

Ich danke Ihnen und schließe die heutige Sitzung.

Schluss: 17:10 Uhr